

Beteiligentransparenzdokumentation

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/6783)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 25. April 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Thüringer Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale an Versorgungsempfänger des Freistaats Thüringen

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die anhaltend steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise führen zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten für die Bürger. Das von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket für Entlastungsmaßnahmen soll einen Teil der gestiegenen Kosten abmildern. Bestandteil dieses Maßnahmenpakets ist u.a. die Entlastung der Rentner sowie Versorgungsempfänger des Bundes, die zum 1. Dezember 2022 eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro als Einmalzahlung erhalten sollen. Eine entsprechende Zahlung sollen daher grundsätzlich auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Freistaat Thüringen erhalten.

B. Lösung

Mit einer gesetzlichen Ermächtigung wird dem Freistaat Thüringen ermöglicht, den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern eine entsprechende Einmalzahlung zu gewähren.

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Für den Freistaat entstehen einmalige Kosten in Höhe von circa 1,3 Millionen Euro.

Thüringer Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale an Versorgungsempfänger des Freistaats Thüringen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

(1) Empfängern von Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld im Geltungsbereich des § 1 des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes (ThürBeamtVG) wird eine einmalige Energiepreispauschale gewährt, wenn

1. sie am 1. Dezember 2022
 - a) einen Anspruch auf diese Versorgungsbezüge hatten und
 - b) ihren Wohnsitz im Inland hatten sowie
2. kein Ausschlusstatbestand des § 2 vorliegt.

(2) Sofern die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, haben Anspruch auf die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale auch Empfänger von

1. Unterhaltsbeiträgen und Übergangsgeld nach dem Thüringer Beamtenversorgungsgesetz,
2. Bezügen nach § 89 ThürBeamtVG,
3. Leistungen nach dem Thüringer Altersgeldgesetz (ThürAltGG) sowie
4. Übergangsgeld, Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach dem Thüringer Ministergesetz.

§ 2
Ausschlusstatbestände

(1) Die Energiepreispauschale wird Empfängern im Sinne des § 1 nicht gewährt, wenn sie

1. eine Rente im Sinne des § 72 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 ThürBeamtVG beziehen oder
2. nach § 71 ThürBeamtVG ggf. i.V.m. § 12 ThürAltGG oder nach dem Thüringer Ministergesetz auf die Bezüge im Sinne des § 1 anrechenbare Versorgungsbezüge beziehen.

(2) Die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz darf jedem Berechtigten nur einmal gewährt werden. Dabei geht der Anspruch auf die Energiepreispauschale aus dem neueren Versorgungsbezug dem Anspruch aus dem früheren Versorgungsbezug vor.

§ 3
Höhe, Auszahlung, Rückforderung und Rechtsweg

(1) Die Höhe der einmaligen Energiepreispauschale beträgt 300 Euro. Bei der Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften ist sie unberücksichtigt zu lassen.

(2) Die Energiepreispauschale wird vom Träger der Bezüge gewährt, die nach Maßgabe der §§ 1 und 2 anspruchsbegründend sind. Die Auszahlung soll im Monat Dezember 2022 erfolgen.

(3) Der die Energiepreispauschale auszahlende Träger nach Absatz 2 prüft vor der Zahlung ausschließlich aufgrund der ihm rechtzeitig bekannt gewordenen Tatsachen

das Vorliegen von Ausschlusstatbeständen. Für den Fall, dass erst nachträglich Tatsachen bekannt werden, nach denen Empfänger einer Energiepreispauschale nach diesem Gesetz aufgrund einer der in § 2 genannten Ausschlussgründe nicht anspruchsberechtigt waren, steht die Zahlung der Energiepreispauschale unter dem Vorbehalt der Rückforderung. Die Rückforderung zu viel gezahlter oder zu Unrecht geleisteter Zahlungen von Energiepreispauschalen erfolgt durch Verwaltungsakt.

(4) Soweit die Energiepreispauschale nicht durch den nach Absatz 2 zuständigen Träger der Versorgungsbezüge gewährt wurde, obwohl ein Anspruch darauf bestand, wird die Energiepreispauschale auf Antrag nachträglich ausbezahlt. Der Antrag ist im Zeitraum vom 9. Januar 2023 bis zum 30. Juni 2023 beim zuständigen Träger der Versorgungsbezüge zu stellen.

(5) Für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach diesem Gesetz ist der Verwaltungsrechtsweg eröffnet. Eines Vorverfahrens bedarf es nicht.

§ 4 Verarbeitung von Daten

Die nach § 3 Abs. 2 für die Gewährung der Energiepreispauschale zuständigen Träger der Versorgungsbezüge dürfen zur Durchführung der ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben die bei ihnen jeweils gespeicherten personenbezogenen Daten verarbeiten, soweit dies zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlich ist.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die anhaltend steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise führen zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten für die Bürger. Das von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket für Entlastungsmaßnahmen soll einen Teil der gestiegenen Kosten abmildern. Bestandteil dieses Maßnahmenpakets ist u.a. die Entlastung der Rentner sowie Versorgungsempfänger des Bundes, die zum 1. Dezember 2022 eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro als Einmalzahlung erhalten sollen. Eine entsprechende Zahlung sollen daher grundsätzlich auch die Versorgungsempfänger im Freistaat Thüringen erhalten.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1

§ 1 bestimmt den anspruchsberechtigten Personenkreis der Energiepreispauschale. Neben den Versorgungsempfängern nach dem Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (Absatz 1 und Absatz 2 Nr. 1 und 2) sind auch Anspruchsberechtigte nach dem Thüringer Altersgeldgesetz (Absatz 2 Nr. 3) sowie versorgungsberechtigte ehemalige Mitglieder der Landesregierung und deren Hinterbliebene (Absatz 2 Nr. 4) anspruchsberechtigt.

Stichtag der Prüfung des Bestehens eines Anspruchs auf die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz ist der 1. Dezember 2022. Dieser Stichtag folgt der bundesrechtlichen Regelung in Bezug auf die Gewährung an Rentner und Versorgungsempfänger des Bundes. An diesem Tag müssen die in Buchstabe a und b bezeichneten Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein, die ebenfalls in Anlehnung an das Bundesrecht festgelegt wurden. Zudem darf zu diesem Zeitpunkt kein Ausschlussstatbestand vorliegen.

Zu § 2

Um zu vermeiden, dass Versorgungsempfänger nach diesem Gesetz die Energiepreispauschale wegen des Bezugs einer Alterssicherungsleistung aufgrund einer anderen gesetzlichen Regelung und damit gegebenenfalls mehrfach erhalten, sind Ausschlussstatbestände erforderlich. Tritt einer der Ausschlussgründe ein, besteht kein Anspruch auf die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz. Die Ausschlussregelungen folgen dem Subsidiaritätsgrundsatz, wonach eine Energiepreispauschale nach dem vorliegenden Gesetz nicht gewährt wird, wenn eine andere, ebenfalls zum Bezug der Energiepreispauschale berechtigende Alterssicherungsleistung hinzutritt.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Nach Nummer 1 erfolgt keine Gewährung der Energiepreispauschale nach diesem Gesetz, wenn der Berechtigte nach § 1 Anspruch auf eine Rente hat. In diesen Fällen wird typisierend davon ausgegangen, dass dieser bereits Anspruch auf eine Energiepreispauschale nach dem Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner hat. Eine Doppelzahlung ist insoweit zu vermeiden. Wird die Rente nach § 72 ThürBeamtVG auf die Versorgungsbezüge angerech-

net, wird eine Doppelzahlung durch den Dienstherrn automatisch vermieden, da dieser Kenntnis von dem hinzutretenden Rentenanspruch hat. Andernfalls (z. B. in Fällen des Anspruchs eines Ruhegehaltsempfängers auf eine Hinterbliebenenrente oder des Anspruchs einer Witwe auf eine eigene Altersrente - § 72 Abs. 3 ThürBeamtVG) soll die Energiepreispauschale zunächst unter Vorbehalt ausgezahlt werden. Hier müssen eine nachträgliche Überprüfung des Anspruchs und ggf. Rückforderung erfolgen (siehe auch Begründung zu § 3 Absatz 3).

Zu Nummer 2

Nach Nummer 2 erfolgt zudem keine Gewährung einer Energiepreispauschale nach diesem Gesetz, wenn nach § 71 ThürBeamtVG anzurechnende andere Versorgungsbezüge bezogen werden.

Nach der Systematik des § 71 ThürBeamtVG und der entsprechenden Bestimmungen beim Bund und in den Ländern wird immer der neueste Versorgungsbezug voll gezahlt, während frühere Versorgungsbezüge wegen des gleichzeitigen Bezugs gekürzt werden. Eine Anzeigepflicht über die Höhe erhaltener Leistungen besteht durch den Versorgungsempfänger daher auch grundsätzlich nur gegenüber dem Träger der früheren Versorgung. Da davon auszugehen ist, dass die meisten Versorgungsträger eine Energiepreispauschale gewähren werden, sollen daher zur Vermeidung von Doppelzahlungen die Empfänger von anrechenbaren Versorgungsbezügen von vornherein von der Zahlung ausgenommen werden.

Entsprechendes gilt für die Anrechnungsregelungen nach dem Thüringer Ministergesetzes.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält ergänzend zu Absatz 1 den allgemeinen Ausschlussgrund, wonach ein Berechtigter im Freistaat Thüringen die Energiepreispauschale nur einmal erhalten kann, selbst wenn er mehrere anspruchsbegründende Bezüge nach Landesrecht nebeneinander bezieht, z. B. vom Land und einer Kommune oder aus verschiedenen Rechtsverhältnissen.

Der mit einem neueren Versorgungsbezug verbundene Anspruch des Versorgungsempfängers auf die Energiepreispauschale geht dem mit einem früheren Versorgungsbezug verbundenen Anspruch auf die Energiepreispauschale vor. Die Regelung zeichnet dabei die gesetzliche Grundwertung des § 71 ThürBeamtVG nach (vgl. Begründung zu Absatz 1 Nummer 2).

Zu § 3

Zu Absatz 1

Die Bestimmung regelt die Höhe der Energiepreispauschale analog zur Zahlung durch den Bund an die Rentner und Versorgungsempfänger des Bundes. Der Zweck der Zahlung erfordert eine Ausnahme bei der Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsbestimmungen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt, wer für die Zahlung der Energiepreispauschale zuständig ist und wann die Zahlung erfolgen soll. Da die Zahlung erst nach

Inkrafttreten der Regelung möglich ist und die Zahlung technisch umgesetzt werden muss, ist der Zahlungszeitraum nur als "Soll-Regelung" ausgestaltet.

Bezüglich der Nichtberücksichtigung als Einkommen bei Sozialleistungen und im Beitragsrecht sowie die Unpfändbarkeit der Energiepreispauschale wird auf § 3 Abs. 3 des Gesetzentwurfs über die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes verwiesen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 beinhaltet die gesetzliche Grundlage für eine Rückforderung, sofern eine Doppelzahlung nicht anderweitig bereinigt werden kann. Die Zahlung der Energiepreispauschale steht daher unter dem gesetzlichen Vorbehalt der Rückforderung für den Fall, dass eine Energiepreispauschale zunächst ausgezahlt und erst nachträglich bekannt wurde, dass ein vorrangiger Anspruch auf die Energiepreispauschale aus einem anderen Rechtsverhältnis existiert. Der Rückforderungsvorbehalt ermöglicht den Versorgungsträgern die Gewährung der Energiepreispauschale in Zweifelsfällen, in denen infolge fehlender Verpflichtung der Versorgungsempfänger einen anderweitigen Bezug anzuzeigen der Versorgungsträger von diesem anderweitigen Bezug keine Kenntnis hat. Die Energiepreispauschale wird somit zunächst ausgezahlt, was der Intention der Energiepreispauschale gerecht wird, kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Sollte anschließend der Bezug einer den Anspruch auf die Energiepreispauschale nach diesem Gesetz ausschließenden Einkunftsart nach § 2 bekanntwerden, ist die Energiepreispauschale aufgrund des gesetzlichen Vorbehalts zurückzufordern.

Zu Absatz 4

Absatz 4 enthält eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass die Energiepreispauschale von Amts wegen gezahlt wird. Die Nachzahlung der Energiepreispauschale erfolgt in den Einzelfällen auf Antrag, in denen trotz Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen diese gleichwohl nicht ausgezahlt wurde. Hierbei dürfte es sich im Wesentlichen um Fälle handeln, in denen aus technischen und zeitlichen Gründen die Auszahlung nicht gewährleistet werden konnte oder Änderungen in anspruchsbegründenden Tatsachen nicht rechtzeitig angezeigt oder in das jeweilige Abrechnungssystem eingepflegt wurden. Der Antragszeitraum ist aus Gründen der zeitnahen Haushaltsführung bis zum 30. Juni 2022 begrenzt.

Zu Absatz 5

Satz 1 legt fest, dass für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zur Energiepreispauschale nach diesem Gesetz der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist, da die Gewährung der Energiepreispauschale keine Leistung innerhalb eines Beamten- oder beamtenähnlichen Verhältnisses, insbesondere keine Gewährung von Versorgungsbezügen ist. Sie nimmt daher insbesondere auch nicht an der gesetzgeberischen Entscheidung teil, dass im Beamtenverhältnis grundsätzlich die Durchführung eines Vorverfahrens angezeigt ist (vgl. § 54 BeamtStG, § 126 BRRG). Einer Nachprüfung im Rahmen eines Vorverfahrens bedarf es nach Satz 2 abweichend von § 68 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung nicht. Aufgrund der klaren Anspruchsvoraussetzungen und der gebundenen Entscheidung seitens der für die Auszahlung der Energiepreispauschale nach diesem Gesetz zuständigen Stelle ist die Notwendigkeit einer umfassenden Prüfung im Wege eines Vorverfahrens nicht gegeben.

Zu § 4

§ 4 beinhaltet eine allgemeine datenschutzrechtliche Grundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zur Erfüllung der nach diesem Gesetz vorgesehenen Aufgaben durch die mit diesen Aufgaben betrauten Stellen. Diese ist vor allem erforderlich, um einen ggf. möglichen Datenabgleich mit den Rentenversicherungsträgern durchzuführen, um Ausschlussgründe feststellen und damit Doppelzahlungen vermeiden zu können.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Lehmann

Henfling

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Kindertagespflegepersonen stellen einen unverzichtbaren und elementaren Baustein der Kindertagesbetreuung dar. Allerdings kann eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Betreuung im Elementarbereich auf Dauer nur gelingen, wenn eine leistungs- und bedarfsgerechte Entschädigung für die in Thüringen tätigen Kindertagespflegepersonen gewährleistet wird.

Seit 2017 wurden an den laufenden Geldleistungen im Thüringer Kindergartengesetz nach § 23 Abs. 2 für Sachkostenpauschalen sowie die Beträge zur Anerkennung der Förderleistungen und somit den festgelegten Mindestpauschalen im Bereich der öffentlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe der Landkreise und kreisfreien Städte keine Anpassungen vorgenommen. Die der Berechnung zugrunde liegende Erhebung erfolgte bereits 2015. Dies hat zur Folge, dass die Kindertagespflegepersonen mittlerweile am Rande des Existenzminimums agieren und eine kostendeckende Arbeit, gerade mit Blick auf die aktuellen Inflationsraten und Energiekostensteigerungen, nicht mehr möglich ist. In einer länderübergreifenden Erhebung zur leistungsgerechten Vergütung und Alterssicherung von Kindertagespflegepersonen wird die gegenwärtige und perspektivische Situation in Thüringen neben Hamburg als besonders dramatisch eingeschätzt.

Durch das Aussetzen einer regelmäßigen Anpassung der Sachkostenpauschalen sowie der Beträge zur Anerkennung der Förderleistungen nimmt die Landesregierung billigend in Kauf, dass die gegenwärtig noch 240 tätigen Kindertagespflegepersonen sich beruflich umorientieren, um mittelfristig einen auskömmlichen beruflichen Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Ohne eine spürbare Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen des Berufsfeldes ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren, auch aufgrund von fehlendem Nachwuchs und abgewanderten Fachkräften, eine wichtige Säule der Kindertagesbetreuung und frühkindlichen Bildung im Freistaat wegfällt.

B. Lösung

Anpassung der Sachkostenpauschalen sowie der Beträge zur Anerkennung der Förderleistungen für Kindertagespflegepersonen nach

§ 23 ThürKigaG mit jährlicher Überprüfung und entsprechender Bindung an Entgeltgruppen des jeweils gültigen TVöD SuE

C. Alternativen

Beibehaltung der aktuellen Rechtslage mit der Folge, dass die in Thüringen tätigen Kindertagespflegepersonen aufgrund massiv gestiegener finanzieller Aufwendungen nicht mehr kostendeckend arbeiten können, sich beruflich umorientieren und mittelfristig keine Kindertagespflege im Freistaat zur Verfügung steht

D. Kosten

Für das Land entstehen Mehrkosten in Höhe von circa 3,5 Millionen Euro für die Anpassung der Sachkostenpauschalen sowie der Beträge zur Anerkennung der Förderleistungen mit Anlehnung an den TVöD SuE.

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 23 des Thüringer Kindergartengesetzes vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"§ 23**Laufende Geldleistung bei Kindertagespflege**

"(1) Wird eine geeignete Kindertagespflegeperson vermittelt oder eine selbst organisierte Kindertagespflegeperson als geeignet und die Kindertagespflege als erforderlich anerkannt, gewährt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe dieser eine laufende Geldleistung nach § 23 Abs. 2 SGB VIII. Der pauschal zu erstattende Sachaufwand nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII darf je Kind bei einer

1. vereinbarten Ganztagsbetreuung (mindestens acht Stunden) 300 Euro je Monat,
2. vereinbarten Drei-Viertel-Betreuung (mindestens sechs Stunden) 240 Euro je Monat,
3. vereinbarten Halbtagsbetreuung (mindestens vier Stunden) 210 Euro je Monat,
4. ergänzenden Kindertagespflege 2,12 Euro je Stunde nicht unterschreiten. Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2a SGB VIII darf bei einer Ganztagsbetreuung
 1. 475,48 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei Kindertagespflegepersonen mit einer Qualifizierung nach DJI-Curriculum (160 Stunden),
 2. 546,13 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei Kindertagespflegepersonen mit einer Qualifizierung nach dem QHB (300 Stunden) bzw.
 3. 586,32 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei staatlich anerkannten Erziehern und Erzieherinnen

nicht unterschreiten. Weiterhin ist die einschlägige Berufserfahrung der Kindertagespflegepersonen durch Zuschläge anzuerkennen. Die Höhe der Zuschläge pro Kind und Monat orientiert sich zu einem Fünftel an den Erfahrungsstufen der Entgelttabelle entsprechend § 16 TVöD SuE. Ist die vereinbarte tägliche Betreuungszeit des Kindes geringer, reduziert sich der Betrag nach Satz 3 in entsprechendem Umfang. Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistungen ist fortlaufend der entsprechenden Entgeltgruppen im TVöD SuE anzupassen.

(2) Das Ministerium prüft jährlich die Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagespflege und teilt das Ergebnis der Prüfung dem Thüringer Landtag mit. Zu diesem Zweck melden die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe dem Ministerium jährlich bis zum 31. Mai die Kosten der Kindertagespflege sowie die Anzahl der betreuten Kinder."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

Begründung**Zu Artikel 1**

Mit der Gesetzesänderung sollen die laufenden Geldleistungen für Kindertagespflegepersonal entsprechend geregelt und angepasst werden, damit auch zukünftig eine kostendeckende Arbeit in diesem Bereich erfolgen kann. Hierzu sollen die Pauschalen für Sachaufwand als auch die Untergrenzen zur Anerkennung von Förderleistungen nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 ThürKigaG an die gegenwärtigen Bedürfnisse angeglichen werden.

Das besondere öffentliche Interesse an der Anpassung der laufenden Geldleistungen bei der Kindertagespflege besteht darin, die finanziellen Rahmenbedingungen für den Berufszweig so zu gestalten, dass in Tageseinrichtungen eine vergleichbare, qualitativ hochwertige und flächendeckende Kindertagesbetreuung erfolgen kann. Dabei ist auch die allgemeine Kostenentwicklung jährlich durch das zuständige Ministerium zu überprüfen, um zeitnah auf Kostensteigerungen reagieren zu können. In diesem Zusammenhang sind die jeweiligen Untergrenzen bei der Anerkennung von Förderleistungen in Anlehnung an die entsprechenden Entgeltgruppen des TVöD SuE regelmäßig anzupassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Bergschule St. Elisabeth
Arbeitskreis THÜRINGER FAMILIEN Organisationen e.V.
Staatliches Berufsbildungszentrum Ernst Arnold Greiz-Zeulenroda
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
GEW Thüringen
Thüringer Landeselternvertretung der Kindergärten
Stadtelternbeirat der Kindergärten Gera
Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e.V.
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.
Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Thüringen e.V.
ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Thüringer Landesjugendhilfeausschuss
Staatliches Berufsbildungszentrum Ernst Arnold Greiz-Zeulenroda
Familienbund der Katholiken
Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
Gemeinde und Städtebund Thüringen e.V.
Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, darin weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">SMMP Bergkloster St. Elisabeth Schule Bergschule St. Elisabeth Katholische Berufsbildende Schule</td> <td style="padding: 5px;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Friedensplatz 5/6</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">37308 Heilbad Heiligenstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SMMP Bergkloster St. Elisabeth Schule Bergschule St. Elisabeth Katholische Berufsbildende Schule	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedensplatz 5/6	Postleitzahl, Ort	37308 Heilbad Heiligenstadt
Name	Organisationsform										
SMMP Bergkloster St. Elisabeth Schule Bergschule St. Elisabeth Katholische Berufsbildende Schule	GmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedensplatz 5/6										
Postleitzahl, Ort	37308 Heilbad Heiligenstadt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Friedensplatz 5/6
	Postleitzahl, Ort	37308 Heilbad Heiligenstadt
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Schulleiterin, kath. berufsbildende Schule St. Elisabeth	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Ich begrüße die praxisintegrierte Ausbildung als zweite Säule neben der konsekutiven Form und wünsche mir ausreichend Ressourcen für die Mentoren in den Einrichtungen, um ihrem Ausbildungsauftrag nachzukommen.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Heiligenstadt, 05.01.22	



SMMP Bergkloster St. Elisabeth Schule gGmbH
 Bergschule St. Elisabeth
 Katholische Berufsbildende Schule
 Friedensplatz 5/6
 37303 Heilbad Heiligenstadt

460/2023

Fragestellung

zu den Beratungsgegenständen zum

„Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes“

Fragestellung
Welchen weiteren Änderungsbedarf sehen Sie bei den Bestimmungen des Thüringer Kindertagesgesetzes zur Kindertagespflege?

Nun den Förderkräftebedarf langfristig zu mildern ist die PiA-Th ein wichtiger Schritt. Die Herabnahme des Ausbildungsloosers zu den angemessenen und erforderlichen Betriebsloosern müsste zu mehr Ausbildungsplätzen führen, wenn die Träger für die Ausbildung der Mentoren/Junior genügend zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen.

Nur führt eine mögliche Verlängerung der PiA-Ausbildung (z.B. 30h Praxis statt 39-40h) für Auszubildende mit Kindern/Familie. Die Herausforderungen bei identischen Lebensplänen sind trotz hoher Motivation der PiA-Auszubildenden sehr hoch und einige würden lieber länger lernen und dafür mehr Zeit für eigene Kinder + Familie haben.



SMMP Bergkloster St. Elisabeth Schule gGmbH
Bergschule St. Elisabeth
Katholische Berufsbildende Schule
Friedensplatz 5/6
37308 Heilbad Heiligenstadt

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes.

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	AkF (Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen)
	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
	Co/NF Thüring Johannesstr. 127 99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)
	Familienpolitische Interessenvertretung in Thüringen
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)
	PIA-TU begrüßt: Doppelstruktur realitätsfern; künstl. attraktive Ausbildung qualitativ mit Auszubildendenvergütung Anrechnung Personalarbeitszeit an reduzierte Arbeitszeit & Verbesserung Personalarbeitszeit Kindertagespflegepersonen notwendig; Angest. für Kinder des Förd. & verbesserte Regelungen werden begrüßt
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	AKF als familienpolitische Interessenvertretung über- regional in Thüringen tätig → gesetzesentwurfst- schiedende Beitrag zu Vereinbarkeit Familie & Beruf
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen:

Ort, Datum
8.11.17: 1. 23

Arbeitskreis THÜRINGER FAMILIEN Organisationen e.V.
Johannesstraße 127 / 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2250

zu Drs. 7/6574/6783

11.01.2023

**Stellungnahme des AKF zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer
Kindergartengesetzes in den Drucksachen DS 7/6574 und DS 7/6783**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Dezember 2022 wurde das Positionspapier des Arbeitskreises Thüringer Familienorganisationen veröffentlicht. In diesem geht es unter anderem um

„Bildung statt nur Betreuung

• Mehr Qualität in Kindergärten und den Schulen ist durch Intensivierung der Fachkräftegewinnung und Fachkräfteausbildung sowie personeller Ausstattung des gesamten Bildungssektors, insbesondere der Kindergärten, zu gewährleisten. Die aktuellen Studien zu den Folgen der Corona Pandemie, besonders bei benachteiligten Kindern, zeigen erneut den dringenden Handlungsbedarf und die endlich notwendige Priorisierung der Bildungspolitik in den Haushalten des Landes und der Kommunen. Die Absicherung der Bildung der Kinder ist eine wesentliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Wir möchten uns als Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen in dem Sinne an der schriftlichen Anhörung zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes beteiligen ohne als Anzuhörende benannt worden zu sein und auf die beiden, diesem Gesetz zugrunde liegenden Drucksachen eingehen.

Zu DS/ 6574

Die grundsätzlichen Anliegen des Gesetzentwurfes im Hinblick auf eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA-TH) und deren beabsichtigte Refinanzierung werden begrüßt. Darüber hinaus besteht weiterer Handlungsbedarf im Hinblick auf die Berufsausbildung, den Personalschlüssel und der Fachkräftesicherung für die frühkindliche Förderung einschließlich der damit eng korrespondierenden anderen Aufgabenbereiche des SGB VIII, insbesondere der erzieherischen Hilfen. Dies bedeutet im Einzelnen:

- Wir begrüßen, dass PiA-TH „dauerhaft“ neben die konsekutive Erzieherausbildung tritt. Mit den beabsichtigten 160 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang bedeutet dies bei einem angestrebten notwendigen Erhalt von über 700 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang, dass die zur Fachkräftesicherung notwendige weit überwiegende Anzahl der Auszubildenden weiterhin schulisch ohne Ausbildungsvergütung und im Falle nichtstaatlicher Schulen zudem mit der Verpflichtung zur Zahlung von Schulgeld in einer langwierigen und anspruchsvollen Ausbildung ausgebildet wird. Diese angekündigte Doppelstruktur in der derzeitigen Form halten wir qualitativ und im Hinblick auf die Fachkräftesicherung quantitativ angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt für realitätsfern.

FAMILIEN
eine Stimme
geben

www.familien-in-thueringen.de

Erforderlich ist stattdessen im Hinblick auf die Qualifikation als auch die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Berufen eine **qualifizierte und attraktive Ausbildung auf der Grundlage und mit der Ausbildungsvergütung** ohne Zahlungsverpflichtungen der Auszubildenden für ihre Ausbildung. Wir weisen im Zusammenhang mit dem Fachkräftebedarf sowohl auf die Ergebnisse der 2020 veröffentlichten Studie der FSU Jena als auch auf die im bundesweiten Vergleich und die Anforderungen im Bereich der frühkindlichen Förderung - insbesondere des Thüringer Bildungsplanes - völlig unzureichende Stellenausstattung hin.

- Inwieweit die in Art. 1, Ziffer 3 durch Neuregelung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 pauschalierten Mehrkosten für die Umsetzung von PiA passgenau die jeweiligen Ausbildungsträger und damit letztlich die Auszubildenden erreichen, ist dem Gesetzestext nicht zu entnehmen. Zudem fehlt eine Regelung für die Ausbildung von PiA in Jugendhilfeeinrichtungen, insbesondere der stationären Jugendhilfe. Diese ist ebenfalls kommunale Aufgabe und leidet zum Teil dramatisch unter Fachkräftemangel. Der Heimaufsicht des TMBJS ist diese Situation bekannt.
- Abgesehen von der **Anpassung des Personalbedarfs** an die verkürzten Arbeitszeiten wurde leider die **längst überfällige Anpassung an erheblich zu verbessernde Personalschlüssel erneut versäumt**. Die damit verbundenen seit Jahren andauernden schlechten Arbeitsbedingungen in Thüringer Kindergärten sind ein wesentlicher Grund für den zunehmend eskalierenden Fachkräftenotstand in den Kindergärten und -krippen. Längst werden im Alltag der Kindergärten aufgrund von Erkrankungen, Verrentungen, Personalfluktuationen, Ausstieg aus dem Beruf, Abwanderung in angrenzende Länder oder andere Branchen geltende Mindestpersonalschlüssel häufig unterschritten. Die 28 % Vorbereitungs- und Ausfallquote bildet die realen Bedingungen nicht ab. Der dringende Handlungsbedarf wird sowohl durch die bereits genannte FSU- Studie aus dem Jahr 2020 als auch die aktuelle Bertelsmann Studie empirisch untermauert. Zudem entscheiden sich junge Menschen für einen Beruf maßgeblich auch aufgrund bekannter Arbeitsbedingungen nach der Ausbildung. Der offenkundige Fachkräftebedarf in vielen anderen Branchen wiederum setzt auch in Zukunft ein im ganzen Land rechtssicher funktionierendes, attraktives Angebot der frühkindlichen Förderung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus. Gute Arbeitsbedingungen in den Kindergärten sind folgerichtig eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Thüringen. Empfohlen wird daher kurzfristig noch in dieser Legislaturperiode eine **wesentliche Verbesserung des Personalschlüssels**.

Zu DS 7/6783

Die beabsichtigten Regelungen zur Verbesserung der Vergütung der **Kindertagespflegepersonen** werden von uns begrüßt. Mit der wiederholten Bezugnahme des Gesetzentwurfes zum TVÖD SuE wird zu Recht betont, dass es sich bei der frühkindlichen Förderung um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Folgerichtig ist es überfällig, auch in diesem Bereich die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Wie der Einführung zum Gesetzentwurf zu entnehmen ist, handeln die Kommunen trotz ihrer originären Zuständigkeit offensichtlich freiwillig nicht dementsprechend und gefährden damit dieses **neben den Kinderkrippen zusätzlich notwendige Angebot der frühkindlichen Förderung** und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für den AKF e.V.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <th style="width: 50%;">Name</th> <th style="width: 50%;">Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>SBBZ Ernst Arnold Güric - Zeulenroda</td> <td>Schule</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Plauensche Str. 2a 07973 Güric</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>S.O.</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>S.O.</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SBBZ Ernst Arnold Güric - Zeulenroda	Schule	Geschäfts- oder Dienstadresse	Plauensche Str. 2a 07973 Güric	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	S.O.	Postleitzahl, Ort	S.O.
Name	Organisationsform										
SBBZ Ernst Arnold Güric - Zeulenroda	Schule										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Plauensche Str. 2a 07973 Güric										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	S.O.										
Postleitzahl, Ort	S.O.										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Schulleiterin</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Die Verfestigung der praxisintegrierten Erzieherausbildung ist unter Beachtung schulorganisatorischer Aspekte sinnvoll.</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Greif, 12.01.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"><i>Gemeinde- u. Städtebund Thüringen</i></td> <td style="padding: 5px;"><i>e. V.</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"><i>P. -Braun - Str. 14</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>99094 Erfurt</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gemeinde- u. Städtebund Thüringen</i>	<i>e. V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>P. -Braun - Str. 14</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>99094 Erfurt</i>	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<i>Gemeinde- u. Städtebund Thüringen</i>	<i>e. V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>P. -Braun - Str. 14</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>99094 Erfurt</i>										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wien, 11.07.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">GEH Thüringen Karl von Witzthum</td> <td style="padding: 5px;">Gewesellschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Hörlich-Mann-Str. 22</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GEH Thüringen Karl von Witzthum	Gewesellschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hörlich-Mann-Str. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
GEH Thüringen Karl von Witzthum	Gewesellschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hörlich-Mann-Str. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung der Beschäftigten im Bildungsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	1. Vollumfängliche Anwendung des ThöD gefordert: - Umsetzung d. Mindestpersonalschlüssels - Erhöhung d. landespauschalen - Förderungsleistungen für Kindertages- pflegepersonen 2. Erhöhung des Kinderanzahlen gefordert	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.01.2023	

VORSITZENDE

GEW Thüringen || Heinrich-Mann-Str. 22 || 99096 Erfurt

Vorsitzende

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2259
zu Drs. 7/6574/6783

Erfurt, 12. Januar 2023

Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes
Anhörung zum Gesetzentwurf – DS 7/6574 und DS 7/6783

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum oben genannten Gesetzentwurf. Gerne senden wir Ihnen die Überlegungen und Forderungen der GEW Thüringen.

In einem ersten Teil kommentieren wir die angedachten Änderungen.

In einem zweiten Teil möchten wir gerne die Chance nutzen, weitere Aspekte zu thematisieren, die nach unserer Auffassung zeitnah im Thüringer Kindergartengesetz geändert bzw. angepasst werden müssen.

I. Gesetzentwurf – DS 7/6574

§ 16 Abs. 3

Die GEW begrüßt die gesetzliche Anpassung des Mindestpersonalschlüssels an die geänderten arbeitszeitrechtlichen Regelungen des öffentlichen Dienstes (TVöD) für das Tarifgebiet Ost. Da vor dieser Korrektur im Gesetz die unmittelbare Berücksichtigung der Anpassungen des Mindestpersonalschlüssels nur bei der direkten Anwendung des TVöD zum Tragen kommen musste, ohne dass der Betreuungsschlüssel nach § 16 Abs. 2 ThürKigaG unterschritten wurde, ist nunmehr zu befürchten, dass nicht an den TVöD gebundene Träger die Stundenreduzierung bei vollem Lohnausgleich nicht vornehmen und dies zu einem noch größeren Lohngefälle der Beschäftigten nach TVöD und der Beschäftigten, die außertariflich bezahlt werden, führt. Daher fordert die GEW die vollumfängliche Anwendung des TVöD bei der Refinanzierung und Umsetzung des Thüringer Kindergartengesetzes.

Zudem ist aus unserer Sicht die Berücksichtigung von Minderungszeiten (siehe § 16 Absatz 3 Satz 2) von nur 28 Prozent nach wie vor nicht ausreichend. Auf der Grundlage der anspruchsvollen, konzeptionellen

und kindzentrierten fachlichen Arbeit mit dem Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre ist die fachliche Arbeit außerhalb der Gruppe mit 20 Prozent der Arbeitszeit zu berücksichtigen. In Anwendung der tatsächlichen Ausfallzeiten (s. statistische Auswertungen der Krankenkassen) und unter Berücksichtigung der Änderungen im Tarfrecht (siehe § 53a TVöD Besonderer Teil Pflege- und Betreuungseinrichtungen zu den Regenerationstagen) sind diese mit 18 Prozent zu veranschlagen. Insgesamt müsste der Personalschlüssel demnach 38 Prozent der Arbeitszeit für Tätigkeiten berücksichtigen, die nicht direkt am Kind erbracht werden.

Für uns bleibt ebenfalls unklar, weshalb zur Berechnung des Personalschlüssels eine tägliche Betreuungszeit von nur neun Stunden zugrunde gelegt wird, wenn doch nach § 2 Absatz 1 Satz 2 ThürKigaG ein Betreuungsanspruch in Höhe von zehn Stunden garantiert wird.

Wir möchten auf einen Übertragungsfehler hinweisen: In § 16 Abs. 3 Satz 3 müsste es richtig heißen „Kinder nach Absatz 2 Nr. 7“.

§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1

Die Aufnahme der praxisintegrierten Ausbildung in das Gesetz und somit deren Verstehtigung ist grundsätzlich zu begrüßen. Im Zuge der dringend notwendigen Fachkräftegewinnung ist diese weitere Ausbildungsform mit ihrer Ausbildungsvergütung und der engen Verzahnung von Theorie und Praxis ein wichtiger Baustein.

§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5

Wir bezweifeln, dass die angedachten Ausgleichsregelungen die tatsächlichen Mehrbedarfe, die durch die praxisintegrierte Ausbildung entstehen, angemessen berücksichtigen.

Eine einmalige Dynamisierung für einen Zeitraum bis 2026 missachtet die derzeitige Praxis von Tarifabschlüssen, die auf Grund der hohen Inflation höhere prozentuale Steigerungen sowie Einmalzahlungen umfassen. Zukünftige Tarifabschlüsse wirken sich aber sowohl auf die Ausbildungsvergütung als auch auf das Entgelt der Praxisanleiter:innen aus. Praxisanleiter:innen bekommen mit dem Tarifabschluss TVöD 2022 zudem für ihre Tätigkeit eine Zulage, die deutlich über der Pauschale liegt, die als Berechnungsgrundlage des Gesetzesentwurfes herangezogen wurde. Wir empfehlen daher eine Anbindung an die tarifliche Entwicklung des TVöD im Gesetz mit aufzunehmen und somit die Basis für eine kontinuierliche Dynamisierung zu schaffen.

Des Weiteren ist zu überlegen, ob die Erhöhung der Landespauschale bzw. ein Teil von ihr nicht explizit nur für die Wohnsitzgemeinden gezahlt werden sollte, die Ausbildungsplätze für die praxisintegrierte Ausbildung bereitstellen.

Unbenommen entstehen höhere Betriebskosten im Zuge der Praxisanleitung auch in der konsekutiven Ausbildungsform und sollten daher über das ThürKigaG abgebildet werden.

Bei einer für die praxisintegrierte Ausbildungsform prognostizierten Ausbildungszahl von 160 neuen Auszubildenden pro Ausbildungsjahr ist jedoch nicht davon auszugehen, dass diese in allen Thüringer Wohnsitzgemeinden ihre Ausbildung absolvieren werden. Eine flächendeckende Erhöhung der Landespauschale ohne eine tatsächliche Anbindung an die konkrete Bereitstellung der Ausbildungsplätze würde somit keinen Anreiz setzen.

I. Gesetzentwurf – DS 7/6583

Wir begrüßen die Initiative der CDU-Fraktion, die Finanzierungsbedingungen der Kindertagespflegepersonen nach § 23 ThürKigaG zu verbessern und eine transparente und dynamisierte Kopplung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) zu vollziehen.

Sowohl die Erhöhungen des pauschal zu erstattenden Sachaufwandes als auch der Förderungsleistungen sind dringend geboten.

Die Anpassung der Förderungsleistungen halten wir jedoch mit Blick auf die auszuübende Tätigkeit noch für zu gering. Als Berechnungsgrundlage sollten die Jahresgehälter vergleichbarer Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes (TVöD Sozial- und Erziehungsdienst) herangezogen werden.

Wir halten auch den Ansatz einer mindestens jährlichen Prüfung der Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagespflege für geboten, um aktuelle tarifliche und inflationäre Entwicklungen abbilden zu können.

Zur Vereinfachung dieser Prüfung und zukünftiger Anpassungen empfehlen wir, auch für den Sachaufwand eine Dynamisierungsklausel mit dem Parameter „Inflationsrate des Vorjahres“ aufzunehmen.

Leider bleiben mit Blick auf den Vorschlag der CDU-Fraktion bezüglich der Anerkennung einschlägiger Berufserfahrung die konkrete Ausgestaltung sowie die Zusammensetzung der dafür angedachten Zuschläge noch offen.

Uns erschließt sich beispielsweise nicht, weshalb sich die Zuschläge nur zu einem Fünftel aus den Beträgen der TVöD-Erfahrungsstufen analog § 16 TVöD zusammensetzen sollen.

Des Weiteren bleibt unklar, durch welche Nachweise Berufserfahrung belegt werden soll, ob Berufserfahrung nur einmalig für die Berechnung einer Zulage berücksichtigt wird oder ob die zunehmende Berufserfahrung als Tagespflegeperson auch zu einer Erhöhung der Zulage (analog zu den Stufenaufstiegen des TVöD) führen würde.

II. weitere schwerpunktartige Änderungsbedarfe

Wir halten die angedachten Änderungen bei den Personalschlüsseln bei Weitem nicht für ausreichend und regen an, einen verbindlichen Zeitplan für weitere Verbesserungen sowohl bei den Personal- als auch bei den Betreuungsschlüsseln zu erstellen.

Die derzeitige starke Differenzierung in den Altersbereichen ist mit einem hohen Aufwand in der Stellenberechnung und sich anschließenden Stellenanpassungen des Personals verbunden und sollte daher auf zwei Alterskategorien (Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres und Kinder im Alter ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung) beschränkt werden.

Wir fordern auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse einen Personalschlüssel von 1:3 im Bereich der Unterdreijährigen und 1:7,5 im Bereich der Abdreijährigen.

Es sind Anreize zu schaffen, den Mindestpersonalschlüssel abzusichern und jede weitere Verbesserung des Personal- und Betreuungsschlüssels, mit dem ein Träger den oben genannten Zielen näherkommt, durch die Kommune und das Land zu refinanzieren.

Wir fordern eine strikte Einhaltung des Fachkräftegebotes und damit die Sicherung einer qualitativ guten Bildungs- und Betreuungsarbeit. Eine Abkehr vom Fachkräftegebot – wie mit der Einstellung von Assistenzkräften geschehen – bedeutet nicht gleichzeitig, den Fachkräftebedarf zu erfüllen. Vielmehr sollten Maßnahmen der Fachkräftegewinnung wie die Abschaffung von Ausbildungsgebühren und Schulgeldern für die Erzieher:innenausbildung in den Blick genommen werden.

Die Praxisintegrierte Ausbildung ist durch die erweiterten Zugangsmöglichkeiten und die tarifliche Vergütung ein Erfolgsmodell und ein wesentlicher Baustein bei der Fachkräftegewinnung.

Aus unserer Sicht muss jedoch nachjustiert werden:

- beim Antragsverfahren für die Träger sowie Losverfahren für die Bewerber:Innenauswahl,
- bezüglich der Abläufe in den Praxiseinrichtungen bezogen auf die Freistellung und Weiterbildung der Praxisanleiter:Innen sowie
- bei der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Fachschulen, den Trägern von Kindertageseinrichtungen und den zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

In dem rechtlichen Dreiecksverhältnis zwischen Träger, Fachschule und Auszubildender bzw. Auszubildendem ist der Status als Lernende bzw. Lernender festzuschreiben. Aus dem Lernenden-Status folgt, dass es auch weiterhin keine Anrechnung auf den Personalschlüssel der sich in Ausbildung befindlichen Personen geben darf.

Die GEW Thüringen bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität und setzt sich dabei für eine gleiche und angemessene Förderung sowohl freier als auch öffentlicher Träger in der Kindertagesbetreuung ein. Subsidiarität darf nicht zur Benachteiligung freier Träger führen. Erst eine sachgerechte und auskömmliche Finanzierung ermöglicht es den freien Trägern überhaupt, eigene tarifvertragliche Leistungen in Höhe des TVöD gegenüber dem örtlichen Träger der Jugendhilfe einzufordern. Eine Transparenz der Mittelverwendung ist Voraussetzung dafür, dass für gleiche Arbeit auch ein gleiches Einkommen erzielt wird.

Wir schlagen daher vor, im ThürKigaG die Regelungen zum Nachweis der Mittelverwendung zu präzisieren und die Zuschussgewährung bzw. Pauschalen an den Nachweis tarifvertraglicher Entgeltleistungen und Eingruppierungsvorschriften zu koppeln.

Ich hoffe, mit unserer Stellungnahme wertvolle Änderungsvorschläge zur weiteren Bearbeitung des Gesetzentwurfes liefern zu können.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

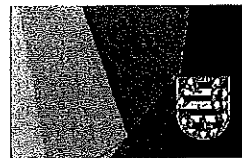
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür Landeselternvertretung für Kindergärten (TLEVK)</td> <td>gesetzliches Mitbestimmungsgremium</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Werner-Seelenbinder-Stra. 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür Landeselternvertretung für Kindergärten (TLEVK)	gesetzliches Mitbestimmungsgremium	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Stra. 7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thür Landeselternvertretung für Kindergärten (TLEVK)	gesetzliches Mitbestimmungsgremium										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Stra. 7										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Elternvertretung in Kindertagesstätten	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.



TLEVK - Werner-Seelenbinder-Straße 7 -- 99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2260
zu Drs. 7/6574/6783

Info@tlevk.de

Erfurt, den 12. Januar 2023

Stellungnahme der TLEVK zu folgenden Gesetzentwürfen

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/6574 -

und

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/6783

1. zu Drucksache 7/6574

Die Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen schlagen vor, den Mindestpersonalschlüssel zu erhöhen. Dies wird begründet mit der tariflich verankerten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Fachkräfte in den Kindergärten.

Aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Anpassung des Personalschlüssels unumgänglich, um die tariflichen Regelungen umsetzen zu können. Mit der Anpassung des gesetzlichen Personalschlüssels ergibt sich auch eine entsprechende Gegenfinanzierung der Personalkosten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die hier vorgeschlagenen Änderungen nur der Anfang sein können. In naher Zukunft ist es dringend erforderlich, den Personalschlüssel für die Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt zu vereinheitlichen und anzupassen. Außerdem regen wir an, die Personalberechnung grundsätzlich anhand der maximalen Kapazität des Kindergartens durchzuführen und nicht vierteljährlich auf die Belegung anzupassen. Dies setzt allerdings ausreichend qualifiziertes Personal voraus.

Daher begrüßen wir den Antrag zu 2., Kosten für die Ausbildung als Betriebskosten zu definieren. Dies ermöglicht es den öffentlichen und freien Trägern die praxisintegrierte Ausbildung anzubieten und dies unabhängig vom bisherigen Modellprojekt. Dies sollte zu einer zunehmenden Attraktivität des Ausbildungsberufes und damit zu mehr gut ausgebildeten Fachkräften führen.

Maßgeblich muss hier darauf geachtet werden, dass diese Kosten nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden. Dies ergibt sich für uns aus Punkt D der Drucksache, hier 3. Für die Bürger entstehen keine laufenden Mehrkosten.

Die erhöhte Gegenfinanzierung durch den Freistaat wird mit der beantragten Änderung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 geregelt.

Die beantragten redaktionellen Änderungen unter Artikel 1 Nr. 4, 5 und 6 sind selbsterklärend.

2. zu Drucksache 7/6783

Die Fraktion der CDU beantragt eine deutliche Anpassung der Sachkostenpauschalen für Kindertagespflegepersonen.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind veraltet. Die permanenten Kostensteigerungen im Bereich der Sachkosten, insbesondere in den letzten 12 Monaten rechtfertigen die von der Fraktion der CDU beantragten Änderungen.

Zur Fragestellung, welchen weiteren Änderungsbedarf wir im ThürKigaG zur Kindertagespflege sehen:

Aus unserer Sicht ist es dringend nötig auch Eltern, deren Kinder in einer Kindertagespflege betreut werden, in die Elternmitwirkung einzubeziehen und an Stadt- bzw. Kreiselternbeiräten und somit auch der Landeselternvertretung zu beteiligen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stadtelternbeirat der Kindergärten des H. Trippens</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Kommunikat 12</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadtelternbeirat der Kindergärten des H. Trippens		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kommunikat 12	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
Name	Organisationsform										
Stadtelternbeirat der Kindergärten des H. Trippens											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kommunikat 12										
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Inhaltsüberprüfung der Eltern von Kindern in Kindergärten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	grundsätzlich befürworten wir die Entwürfe	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

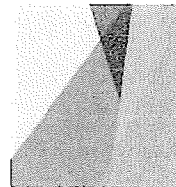
Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 31.1.23	

STadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!



Stadtelternbeirat – c/o

– Kursdorfer Str. 40, 07607 Eisenberg

Vorsitzender:

Kursdorfer Str. 40
07607 Eisenberg
0179-4891317

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

stellv. Vorsitzende:

info@steb-gera.de

THÜR. LANDTAG POST
13.01.2023 09:41

12.1.2023

Gera, den 12. Januar 2023

Stellungnahme des Stadtelternbeirates der Kindergärten in Gera zu folgenden Gesetzentwürfen

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/6574 -

und

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/6783

1. zu Drucksache 7/6574

Die Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen schlagen vor, den Mindestpersonalschlüssel zu erhöhen. Dies wird begründet mit der tariflich verankerten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Fachkräfte in den Kindergärten.

Aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Anpassung des Personalschlüssels unumgänglich, um die tariflichen Regelungen umsetzen zu können. Mit der Anpassung des gesetzlichen Personalschlüssels ergibt sich auch eine entsprechende Gegenfinanzierung der Personalkosten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die hier vorgeschlagenen Änderungen nur der Anfang sein können. In naher Zukunft ist es dringend erforderlich, den Personalschlüssel für die Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt zu vereinheitlichen und anzupassen. Außerdem regen wir an, die Personalberechnung grundsätzlich anhand der maximalen Kapazität des Kindergartens durchzuführen und nicht vierteljährlich auf die Belegung anzupassen. Dies setzt allerdings ausreichend qualifiziertes Personal voraus.

Daher begrüßen wir den Antrag zu 2., Kosten für die Ausbildung als Betriebskosten zu definieren. Dies ermöglicht es den öffentlichen und freien Trägern die praxisintegrierte Ausbildung anzubieten und dies unabhängig vom bisherigen Modellprojekt. Dies sollte zu einer zunehmenden Attraktivität des Ausbildungsberufes und damit zu mehr gut ausgebildeten Fachkräften führen. Maßgeblich muss hier darauf geachtet werden, dass diese Kosten nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden.



TLT/134/23/0

Dies ergibt sich für uns aus Punkt D der Drucksache, hier 3. Für die Bürger entstehen keine laufenden Mehrkosten. Die erhöhte Gegenfinanzierung durch den Freistaat wird mit der beantragten Änderung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 geregelt.

Es ist jedoch zu klären, wie sichergestellt wird, dass die Mehreinnahmen aus § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 auch tatsächlich für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen genutzt werden.

Die beantragten redaktionellen Änderungen unter Artikel 1 Nr. 4, 5 und 6 bedürfen keiner Erklärung und daher keiner Stellungnahme.

2. zu Drucksache 7/6783

Die Fraktion der CDU beantragt eine deutliche Anpassung der Sachkostenpauschalen für Kindertagespflegepersonen.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind veraltet. Die permanenten Kostensteigerungen im Bereich der Sachkosten, insbesondere in den letzten 12 Monaten rechtfertigen die von der Fraktion der CDU beantragten Änderungen.

Zur Fragestellung, welchen weiteren Änderungsbedarf wir im ThürKigaG zur Kindertagespflege sehen:

Hier sollte mittelfristig eine Lösung gefunden werden, wie die Eltern, deren Kinder bei Tagespflegepersonen betreut werden, in die Elternvertretung einbezogen werden.

Wir haben uns bei der Erstellung dieser Stellungnahme an der Stellungnahme der TLEVK orientiert.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Stadteltererbeirats
für die Kitas in Gera

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Ernst-Haeckel-Str. 17</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99097 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ernst-Haeckel-Str. 17	Postleitzahl, Ort	99097 Erfurt
Name	Organisationsform										
Deutscher Familienverband, LV Thüringen e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ernst-Haeckel-Str. 17										
Postleitzahl, Ort	99097 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Familienförderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Befürwortung praxisintegrierte Ausbildung, Ausweitung - Erhöhung Betreuungsschlüssel erforderlich - Befürwortung der Tagespflege - Rauschalen + Blickung - Betreuungsschlüssel bei höherer Qualifikation/Betreuung anpassen - Urlaub- u. Krankheitsregelung Anpassungsbedarf	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.01.23	

Deutscher Familienverband e. V.
 Ernst - Haackel - Str. 17
 99097 Erfurt
 Tel.: (0361) 4 17 20 00

Deutscher Familienverband

Landesverband Thüringen e.V.

Ernst-Haeckel-Str. 17, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

Mail: info@dfv-thueringen.de



Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2264

zu Drs. 7/6574/6783

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

10.01.2023

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache - 7/6574 -

und

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache - 7/6783 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat die Gesetzentwürfe der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sowie der CDU zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Allgemeine Anmerkungen

Aus Sicht des DFV Thüringen ist es grundsätzlich positiv zu bewerten, dass beide Gesetzentwürfe Wege aufzeigen, um dem Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung entgegenzuwirken.

Eine Verbesserung der Finanzierung, der personellen Ausstattung und der Ausbildung sind wichtige Bausteine zur Erhöhung der Qualität in der Betreuung und der Attraktivität der Berufe (Erzieher*in / Kindertagespfleger*in).

Wir begrüßen deshalb beide Entwürfe als Schritte in die richtige Richtung.

Wir unterstützen außerdem die Stellungnahme des AKF (Arbeitskreis der Thüringer Familienorganisationen) zu dieser Anhörung.

Im Folgenden werden wir auf einzelne Punkte und Fragestellungen eingehen:

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Drucksache - 7/6574 -

§16

Angesichts des Personalmangels und der damit einhergehenden erhöhten Belastung des vorhandenen Personals ist die Berücksichtigung der neuen tariflichen Wochenarbeitszeit beim Betreuungsschlüssel nur konsequent. Allerdings ist dies keine wirkliche Erhöhung des Betreuerschlüssels, wenn nur die fehlenden Stunden gemäß Tarif ausgeglichen werden. Wir plädieren für eine deutlichere Verbesserung des Betreuungsschlüssels, um sowohl die Qualität der Betreuung unter Berücksichtigung steigender Förderbedarfe der Kinder zu erhöhen, als auch den besonderen Belastungen der Erzieher*innen durch Fachkräftemangel und gesundheitliche Einschränkungen (psych. Erkrankungen, Corona-Auswirkungen usw.) entgegen zu wirken.

§22

Die praxisintegrierte Ausbildung stellt für angehende Erzieher*innen als auch für die Kindergärten eine gute Möglichkeit dar, in angemessener Zeit und mit finanzieller Unterstützung den Fachkräftebedarf zu decken.

Eine Ausweitung auf andere pädagogische Einsatzfelder (Kinderkrippe, Hort, Heimerziehung, Familienhilfe usw.) wäre zu begrüßen. Sowohl in pädagogischen, als auch in pflegerischen Ausbildungsberufen sollte eine Ausbildungszeit von drei Jahren und generell eine angemessene Vergütung für die Auszubildenden berücksichtigt werden. Dies würde die Attraktivität der Berufe steigern.

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache - 7/6783 -

§ 23

Wir begrüßen ausdrücklich die Erhöhung der Sachkostenpauschalen und der Betreuungspauschalen in der Kindertagespflege, einschließlich der Berücksichtigung der Qualifikation der Tagesmütter/Tagesväter bei der Anerkennung der Förderungsleistung (Betreuungspauschale) sowie deren regelmäßige Dynamisierung entsprechend des TVöD SuE.

Zur Fragestellung nach weiteren Änderungsbedarfen:

Momentan können Tagespflegepersonen bis zu 5 Kinder betreuen. Wenn eine Tagespflegeperson über eine Qualifikation als Erzieher*in (o.ä. päd. Abschluss) verfügt, sollte zumindest im zeitlich begrenzten Vertretungsfall eine Betreuung von mehr Kindern erlaubt sein (vergleichbar mit Schlüssel in Kinderkrippe/Kindergarten), insbesondere bei Zusammenschlüssen von (2-4) Kindertagespflegepersonen (bspw. Großpflegestellen).

Ein Zusammenschluss von Tagespflegepersonen ist angesichts steigender Kosten und zur besseren Absicherung der Betreuung der Kinder (z.B. bei Urlaub/Krankheit/Weiterbildung der Tagespflegeperson) sowie gegenseitiger fachlicher Unterstützung aus unserer Sicht sinnvoll und zu unterstützen.

Deshalb halten wir eine Änderung der -ThürKitapflegVO- nach über 10 Jahren für angebracht. Denn laut § 1 der Thüringer Verordnung zur Ausgestaltung der Kindertagespflege (Thüringer Kindertagespflegeverordnung -ThürKitapflegVO-) vom 29. März 2012 erfüllen „... Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen in angemieteten Räumen ... diese Anforderungen nicht“. Auch wenn solche Zusammenschlüsse eine Einbeziehung in den Familienalltag nicht bieten können, so stellen sie doch eine familiärere Betreuungssituation dar als Kinderkrippen, was gerade für Kleinkinder und deren Eltern als gute Alternative zwischen häuslicher Betreuung und institutioneller Betreuung gesehen wird.

Hierdurch kann bspw. die gegenseitige Vertretung besser geregelt und abgesichert werden (was für die Kinder und die berufstätigen Eltern wichtig ist).

Regelungsbedarf gibt es aus unserer Sicht auch bzgl. der Urlaubs- und Krankheitstage. Momentan erhalten Tagespflegepersonen die Betreuungspauschalen taggenau. In Monaten mit vielen Feiertagen oder Urlaub oder Krankheit reduziert sich die Pauschale entsprechend. Hinzu kommt die relativ häufig schwankende Kinderzahl, da die Kinder meist nur bis zum Eintritt in den Kindergarten bleiben und die Belegung der Plätze nicht immer nahtlos erfolgt. Wenn weniger als 5 Kinder betreut werden, sinkt auch das Einkommen entsprechend. Gerade angesichts steigender Kosten stellt dies Tagespflegepersonen vor große Herausforderungen, da eine langfristige Planbarkeit nicht gegeben ist.

Als Deutscher Familienverband, Landesverband Thüringen werden wir gern weiter an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Familien in Thüringen mitwirken!

Für den DFV Thüringen

GeschäftsführerIn

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 -											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">VEREIN</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">SCHMIDTSTEDTER STR. 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	VEREIN	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 8	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	VEREIN										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 8										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZEN VERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	WEG VON AUSLOSUNG HIN ZU FESTGELEGTE ZUTEILUNGSQUOTEN.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.01.2023	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Per E-Mail:

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Frau Dr. Kristin Eglinski
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2265

zu Drs. 7/6574/6783

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
15. Dezember 2022

Datum
13. Januar 2023

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, DPD und Bündnis 90/ Die Grünen
Zweites Gesetz Änderung Thüringer Kindergartengesetz – Drs. 7/6574
Anhörungsverfahren gem. § 79 GO des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der tbb begrüßt die Gesetzliche Verankerung des Modellprojekts der vergüteten praxisintegrierten Ausbildung für staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher (PIA-TH). Das Modellprojekt ist äußerst erfolgreich und ein wichtiger Stein für die so notwendige Fachkräftebindung und -gewinnung in Thüringen.

Aus den Reihen unserer Fachgewerkschaft tlV thüringer lehrerverband kamen folgende Anregungen zum Gesetzentwurf.

Aufgrund dieser regen wir an, das Verfahren der Auswahl umzustellen, weg von Auslosungen hin zu festgelegten Zuteilungsquoten. So können auch in den ländlichen Gegenden Lücken geschlossen werden. Wichtig wäre uns auch, Festlegungen aufzunehmen, dass bei einem Ausbildungsabbruch ein Nachrücker die geförderte Ausbildungsstelle übernehmen kann (kitaunabhängig), so dass hier keine Lücken entstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											

	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)		
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)		
	Etablierung der PiA wird begrüßt		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)		
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)		
	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

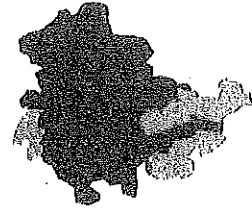
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.01.2023	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

[

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2272
zu Drs. 7/6574/6783

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

NUR PER E-MAIL

Stellungnahme des Katholischen Büros Erfurt zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-215
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den beiden Gesetzentwürfen zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Stellung nehmen zu können. Gern teile ich Ihnen nachfolgend die Auffassung der Katholischen Kirche in Thüringen mit.

Grundsätzliche Anmerkungen

Erfurt, den 13. Januar 2023

Wir bewerten den in Drs. 7/6574 vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich positiv. Mit der dauerhaften gesetzlichen Verankerung der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) kommt der Landtag einer langjährigen Forderung der Katholischen Kirche nach. Damit wird ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Fachkräftesituation in den Kindergärten etabliert. Zwar wird das schulische Ausbildungsmodell weiterhin seine Berechtigung behalten, aber mit der PIA wird ein attraktiver weiterer Zugang zum Beruf des Erziehers bzw. der Erzieherin eröffnet, was hoffentlich die anhaltenden personellen Engpässe in diesem Bereich zu lindern hilft.

Eine der katholischen Berufsbildenden Schulen in Thüringen, die Bergschule St. Elisabeth in Heilbad Heiligenstadt, hat bereits vor einiger Zeit mit der Implementierung eines entsprechenden Ausbildungsgangs begonnen und berichtet von einer hohen Nachfrage. Wir hoffen, dass mit der angestrebten Neuregelung ein flächendeckendes Angebot an PIA-Plätzen in Thüringen entstehen wird.

Zu einzelnen Regelungen

Artikel 1 Nummer 2

Hier möchten wir anregen, auch die Kostenerstattung für die Mentorentätigkeit explizit im Gesetzestext zu erwähnen. Dies beugt möglicherweise Abrechnungskonflikten in der Praxis vor.

Artikel 1 Nummer 3

Wir gehen davon aus, dass die vorgesehene Regelung eine auskömmliche Finanzierung der PIA-Plätze sicherstellt. Hier sollte mittelfristig geprüft werden, ob sich die in der Begründung dargelegte Herleitung der Ausgleichsregelung in der Praxis als tragfähig erweist. Ziel muss es sein, dass sich alle Träger und Kommunen die PIA wirklich leisten können.

Zum Antrag der CDU-Fraktion zur Tagespflege

Inwiefern es weiteren Änderungsbedarf bei den Bestimmungen des Thüringer Kindergartengesetzes zur Kindertagespflege gibt, kann kirchlicherseits mangels institutioneller Betroffenheit nicht eingeschätzt werden.

Wir begrüßen jedoch grundsätzlich, wenn durch eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagespflege die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten für Familien in Thüringen sichergestellt werden kann.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich hoffe, mein Beitrag stellt für Sie eine Hilfestellung dar. Dem weiteren Gesetzgebungsverfahren wünsche ich viel Erfolg.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Drucksache 7/6574-											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU -Drucksache 76783-											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border: none;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
3	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;"></td> <td style="width: 50%; border: none;"></td> </tr> </table>											

--	--	--

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Kommunalen Spitzenverband §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.1.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes – Drs. 7/6574		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50
	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	

	Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege sieht in den getroffenen Regelungen weitere Änderungsbedarfe. Wir haben im Rahmen dieser Anhörung bewusst darauf verzichtet, dazu Stellung zu beziehen, um die Verstetigung und Finanzierung der praxisintegrierten Ausbildung nicht zu verzögern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 13.01.2023	

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2274

zu Drs. 7/6574/6783

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



Geschäftsstelle

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
13.01.2023

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zum zweiten
Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes – Drs. 7/6574**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens.
Zum Gesetzentwurf der Fraktionen Die LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes nehmen wir wie folgt Stellung.

Zu Artikel 1 Nr. 1

§ 16 (3) Satz 3 „[...] Der Personalschlüssel für Kinder nach Absatz 2 Nr. 5 [...]“

§ 16 Absatz 2 Nr. 5 bezieht sich auf den Personalschlüssel für die Kinder im Alter von 4 bis 5 Jahren. Dies passt nicht zu der hier beschriebenen Regelung. Die Nr. 5 muss in Nr. 7 umgewandelt werden.

Zu Artikel 1 Nr. 2

§ 22 (1) Satz 2 Nr. 1 „[...] und für die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften in einer praxisintegrierten Ausbildung für [...] nach jeweils geltender Fassung, soweit [...]“

Die o.a. Textstelle sollte geändert werden in:

„[...] und für die Ausbildungsvergütung von pädagogischen Fachkräften in einer praxisintegrierten Ausbildung für [...] nach jeweils geltender Fassung sowie die Kosten für die Mentorentätigkeit, soweit [...]“

Die Kosten der Mentorentätigkeit sind in der Begründung des Gesetzentwurfs beschrieben. Die Festschreibung in den Paragraphen sichert die Finanzierung stärker ab.

Vorsitzender:

Geschäftsführer:



www.liga-thueringen.de

Zu Artikel 1 Nr. 3

Entsprechend der Kostenabschätzung für die Kommunen ist formuliert, dass durch die Pauschale unter § 25 Absatz 1 Nr. 5 die entstehenden Mehrkosten für die Kommunen gedeckt werden sollen.

Für die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege ist es nicht nachzuvollziehen, weshalb die Pauschale nur für die Kinder von 3 bis 6 Jahre angehoben werden soll. Ob die angepasste Pauschale ausreicht, um die Kosten zu decken, kann durch die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege nicht eingeschätzt werden.

Eine sichere Refinanzierung ist zwingend notwendig, um keine Konflikte auf örtlicher Ebene entstehen zu lassen.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege sieht in den getroffenen Regelungen vor allem in § 16 ThürKigaG weitere Änderungsbedarfe. Wir haben im Rahmen dieser Anhörung bewusst darauf verzichtet, dazu Stellung zu beziehen, um die Verstetigung und Finanzierung der praxisintegrierten Ausbildung nicht zu verzögern. Wir möchten dies in der für dieses Jahr angekündigten „großen Kindertagesgesetz-Novellierung“ diskutieren und bieten hierfür unsere Expertise bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens an.

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes ✕ Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes ✕ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesverband für Kindertagespflege Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bei der Putzrinne 11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>91044 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesverband für Kindertagespflege Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Putzrinne 11	Postleitzahl, Ort	91044 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landesverband für Kindertagespflege Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Putzrinne 11										
Postleitzahl, Ort	91044 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kindertagespflege Kindertagespflegeperson	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	1. Wir stimmen der Drucksache 7/6594 zu. 2. Wir stimmen der Drucksache 7/6783 mit Ergänzungen und Änderungen zu. - Zustimmung zur Erhöhung des Sachaufwandes nach der Drucksache - als Ergänzung: Einführung einer jährlichen Dynamisierung des Sachaufwandes - Zustimmung zur Erhöhung des Betrags zur Anerkennung der Förderleistung - als Änderung: zu 1. höherer Betrag 582 Euro pro Kind und Monat zu 2. Streichung dieser Stufe zu 3. höherer Betrag 625 Euro pro Kind und Monat - Zustimmung der Benachteiligung der Berufserfahrung durch Zulage	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 12.01.2023	

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de



Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.

E-Mail: vorstand@lvktp.de
Erfurt, den 12.01.2023

Stellungnahme zur Drucksache 7/6783

Gesetzentwurf

Der Fraktion der CDU

THÜR. LANDTAG POST
16.01.2023 07:15

1353/23

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Gesetzentwurfes „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes“ und der Möglichkeit, dazu Stellung nehmen zu dürfen.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. begrüßt sehr, dass mit der Änderung des Gesetzes, die bereits seit vielen Jahren vom Landesverband geforderten Verbesserungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege erfolgen sollen.

Zu den einzelnen Sätzen des § 23 des Thüringer Kindergartengesetzes möchten wir wie folgt Stellung beziehen:

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 23 des Thüringer Kindergartengesetzes vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

§ 23

Laufende Geldleistung bei Kindertagespflege

„(1) Wird eine geeignete Kindertagespflegeperson vermittelt oder eine selbst organisierte Kindertagespflegeperson als geeignet und die Kindertagespflege als erforderlich anerkannt, gewährt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe dieser eine laufende Geldleistung nach § 23 Abs. 2 SGB VIII. Der pauschal zu erstattende Sachaufwand nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII darf je Kind bei einer vereinbarten Ganztagsbetreuung
(mindestens acht Stunden) 300 Euro je Monat,
vereinbarten Drei-Viertel-Betreuung (mindestens sechs Stunden) 240 Euro je Monat,
vereinbarten Halbtagsbetreuung
(mindestens vier Stunden) 210 Euro je Monat,
ergänzenden Kindertagespflege 2,12 Euro je Stunde nicht unterschreiten.“



1. Zu § 23 Absatz 1 schlägt der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen folgende Ergänzung zu Satz 1 vor:

„Eine Dynamisierung des zu erstattenden Sachaufwandes erfolgt jährlich in Höhe der Inflation des Vorjahres.“

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen begrüßt die Anhebung des zu erstattenden Sachaufwandes nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII für eine Ganztagsbetreuung (mindestens acht Stunden) auf 300 Euro je Kind und Monat.

Bereits in einer Stellungnahme im Jahr 2019 hatte der Landesverband darauf hingewiesen, dass eine dringende Überprüfung der zu erstattenden Sachkostenpauschale zu erfolgen habe und darauf verwiesen, dass bereits 2007 vom Bundesministerium der Finanzen die Höhe einer Pauschale von 300 Euro pro Kind/Monat als angemessene Betriebsausgabe im Rundschreiben „Einkommenssteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege“ des Bundesministeriums der Finanzen vom 17. Dezember 2007 (BStBl. 2008 I, S. 17) als angemessen festgelegt wurde.

Die jetzt geplante Regelung sichert aktuell die Angemessenheit des Sachaufwandes. Damit wird eine landesweite Vergleichbarkeit, der von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe gezahlten Sachkosten erreicht, die transparent und nachvollziehbar ist. Der Landesverband empfiehlt daher die vorgeschlagene Dynamisierungsregelung zu implementieren.

§ 23 Absatz 1 Satz 2

„Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2a SGB VIII darf bei einer Ganztagsbetreuung
475,48 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei Kindertagespflegepersonen mit einer Qualifizierung nach DJI-Curriculum (160 Stunden),
546,13 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei Kindertagespflegepersonen mit einer Qualifizierung nach dem QHB (300 Stunden) bzw.
586,32 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei staatlich anerkannten Erziehern und Erzieherinnen nicht unterschreiten.“

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen begrüßt die Anhebung des Betrags zur Anerkennung der Förderungsleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2a SGB VIII im Grundsatz. Der Landesverband schlägt allerdings vor, eine andere Formulierung zu wählen.

2. zu § 23 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

„Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2a SGB VIII darf bei einer Ganztagsbetreuung
582 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei Kindertagespflegepersonen mit einer Qualifizierung von mindestens 160 Unterrichtseinheiten nach dem DJI-Curriculum bzw.
625 Euro je Kind und Monat im Jahresmittel bei staatlich anerkannten Erziehern und Erzieherinnen nicht unterschreiten.“

Begründung:

Die Anerkennung der Förderungsleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2a SGB VIII sollte sich an den Gehältern des Öffentlichen Dienstes, Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) orientieren, da Kindertagespflegepersonen denselben Tätigkeitsbereich ausüben. Die Orientierung an der Eingruppierung in die Stufe 4 ist darauf begründet, dass Kindertagespflegepersonen alleinverantwortlich Gruppen betreuen. Zudem übernehmen Kindertagespflegepersonen zusätzlich Aufgaben einer Kita-Leitung. Des Weiteren fallen für die Kindertagespflegeperson außerhalb der Betreuungszeit Arbeitsaufgaben in nennenswerter Anzahl an, die bisher in die Vergütungsüberlegungen des Gesetzgebers nicht mit eingeflossen sind.

Für die Berechnungsgrundlage sollten aus diesem Grund die Jahresgehälter der Einstufungen SuE S4 bzw. SuE 8a zugrunde gelegt werden.

Zur Berechnung der Summen der oben angegebenen Beträge zur Anerkennung der Förderleistung wurde der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, Sozial- und Erziehungsdienst 2022 „Jahresentgelttabelle TVÖD SuE 2022“ herangezogen.

Das bedeutet, qualifizierungsbedingte Unterschiede sind in der Eingruppierung zu berücksichtigen.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal eindringlich darauf hinweisen, dass dieses Jahresentgelt nur bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 40 Stunden (im Vergleich dazu: 39 Stunden bei Erziehern nach TVöD) und einer durchgehenden Belegung mit ganzjährig fünf Kindern zu erreichen ist. Durchschnittlich betreute eine Kindertagespflegeperson in Thüringen nach dem Landesamt für Statistik zum 1. März 2022 (240 KTPP, 882 betreute Kinder) unter vier Kinder im Jahresmittel. Das bedeutet, dass ein erheblicher Teil der Kindertagespflegepersonen in Thüringen die angegebenen Summen nicht erreichen wird.

§ 23 Absatz 1 Satz 3 und 4

„Weiterhin ist die einschlägige Berufserfahrung der Kindertagespflegepersonen durch Zuschläge anzuerkennen. Die Höhe der Zuschläge pro Kind und Monat orientiert sich zu einem Fünftel an den Erfahrungsstufen der Entgelttabelle entsprechend § 16 TVöD SuE. Ist die vereinbarte tägliche Betreuungszeit des Kindes geringer, reduziert sich der Betrag nach Satz 3 in entsprechendem Umfang. Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistungen ist fortlaufend der entsprechenden Entgeltgruppen im TVöD SuE anzupassen.“

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen begrüßt die Einführung der Anerkennung der Berufsjahre und die Orientierung der Höhe der Zuschläge an den Erfahrungsstufen der Entgelttabelle entsprechend des § 16 TVöD SuE.

§ 23 Absatz 2 Satz 1

„(2) Das Ministerium prüft jährlich die Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagespflege und teilt das Ergebnis der Prüfung dem Thüringer Landtag mit. Zu diesem Zweck melden die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe dem Ministerium jährlich bis zum 31. Mai die Kosten der Kindertagespflege sowie die Anzahl der betreuten Kinder.“

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen begrüßt eine regelmäßige Prüfung der Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagespflege. Für den Fall, dass keine ausreichende Dynamisierung der zu erstattenden Sachkostenpauschale sowie Anpassung der Förderleistung an die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst im Gesetz implementiert werden sollte, hält auch der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen eine jährliche Prüfung der Kostenentwicklung im Bereich der Kindertagespflege für notwendig. Allerdings sollte klargestellt werden, was mit „Kosten der Kindertagespflege“ gemeint ist. Aus Sicht des Landesverbandes für Kindertagespflege Thüringen kann dies nicht bedeuten, die Anzahl der Kindertagespflegepersonen, die Anzahl der betreuten Kinder und die jeweils gezahlten laufenden Geldleistungen aufzuführen. Der Anspruch einer Ermittlung der Kosten sollte sein, zu überprüfen, ob die laufende Geldleistung „leistungsgerecht“ und „auskömmlich“ ist. Klargestellt werden sollte auch, ob und welche Elternbeiträge in die Kostenermittlung einbezogen werden sollen.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. begrüßt das in Kraft treten zum 1. Januar 2023.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de



Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.

E-Mail: vorstand@lvktp.de

Erfurt, den 12.01.2023

Stellungnahme zur Drucksache 7/6574

Gesetzentwurf

der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Gesetzentwurfes zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes“ und der Möglichkeit, dazu Stellung nehmen zu dürfen.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. begrüßt sehr, dass mit der Änderung des Gesetzes, eine Implementierung der Praxisintegrierten Ausbildung im Bereich Erzieherausbildung zur Fachkräftegewinnung erfolgen soll. Auch wir als Landesverband für Kindertagespflege Thüringen sehen die unbedingte Notwendigkeit, einer ausreichenden Zahl an qualifizierten und motivierten Fachkräften im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Das seit 2019 erprobte Modell der praxisintegrierten Ausbildung als eine der Möglichkeiten zur Fachkräftegewinnung setzt dabei ausschließlich auf die Ausbildung von Erziehern/innen. Damit setzt das Bildungsministerium ein deutliches Zeichen für die Erhaltung der Qualität in den Kindergärten. Fehlende Erzieher/innen werden nicht einfach durch weniger ausgebildetes Personal ersetzt, sondern es wurde und wird intensiv nach Möglichkeiten gesucht, sie durch entsprechend ausgebildetes Personal zu ersetzen. Das trifft unsere volle Zustimmung.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen möchte dazu wie folgt Stellung beziehen:

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Zu Nummer 1 (§ 16 Abs. 3)

Rein rechnerisch betrachtet sind die Änderungen der Personalschlüssel aus unserer Sicht auf Grund der neuen Regelungen im Tarifgebiet Ost als folgerichtig anzusehen und damit nachvollziehbar. Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass die für diese Berechnung berücksichtigten und im Gesetz verankerten Betreuungsschlüssel vor allem im U3-Bereich in naher Zukunft dahingehend angepasst werden müssten, dass sie sich den Vorgaben der Bertelsmann – Studie deutlich annähern. Dies würde nicht nur einen Gewinn für die Kinder bedeuten. Auch für das pädagogische Fachpersonal in den Einrichtungen wäre dies ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und damit zur Fachkräftebindung. Nur wenn sich Erzieher/innen in den Einrichtungen wohlfühlen, bleiben sie in Thüringen und wandern nicht in andere Bundesländer mit besseren Bedingungen ab.

Zu Nummer 2 (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)

Da sich nach unserem Kenntnisstand die praxisintegrierte Ausbildung als Modell bewährt hat und sie aus unserer Sicht geeignet scheint, zusätzlich zur eigentlichen Form der Erzieherausbildung noch Personal zu schaffen, begrüßen wir es als Landesverband für Kindertagespflege Thüringen ausdrücklich, dass diese Möglichkeit verstetigt werden soll.

Zu Nummer 3 (§25)

Wir als ehrenamtlich Tätige sehen uns außerstande, uns innerhalb des kurzen Zeitrahmens so in diese Berechnungen zu vertiefen, dass wir eine qualifizierte Aussage dazu treffen können.

Zu Nummer 4 - 7 (§ 30 a, § 30 b, § 35, § 36)

Diese Änderungen sind auch aus unserer Sicht folgerichtig und damit notwendig.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de



Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.

E-Mail: vorstand@lvktp.de

Erfurt, den 12.01.2023

Anlage 4

Fragestellung zu den Beratungsgegenständen zum

„Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes“

Fragestellung:

Welchen weiteren Änderungsbedarf sehen Sie bei den Bestimmungen des Thüringer Kindertagesgesetzes zur Kindertagespflege?

1. Um eine höhere Qualifikation der Kindertagespflegepersonen sicherzustellen, kann zukünftig die Qualifizierung mit 300 Unterrichtseinheiten nach dem Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB) als Grundlage für geförderte Betreuung in Kindertagespflege festgelegt werden. Das QHB bildet inzwischen in der überwiegenden Zahl der Bundesländer den Standard der Grundqualifizierung, den auch Thüringen anstreben sollte.
2. Da es aus Sicht des Landesverbandes für Kindertagespflege Thüringen e.V. unlogisch ist, die Sachkostenpauschale an die Anzahl der tatsächlich betreuten Kinder zu binden, obwohl der Großteil der Kosten für die Anzahl der Kinder laut Pflegeerlaubnis entsteht, schlagen wir die Zahlung eines Sockelbetrages vor. Dieser würde die von der tatsächlichen Kinderzahl unabhängigen gleichbleibenden Kosten für Versicherungen, Miete, Heizung, Strom usw. abdecken und könnte sich an der Zahl der betreuten Kinder laut Pflegeerlaubnis orientieren. Dazu käme ein Betrag für jeden tatsächlich belegten Platz und den damit an das Kind gebundenen Verbrauchskosten wie z.B. Bastelmaterial, Seife oder Wasser.
3. Zur, vom Bundesgesetzgeber gewünschten, Gleichstellung von Kita und Kindertagespflege gehört auch eine Vergütung der Vor- und Nachbereitung. Diese fällt bei den Erziehern/innen in den Kitas als mittelbare Arbeit an und wird vergütet. Auch in der Kindertagespflege gehören zu einer professionellen Betreuung die umfangreiche Elternarbeit, Vorbereitung der Angebote, Dokumentationen und weiteres. Andere Bundesländer wie Berlin oder Sachsen haben bereits entsprechende Regelungen zur Vergütung der mittelbaren Arbeit.
4. Den jährlich erhobenen Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik zu den Tagespflegepersonen und den in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreuten Kindern kann entnommen werden, dass die durchschnittliche Belegung in der Kindertagespflege unter 4 Kindern liegt. Trotzdem werden immer 5 Kinder als Vollbelegung bei den Berechnungen

herangezogen. Damit liegen die tatsächlichen Einkommen der Kindertagespflegepersonen mehr als 20% unter den im Gesetz eigentlich vorgesehenen Zahlen. Hier wünschen wir uns die realistische Betrachtungs-weise bei der Berechnung mit einer Belegungszahl von 4 Kindern.

5. Es gäbe mehr Kindertagespflegepersonen, wenn eine Arbeit im Verbund möglich wäre. Aufgrund hoher Mieten ist es insbesondere in größeren Städten kaum möglich, als einzelne Kindertagespflegeperson angemessene Räume für die Kindertagespflege zu finanzieren. Deswegen sollte geprüft werden, ob diese Möglichkeit bei gleichzeitiger höchstpersönlicher Zuordnung per Gesetz geschaffen werden sollte. Gleichzeitig böte die Kindertagespflege im Verbund weitere Vorteile wie z.B. die Absicherung bei Unfällen sowie kollegialen Austausch.
6. Immer wieder müssen wir als Landesverband feststellen, dass sich Mitglieder hilfeschend an uns wenden, weil die Jugendämter eindeutige rechtliche Regelungen missachten oder uninformiert sind. Deswegen wünschen wir uns eine fachlich kompetente Beratung der Kindertagespflegepersonen durch die Jugendämter. Der gesetzliche Anspruch auf Beratung aus § 23 Abs. 4 Satz 1 und § 43 Abs. 4 SGB VIII wird leider nicht überall erfüllt. Gleichzeitig muss der Landesgesetzgeber aus unserer Sicht Möglichkeiten schaffen, dass die Kommunen verpflichtet werden, ihre Mitarbeiter in den Jugendämtern in Bezug auf die Kindertagespflege entsprechend zu qualifizieren und vor allem ihren Wissensstand durch Weiterbildungen auf dem aktuellen Stand zu halten.
7. In diesem Zusammenhang wäre auch eine Beschwerdestelle bzw. ein konkreter und verbindlicher Ansprechpartner für die Kindertagespflege zur Klärung rechtlicher Fragen und Verfahren im Thüringer Landesverwaltungsamt wünschenswert.
8. Dem Anspruch auf Vertretung aus § 23 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII wird nicht in allen Jugendamtsbezirken Thüringens entsprochen. Die fehlende oder ungenügende Vertretungsregelung ist in weiten Teilen Thüringens ein großes Problem für die Kindertagespflegepersonen. Im angrenzenden Freistaat Sachsen gibt es eine Vielzahl an Angeboten, so dass dort Kindertagespflegepersonen kein Nachteil gegenüber den Kitas entsteht, wenn es zu Ausfällen kommt. Die meisten Jugendämter in Thüringen bräuchten eine verbindliche Verpflichtung, eine kindeswohldienliche Vertretungsregelung in ihre Satzungen, Richtlinien o.ä. aufzunehmen, damit allen Kindertagespflegepersonen eine Vertretung zur Verfügung stünde.
9. Wir wünschen uns eine Möglichkeit, abzusichern, dass Jugendämter die Elternbeiträge für die Kindertagespflege am Durchschnitt der Beiträge für einen Krippenplatz in derselben Kommune orientieren, statt sie im oberen Bereich oder darüber anzusetzen. Da Kindertagespflegepersonen die Elternbeiträge nicht selbst festlegen können, entsteht eine Wettbewerbsverzerrung, wenn die Elternbeiträge für einen Kitaplatz deutlich geringer sind.
10. Auf Grund des Personalmangels in den Kitas wären Überlegungen wünschenswert, wie das Potential der Kindertagespflegepersonen, die weiterhin mit Kindern arbeiten wollen, dies aber nicht mehr im Rahmen der Selbstständigkeit tun möchten, genutzt werden kann oder welche anderen Synergien möglich sind.
11. Wir unterstützen das Ansinnen nach einer Staffelung der Elternbeiträge nach Einkommen, solange die finanziellen Mittel für eine kostenlose Bildung im U3 - Bereich fehlen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaats Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6576 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Zechochenstr. 35</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Zechochenstr. 35	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	07545 Gera
Name	Organisationsform										
Verband alleinerziehender Mütter u. Väter (VAMV Th)	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Zechochenstr. 35										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert; d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>• Unterstützung / Information (politisch fundiert) Allein- erziehender in Thüringen insbesondere durch engagierte Lobbyarbeit • Netzwerkarbeit vor Ort, auf Landes- u. Bundesebene</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>• Anpassung der Richtlinie • Dynamisierung</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 13.01.2023	

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschöckernstraße 35 · 07545 Gera
Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
e-Mail: vamv.thueringen@t-ol



VAMV Thüringen*Zschochernstraße 35*07545 Gera
Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

13. Januar 2023

Stellungnahme des VAMV Landerverband Thüringen e.V. zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes in den Drucksachen DS 7/6574 und DS 7/6783

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Dezember 2022 wurde das Positionspapier des Arbeitskreises Thüringer Familienorganisationen veröffentlicht. In diesem geht es unter anderem um „Bildung statt nur Betreuung“

- Mehr Qualität in Kindergärten und den Schulen ist durch Intensivierung der Fachkräftegewinnung und Fachkräfteausbildung sowie personeller Ausstattung des gesamten Bildungssektors, insbesondere der Kindergärten, zu gewährleisten. Die aktuellen Studien zu den Folgen der Corona Pandemie, besonders bei benachteiligten Kindern, zeigen erneut den dringenden Handlungsbedarf und die endlich notwendige Priorisierung der Bildungspolitik in den Haushalten des Landes und der Kommunen. Die Absicherung der Bildung der Kinder ist eine wesentliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

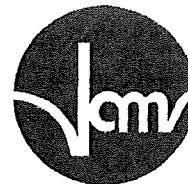
Zu DS/ 6574

Die grundsätzlichen Anliegen des Gesetzentwurfes im Hinblick auf eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA-TH) und deren beabsichtigte Refinanzierung werden begrüßt.

Darüber hinaus besteht weiterer Handlungsbedarf im Hinblick auf die Berufsausbildung, den Personalschlüssel und der Fachkräftesicherung für die frühkindliche Förderung einschließlich der damit eng korrespondierenden anderen Aufgabenbereiche des SGB VIII, insbesondere der erzieherischen Hilfen. Dies bedeutet im Einzelnen:

Wir begrüßen, dass PiA-TH „dauerhaft“ neben die konsekutive Erzieherausbildung tritt. Mit den beabsichtigten 160 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang bedeutet dies bei einem angestrebten notwendigen Erhalt von über 700 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang, dass die zur Fachkräftesicherung notwendige weit überwiegende Anzahl der Auszubildenden weiterhin schulisch ohne Ausbildungsvergütung und im Falle nichtstaatlicher Schulen zudem mit der





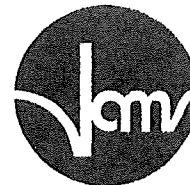
Verpflichtung zur Zahlung von Schulgeld in einer langwierigen und anspruchsvollen Ausbildung ausgebildet wird. Diese angekündigte Doppelstruktur in der derzeitigen Form halten wir qualitativ und im Hinblick auf die Fachkräftesicherung quantitativ angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt für realitätsfern.

Erforderlich ist stattdessen im Hinblick auf die Qualifikation als auch die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Berufen eine qualifizierte und attraktive Ausbildung auf der Grundlage und mit der Ausbildungsvergütung ohne Zahlungsverpflichtungen der Auszubildenden für ihre Ausbildung. Wir weisen im Zusammenhang mit dem Fachkräftebedarf sowohl auf die Ergebnisse der 2020 veröffentlichten Studie der FSU Jena als auch auf die im bundesweiten Vergleich und die Anforderungen im Bereich der frühkindlichen Förderung - insbesondere des Thüringer Bildungsplanes - völlig unzureichende Stellenausstattung hin.

- Inwieweit die in Art. 1, Ziffer 3 durch Neuregelung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 pauschalierten Mehrkosten für die Umsetzung von PiA passgenau die jeweiligen Ausbildungsträger und damit letztlich die Auszubildenden erreichen, ist dem Gesetzestext nicht zu entnehmen. Zudem fehlt eine Regelung für die Ausbildung von PiA in Jugendhilfeeinrichtungen, insbesondere der stationären Jugendhilfe. Diese ist ebenfalls kommunale Aufgabe und leidet zum Teil dramatisch unter Fachkräftemangel. Der Heimaufsicht des TMBJS ist diese Situation bekannt.
- Abgesehen von der Anpassung des Personalbedarfs an die verkürzten Arbeitszeiten wurde leider die längst überfällige Anpassung an erheblich zu verbessernde Personalschlüssel erneut versäumt. Die damit verbundenen seit Jahren andauernden schlechten Arbeitsbedingungen in Thüringer Kindergärten sind ein wesentlicher Grund für den zunehmend eskalierenden Fachkräftenotstand in den Kindergärten und -krippen. Längst werden im Alltag der Kindergärten aufgrund von Erkrankungen, Verrentungen, Personalfluktuationen, Ausstieg aus dem Beruf, Abwanderung in angrenzende Länder oder andere Branchen geltende Mindestpersonalschlüssel häufig unterschritten. Die 28 % Vorbereitungs- und Ausfallquote bildet die realen Bedingungen nicht ab.

Der dringende Handlungsbedarf wird sowohl durch die bereits genannte FSU- Studie aus dem Jahr 2020 als auch die aktuelle Bertelsmann Studie empirisch untermauert. Zudem entscheiden sich junge Menschen für einen Beruf maßgeblich auch aufgrund bekannter Arbeitsbedingungen nach der Ausbildung. Der offenkundige Fachkräftebedarf in vielen anderen Branchen wiederum setzt auch in Zukunft ein im ganzen Land rechtssicher funktionierendes, attraktives Angebot der frühkindlichen Förderung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus.

Gute Arbeitsbedingungen in den Kindergärten sind folgerichtig eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Thüringen. Empfohlen wird daher kurzfristig noch in dieser Legislaturperiode eine wesentliche Verbesserung des Personalschlüssels.



Zu DS 7/6783

Die beabsichtigten Regelungen zur Verbesserung der Vergütung der Kindertagespflegepersonen werden von uns begrüßt. Mit der wiederholten Bezugnahme des Gesetzentwurfes zum TVÖD SuE wird zu Recht betont, dass es sich bei der frühkindlichen Förderung um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Folgerichtig ist es überfällig, auch in diesem Bereich die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Wie der Entwurf zum Gesetzentwurf zu entnehmen ist, handeln die Kommunen trotz ihrer originären Zuständigkeit offensichtlich freiwillig nicht dementsprechend und gefährden damit dieses neben den Kinderkrippen zusätzlich notwendige Angebot der frühkindlichen Förderung und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine flexible Randzeitenbetreuung notwendig. Im derzeitigen Kindergartengesetz Thüringen ist eine ergänzende Kinderbetreuung nicht aufgeführt. Diese beinhaltet, anders als die Kindertagespflege, die Betreuung der Kinder durch geeignete Personen außerhalb der Betreuungszeit (9h) in den Kindertagesstätten und bei Tagespflegepersonen. Vielmehr beinhaltet sie Zeiten vor und nach den institutionellen Öffnungszeiten und erfolgt in Absprache mit den Nutzer*innen dieser Randzeitenbetreuung örtlich bedarfsgerecht.

Bei einer immer flexibler werdenden Arbeitswelt, wird die Absicherung einer bedarfsgerechten, individuellen Kinderbetreuung für Familien unabdingbar. Wir verweisen mit Nachdruck auf die evaluierten Ergebnisse zur Wirksamkeit und Nutzen flexibler ergänzender Kinderbetreuung des VAMV Bundesverbandes. Dazu haben wir uns die Freiheit genommen, diesen Bericht beizulegen. Sollten Sie darüber hinaus Fragen zur ergänzenden Kinderbetreuung haben, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an www.ponto-familie.de. Sicherlich gibt es Möglichkeiten diesbezüglich bei der gemeinsamen Debatte um das Kindergartengesetz Thüringen im Sommer '23 ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

VAMV Landesverband Thüringen e.V.
Vorstand

VAMV
Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschochernstraße 35 · 07545 Gera
Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
E-Mail: vamv.thueringen@t-online.de

VAMV Landesverband Thüringen e.V. * Zschochernstraße 35 * 07545 Gera
Tel: 0365-5519674 / Fax: 0365-5516976
E-Mail: vamv.thueringen@t-online.de
Web: www.vamv-gera.de

Gefördert durch



Wirksamkeit und Nutzen flexibler ergänzender Kinderbetreuung

**Verband
alleinerziehender
Mütter und Väter**



Modellprojekt zu ergänzender Kinderbetreuung,
Notfallbetreuung und Beratung
von Einelternfamilien in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

3 Zusammenfassung

4 Kurzbericht zum Modellprojekt

10 Simulationsrechnung zur Kosten-Nutzen-Relation anhand eines Fallbeispiels
Ergänzende Kinderbetreuung lohnt sich!

16 Politische Handlungsempfehlungen
Betreuungslücken schließen – Arbeitszeitsouveränität stärken!

Wir danken der Walter Blüchert Stiftung für die Finanzierung des Modellprojektes.

Zusammenfassung

Die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) führten 2014 bis 2017 drei Modellprojekte mit einem Angebot an ergänzender Kinderbetreuung für Alleinerziehende in deren Haushalt sowie an ganzheitlicher Beratung durch. Das Angebot war für die Alleinerziehenden kostenlos oder lediglich mit einem Minimalbeitrag pro Einsatz verbunden. Die Walter Blüchert Stiftung hat das Gesamtprojekt gefördert.

Eine begleitende Evaluation des Bundesverbandes erfasste die Ausgangssituation der teilnehmenden Alleinerziehenden sowie die Wirksamkeit der Angebote mit Blick auf die sozioökonomische Situation der Alleinerziehenden. Weitere Schwerpunkte stellten die Auswirkungen auf die Kinder als auch die Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit des Angebots ergänzender Kinderbetreuung dar. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob Alleinerziehende aufgrund der zusätzlichen Betreuung ihrer Kinder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, diese ausbauen oder behalten konnten.

Die Ergebnisse der Evaluation bestätigen, dass eine individuelle, flexible und bedarfsdeckende Kinderbetreuung mittelbar Erwerbschancen erhöht, zur Steigerung des Erwerbseinkommens, zur Stabilisierung des Haushaltseinkommens sowie zur Unabhängigkeit von sozialen Transferleistungen führen kann. Eine weitestgehende Gebührenfreiheit hat diese Effekte begünstigt. Weitere positive Effekte zeigten sich bei der Zufriedenheit der Alleinerziehenden mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mit ihrer finanziellen Situation. Darüber hinaus führte die Entlastung im Alltag zu einer Entspannung im Familienleben, die Alleinerziehenden konnten dadurch ganz anders auf die Bedürfnisse ihrer Kinder eingehen. Davon profitierten auch die Kinder, wie auch von der zusätzlichen Beziehung zu einer weiteren Betreuungsperson.

Die Evaluation zeigt auch, dass es überwiegend sehr wenige Stunden in der Woche sind, in denen ergänzende Kinderbetreuung notwendig ist, um die sozioökonomische Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu verbessern. Mit verhältnismäßig geringem Aufwand und Mitteln konnte somit ein hoher Nutzen erreicht werden.

Eine Simulationsrechnung zeigt eindrucksvoll die gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Relation auf.

Politische Handlungsempfehlungen fassen die gewonnen Erkenntnisse für alle interessierten Fachleute und Entscheidungsträger*innen zusammen.



Modellprojekt zu ergänzender Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung von Einelternfamilien in Deutschland

Kurzbericht

Einleitung

Ein zentrales gesellschaftliches Problem stellt für Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Die Öffnungszeiten institutionell zur Verfügung gestellter Kinderbetreuung decken die Arbeitszeiten eines in Vollzeit erwerbstätigen Elternteils ganz überwiegend nicht ab. Dies betrifft insbesondere Einelternfamilien, die weniger Möglichkeiten der Kompensation von Betreuungslücken haben als Paarfamilien.

Um ihre Existenz sichern zu können, benötigen daher gerade Alleinerziehende ein flexibles Angebot an Kinderbetreuung, welches über die öffentlich bereitgestellte Betreuungsinfrastruktur hinaus geht.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) führte deshalb ein von der Walter Blüchert Stiftung gefördertes Modellprojekt durch, dessen Ziel es war, exemplarisch zu zeigen, welche stabilisierende Wirkung eine passgenaue und flexible ergänzende Kinderbetreuung auf die sozioökonomische Situation in Einelternfamilien haben kann.

Dazu wurde an drei Projektstandorten in Berlin, Nordrhein-Westfalen (NRW) und Rheinland-Pfalz (RLP) von den dort ansässigen Landesverbänden des VAMV alleinerziehenden Projektteilnehmer*innen eine ganzheitliche Beratung angeboten und eine bedarfsgerechte Betreuung ihrer Kinder in ihrem Haushalt außerhalb der Öffnungszeiten öffentlicher Betreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Das Angebot war für die Alleinerziehenden kostenlos oder lediglich mit einem Minimalbeitrag pro Einsatz verbunden.



„Ich schätze die Flexibilität des Angebots sehr, die mein Unternehmen häufig durch kundenbindende Events, Besuche von Modemessen und Öffnungszeiten an Samstagen dringend erfordert.“

Drei verschiedene Projektangebote

Die Projektlaufzeit betrug 3 Jahre, die einzelnen Landesverbände setzten jeweils eigene Schwerpunkte:

In Berlin wurden als Element ergänzender Kinderbetreuung auch Hol- und Bringdienste für Kinder angeboten. Projektteilnehmer*innen waren Alleinerziehende, die eine Betreuung ihrer Kinder außerhalb der regulären Kita- und Hortzeiten aus beruflichen Gründen, aber auch zur Gesundheitsvorsorge oder zur psychosozialen Entlastung in außergewöhnlichen Situationen benötigten. Individuelle Coachinggespräche wurden den Teilnehmer*innen ebenfalls angeboten.

In NRW schloss das Modellprojekt Betreuungslücken im gewohnten Umfeld der Kinder. Am Projekt nahmen Alleinerziehende teil, die mithilfe ergänzender Kinderbetreuung aus dem Transferleistungsbezug ausscheiden oder eine Ausbildung aufnehmen konnten oder ganz akut ohne ergänzende Betreuung ihrer Kinder vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht waren. Neben der ergänzenden Betreuung bot der Landesverband den Alleinerziehenden eine ressourcenorientierte Beratung zu Veränderungsmöglichkeiten und Strategien an.

In RLP unterstützte das Modellprojekt arbeitsuchende Alleinerziehende, die aufgrund fehlender oder unzureichender Kinderbetreuung nicht erwerbstätig waren oder keine Ausbildung aufnehmen konnten, durch ein ganzheitliches Coaching. Bei Bedarf wurde in Einzelfällen ergänzende Kinderbetreuung bereitgestellt. Im Coaching wurden die Alleinerziehenden bei der Suche nach passgenauer Kinderbetreuung und beim Stellen von Anträgen unterstützt und erhielten umfassende Informationen über mögliche weitere Hilfeleistungen. Die Teilnahme am Coaching war als Bestandteil der Eingliederungsvereinbarung des Jobcenters für die allein-

erziehenden Projektteilnehmer*innen verbindlich. Ziel des Projektes in RLP war es auch, Fallmanager/innen und Vermittlungsfachkräfte von Jobcenter und Arbeitsagentur für den besonderen Bedarf und die Belange Alleinerziehender zu sensibilisieren. Hierzu wurde eine Broschüre mit Empfehlungen für die Beratungsfachkräfte von Jobcentern und Arbeitsagenturen erarbeitet.

Die Broschüre
*„So gelingt der (Wieder)Einstieg –
 Empfehlungen für Beratungsfachkräfte“*
 ist direkt zu bestellen bei:
 VAMV Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
info@vamv-rlp.de, www.vamv-rlp.de

Die Evaluation

Evaluationsvorhaben

Um die Wirksamkeit der verschiedenen Angebote sowie deren allgemeine Übertragbarkeit bewerten zu können, hat der Bundesverband des VAMV eine begleitende Evaluation durchgeführt. Diese erfasste die Ausgangssituation der teilnehmenden Alleinerziehenden sowie die Wirksamkeit der Angebote mit Blick auf die sozioökonomische Situation der Alleinerziehenden. Weitere Schwerpunkte stellten die Auswirkungen auf die Kinder und die Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit des Angebots ergänzender Kinderbetreuung dar.

Im Zentrum stand dabei die Frage, ob Alleinerziehende aufgrund der zusätzlichen Betreuung ihrer Kinder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, diese ausbauen oder behalten konnten. Profitierten auch die Kinder, erhöhten sich etwa ihre Möglichkeiten sozialer und kultureller Teilhabe? Die nicht-repräsentative Evaluation war als Längsschnittdesign angelegt und erhob quantitative und qualitative Daten.

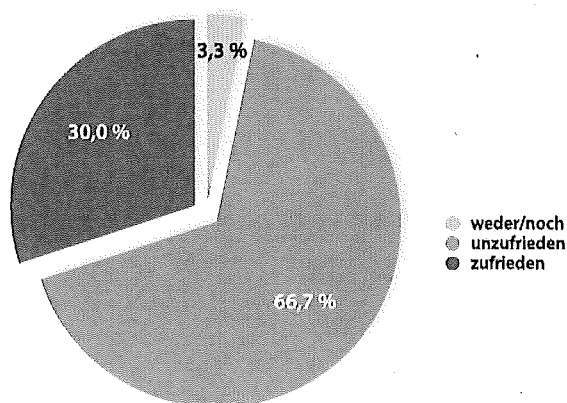
Für eine unabhängige Perspektive auf die Auswertung wurde die Evaluation von einem externen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Mitglieder des Beirats waren: Claudia Bengelsdorf, Beauftragte für Chancengleichheit beim Jobcenter Salzgitter; Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt Universität Berlin; Prof. in Dr. Uta Meier-Gräwe, Justus-Liebig-Universität Gießen; Regine Schallenberg-Diekmann, Pädagogische Geschäftsführerin beim Berliner Kita-Träger INA.KINDER.GARTEN GmbH und Prof. Dr. Holger Ziegler, Universität Bielefeld.

Evaluationsergebnisse

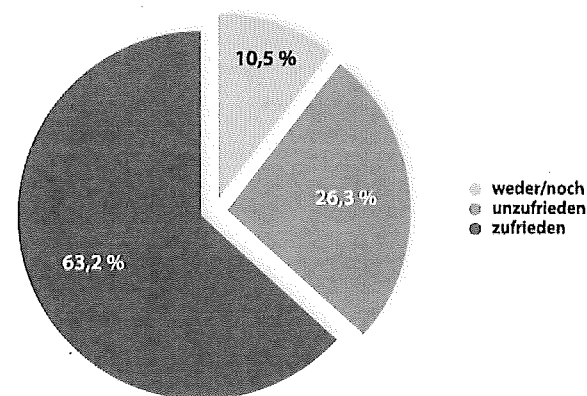
Vereinbarkeit

Im Verlauf des Projektes stieg in der Gesamtschau die Zufriedenheit der Alleinerziehenden mit der Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf um mehr als das Doppelte von ursprünglich 30 Prozent in der ersten Befragungswelle auf 63 Prozent in der dritten Befragungswelle. Die Unzufriedenheit sank dementsprechend von 67 Prozent auf 26 Prozent.

Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 1. Welle



Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 3. Welle



Entspannte Zeit

Mit 58 Prozent der teilnehmenden Alleinerziehenden gaben fast zwei Drittel an, dass sie mehr entspannte Zeit mit ihrem Kind/ihren Kindern verbringen konnten, seitdem sie ergänzende Kinderbetreuung in Anspruch nahmen.

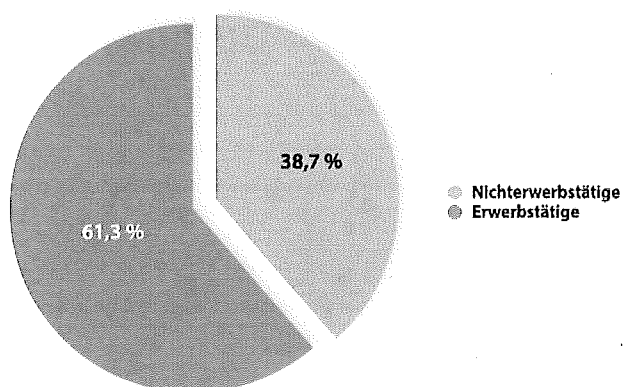
Ausbildungssituation/Erwerbstätigkeit

Insgesamt gaben mehr als drei Viertel der Alleinerziehenden in der dritten Befragungswelle an, dass sie seit Projektbeginn eine positive Veränderung bezüglich der Erwerbstätigkeit oder der Ausbildungssituation erlebten.

Über die Hälfte der teilnehmenden Alleinerziehenden konnte während ihrer Teilnahme an den Projekten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Knapp ein Drittel gab an, dass sie dank der Teilnahme am Projekt den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit beibehalten konnten bzw. nicht verringern mussten. 11 Prozent der Teilnehmer*innen konnten ihre Teilzeitstelle in eine Vollzeitstelle ausbauen und 16 Prozent konnten den Stundenumfang ihrer Teilzeitarbeit um vier bis fünf Stunden pro Woche aufstocken.

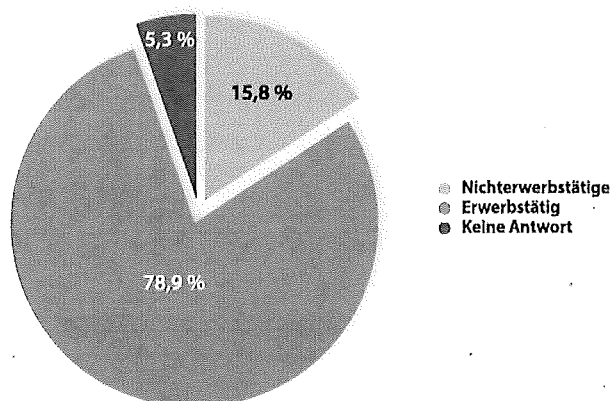
Veränderungen in der Erwerbstätigkeit

1. Welle



Veränderungen in der Erwerbstätigkeit

3. Welle

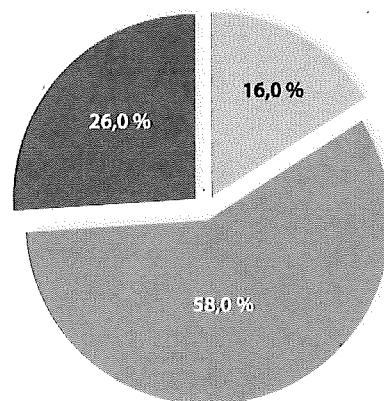


Finanzielle Situation

Die Zufriedenheit der Alleinerziehenden mit ihrer ökonomischen Situation stieg von 26 Prozent zu Beginn des Projekts auf 53 Prozent gegen Ende der Projektlaufzeit. Dementsprechend sank die Unzufriedenheit von 58 auf 26 Prozent.

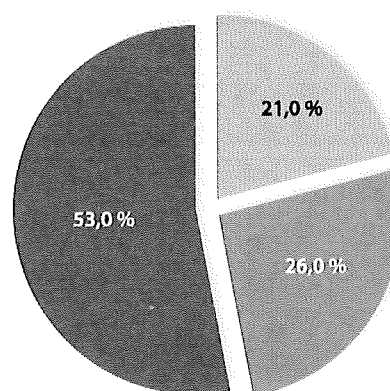
Zufriedenheit mit finanzieller Situation

1. Welle



Zufriedenheit mit finanzieller Situation

3. Welle



Das Haushaltseinkommen stieg bei über der Hälfte der Teilnehmenden an. Der Anteil von Alleinerziehenden mit Bezug von Grundsicherungsleistungen sank von ca. 55 Prozent um mehr als 10 Prozent auf ca. 42 Prozent.

Teilhabe der Kinder

Während in der ersten Erhebungswelle nur 3 Prozent der Alleinerziehenden angaben, dass sie ihren Kindern ohne Probleme alles bezahlen können, was sie brauchen, waren es in der dritten Erhebungswelle bereits 21 Prozent, die dazu in der Lage waren. Die Zahl derer, bei denen es gerade so ausreichte, sank von 68 Prozent in der ersten Erhebungswelle auf 47 Prozent am Ende der Projektlaufzeit. Unverändert bei 26 Prozent blieb zu Projektbeginn und Projektende die Zahl derer, die sich bei Käufen für die Kinder immer für das Wichtigste entscheiden müssen. Der Anteil derer, die sogar Geld für Extras übrig haben, stieg ganz leicht von 3 Prozent auf 5 Prozent. Die Daten zeigten, dass bei steigendem Haushaltseinkommen infolge der ergänzenden Kinderbetreuung zuvor ungedeckte Bedarfe der Kinder besser gedeckt werden konnten.

Zusammenfassung

Die Evaluation des Modellprojekts hat bestätigt, dass der Bedarf Alleinerziehender an ergänzender und flexibler Kinderbetreuung hoch ist. Die Wartelisten waren lang und hinter vielen Anfragen standen Fälle großer Dringlichkeit und Verzweiflung, in denen ohne ergänzende Kinderbetreuung der Verlust des Arbeitsplatzes drohte, ein Arbeitsplatzangebot nicht angenommen oder eine Ausbildung nicht angetreten werden konnte. Längst nicht alle Härtefälle konnten in das Projekt aufgenommen werden.

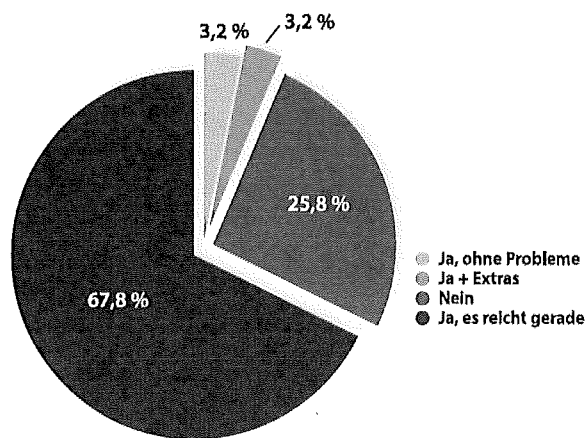
Die gewonnenen Daten bestätigen, dass eine individuelle, flexible und bedarfsdeckende ergänzende Kinderbetreuung mittelbar Erwerbschancen erhöht, zur Steigerung des Erwerbseinkommens, zur Stabilisierung des Haushaltseinkommens sowie zur Unabhängigkeit von sozialen Transferleistungen führen kann. Weitere positive Effekte zeigten sich bei der Zufriedenheit der Alleinerziehenden mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mit ihrer finanziellen Situation.

Darüber hinaus führte die Entlastung im Alltag zu einer Entspannung im Familienleben, davon profitierten wiederum die Kinder, ebenso wie von der zusätzlichen Beziehung zu einer weiteren Betreuungsperson und den verringerten finanziellen Sorgen der Alleinerziehenden.

Eine weitere Erkenntnis war, dass es überwiegend wenige Stunden in der Woche sind, in denen ergänzende Kinderbetreuung notwendig ist, um die sozioöko-

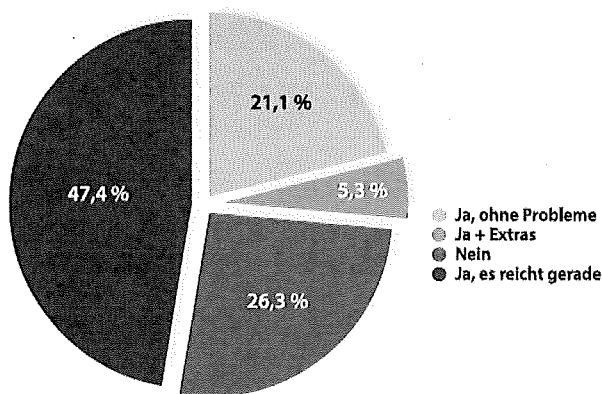
Können Sie für Ihr Kind alles bezahlen, was es braucht?

1. Welle



Können Sie für Ihr Kind alles bezahlen, was es braucht?

3. Welle



nomische Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu verbessern. Bei 37 Prozent der Alleinerziehenden handelte es sich um nur 1 bis 5 Stunden in der Woche und bei 47 Prozent um 6 bis 10 Stunden ergänzende Kinderbetreuung, die im Rahmen des Modellprojekts zur Verfügung gestellt wurde. Mit verhältnismäßig geringem Aufwand und Mitteln konnte somit ein hoher Nutzen erreicht werden.

Zum Weiterlesen: Eine ausführliche Beschreibung der Evaluation und ihrer Ergebnisse finden Sie im Endbericht für die Evaluation des Modellprojektes zur Wirksamkeit von ergänzender Kinderbetreuung. Dieser ist als Download zugänglich unter: https://www.vamv.de/fileadmin/user_upload/bund/dokumente/Modellprojekt/VAMV_Evaluation_Endbericht_ergaenzende_Kinderbetreuung_2017.pdf

Faktoren für das Gelingen

Der Nutzen eines flächendeckenden Angebotes ergänzender Kinderbetreuung liegt auf der Hand: Angesichts des relativ geringen Umfangs an ergänzender Kinderbetreuung und den daraus folgenden Effekten, die das Modellprojekt aufgezeigt hat, ist eine günstige Kosten-Nutzen-Relation zu erwarten. Neben einer steigenden oder im bisherigen Umfang erhaltenen Teilhabe am Erwerbsleben und der daraus resultierenden Entspannung der finanziellen Situation und dem damit einhergehenden Abbau von Existenzängsten in Einelternfamilien, der Möglichkeit von Aus- und Weiterbildung schlagen weitere positive Effekte wie Entlastung, Entspannung, Teilhabe und Gesundheit der Alleinerziehenden und ihrer Kinder zu Buche. Die Kinder fühlten sich wohl. Sie konnten durch das Miterleben einer verbesserten Teilhabe am Erwerbsleben für ihre eigene Lebensplanung neue Perspektiven entwickeln.



„Die Unterstützung durch Jessica empfinde ich daher als großes Glück. Sie ist zu einer wichtigen Bezugsperson für meine Tochter geworden.“

Langfristige Effekte sind bei der Bekämpfung der Altersarmut von Alleinerziehenden und der Kinderarmut ebenso wahrscheinlich wie bei der Erhöhung des Steueraufkommens und der Arbeitsplatzschaffung durch Ausweitung der institutionellen Betreuung und das Angebot ergänzender flexibler Kinderbetreuung.

Die Simulationsrechnung für ein Fallbeispiel aus dem Modellprojekt zeigt, dass die langfristigen Refinanzierungseffekte ein Vielfaches über den zunächst erforderlichen öffentlichen Investitionen für ergänzende Kinderbetreuung liegen (vgl. S.10ff.). Mit wenig Mitteln ist sehr viel zu erreichen.

Die nachfolgenden Faktoren haben sich im Modellprojekt als förderlich erwiesen:

Gebührenfreiheit

Es war ein wichtiges Merkmal des Projektes, dass das Betreuungsangebot dank der Stiftungsmittel nahezu kostenfrei angeboten werden konnte. Die geringen Einsatzpauschalen, die am Standort Berlin zugezahlt werden mussten, stellten für viele Alleinerziehende bereits ein Problem dar.

Betreuungspersonen

Flexible ergänzende Kinderbetreuung verlangt eine hohe Flexibilität der Betreuungspersonen, die bereit sein müssen, auch kurze Einsätze zu ungünstigen Zeiten oder am Wochenende zu über-

nehmen. Diese Einsätze sollten deshalb angemessen vergütet werden.

Nach den Erfahrungen des Modellprojekts muss jenseits der Regeleinrichtungen der Bildungsanspruch nicht zwingend auf den gesamten Alltag ausgedehnt werden. An ergänzende Kinderbetreuung sind spezifische Qualitätsanforderungen zu stellen. Sie sollte Kriterien wie personeller Kontinuität, Verlässlichkeit, individueller Passgenauigkeit und kindbezogener Bedürfnisanpassung genügen.

In den Projekten wurden als Kinderbetreuer*innen u.a. erfolgreich Studierende pädagogischer Fachrichtungen und Rentner/innen mit Familienerfahrung eingesetzt, die in erster Hilfe geschult und denen Austauschtreffen und Fortbildungen zu diversen Themen angeboten wurden.

Koordination

Die Sorge um das Kind und dessen Wohlbefinden steht für Alleinerziehende an erster Stelle. Daher ist die Vermittlung einer Betreuungsperson ein sehr sensibler Prozess, der auch auf diese emotionale Seite Rücksicht nehmen muss. Es geht um ein Kind und dieses Kind ist wichtig. Die Projekterfahrungen haben gezeigt, dass die Vermittlung flexibler Kinderbetreuung im Haushalt der Eltern einen erhöhten persönlichen und organisatorischen Aufwand von Seiten der Koordination benötigt, um mit Fingerspitzengefühl Familien mit passenden Betreuungspersonen zusammenzubringen. Die Passgenauigkeit für alle Beteiligten und eine Begleitung in die Familie ist für die gegenseitige Zufriedenheit und das Vertrauen enorm wichtig.

Dabei nahm die „Beziehungsarbeit“, also die persönliche Betreuung der Kinderbetreuerinnen und der Austausch mit ihnen viel Zeit in Anspruch. Dieser Aufwand erhöhte aber die Motivation der Betreuungspersonen für ihren Einsatz und sorgte für die Zufriedenheit der Alleinerziehenden mit der Kinderbetreuung und dafür, dass die Kinder sich wohl fühlten.

Ohne die bestehenden Strukturen und Erfahrungen der beteiligten Verbände in der Akquise von Kinderbetreuer*innen wäre das Angebot der Modellprojekte in der kurzen Zeit realistisch nicht möglich gewesen.

In der Praxis wird die Herausforderung darin liegen, geeignete Kinderbetreuer*innen auszuwählen und ein entsprechendes Beratungs- und Begleitungsangebot durch qualifizierte Fachkräfte für diese bereitzustellen.

Für diese Aufgaben muss die Projektkoordination gut qualifiziert sein. In Berlin wurden die Koordinationsaufgaben von einer Diplom-Psychologin, in NRW von einer Diplom-Sozialarbeiterin und in RLP von einer Diplom-Pädagogin übernommen.

Unterstützung und Begleitung

Der Mix aus Betreuungsangebot und Beratungs- und Coachingangeboten gab den Alleinerziehenden Rückhalt und das Gefühl, in ihrer angespannten Situation Unterstützung und Begleitung dabei zu bekommen, gute Lösungen für ihre Lebenssituation und mögliche weitere Perspektiven und Alternativen zu finden. Dabei war entscheidend, zunächst die Kinderbetreuung sicherzustellen.

Erstrebenswerte gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Betreuungslücken klein halten

Jenseits der Erfolge des Coachings auf individueller Ebene gelang es nicht, die Arbeitsbedingungen der Alleinerziehenden zu verbessern. Diese wollten kein Risiko eingehen, weil sie entweder befristete Verträge hatten, in einer Ausbildung oder noch in der Probezeit waren. Die Alleinerziehenden wollten und wollen ihre Arbeitgeber nicht auf ihre Arbeitsbedingungen ansprechen, dafür sind die Arbeitsverhältnisse in der Regel zu prekär. Aus Sicht des VAMV ist es deshalb eine politische Aufgabe, familienfreundliche Arbeitszeiten zu schaffen.

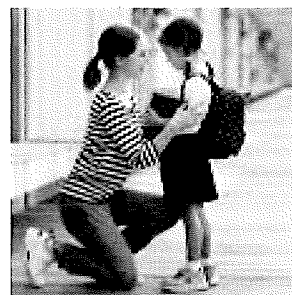
Das korrespondiert mit den Ergebnissen des 8. Familienberichts der Bundesregierung, wonach für berufstätige Eltern Wünsche und Wirklichkeit hinsichtlich mehr Flexibilität bei Arbeitszeit und -ort häufig auseinandergehen. Die im geltenden Arbeitsrecht verankerten Rechtsansprüche und betrieblichen Mitbestimmungsrechte sind unzureichend. In der Mehrzahl der Fälle werden die individuellen Bedürfnisse der Arbeitnehmer*innen in der Praxis bei betrieblichen Planungen nicht ausreichend berücksichtigt.

Zeit für Kinder

Es muss es ein gesamtgesellschaftliches Ziel sein, generell Betreuungslücken für erwerbstätige Eltern möglichst klein zu halten. Die Lösung darf nicht darin liegen, unbegrenzt individuelle Kinderbetreuung anzubieten, sondern darin, dass Arbeitnehmer*innen mit Fürsorgepflichten familienverträgliche Arbeitszeiten bekommen.

In dem Modellprojekt wurde ergänzende Kinderbetreuung zwar nur exemplarisch einer speziellen Elterngruppe, nämlich Alleinerziehenden, zur Verfügung gestellt. Die Problematik der Unterdeckung der Bedarfe an Kinderbetreuungsangeboten ist aber ein generelles Problem von Familien, das lediglich bei Alleinerziehenden besonders scharf hervortritt.

Die Anforderungen der Arbeitswelt an berufstätige Eltern und die Flexibilität der Kinderbetreuung müssen sich aufeinander zubewegen. Zeit für Kinder ist nicht beliebig verschiebbar: Je jünger die Kinder sind, desto wichtiger ist es, dass ihre Bedürfnisse zeitnah erfüllt werden. Kinder müssen regelmäßig schlafen, essen, lernen und spielen können. Wer bis 20 Uhr Spätschicht hat, kann danach nicht noch mit einem achtjährigen Kind in Ruhe zu Abend essen und „quality time“ verbringen, denn um diese Zeit ist es übermüdet und gehört schon längst ins Bett, weil am nächsten Tag Schule ist. Eltern brauchen genügend Zeit für ihre Kinder zu für Kinder zuträglichen Zeiten.



„Kollegen und Arbeitgeber nehmen kaum Rücksicht auf die persönliche Situation. Allein ist das nicht zu schaffen. Ein solches Projekt müsste es in jeder Stadt geben.“



„Positive Auswirkungen auf mein Familienleben hat es, dass ich meine Ausbildung absolvieren kann (...) und die Zeit, die ich habe, intensiv mit meinen Kindern verbringe. Am Ende meiner Ausbildung brauche ich keine Betreuung mehr.“

Simulationsrechnung



„Ohne die Teilnahme an diesem Projekt wäre ich nicht in der Lage, meinen Beruf weiter auszuüben und wäre mit Sicherheit auf Gelder vom Staat angewiesen.“

Kosten-Nutzen-Relation anhand eines Fallbeispiels

Ergänzende Kinderbetreuung lohnt sich!

Frau K. war Teilnehmerin am Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ des VAMV (NRW) im Rahmen des VAMV-Modellprojekts zu ergänzender Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung von Einelternfamilien in Deutschland. Sie ist 40 Jahre alt und hat zwei Kinder im Alter von 13 und 10 Jahren, eine Tochter und einen Sohn. Sie war von Anfang an alleinerziehend. Vor Eintritt in das VAMV-Modellprojekt haben sie und ihre beiden Kinder ausschließlich von staatlichen Transferleistungen gelebt. Frau K. konnte durch die im Rahmen des Modellversuchs bereitgestellten Betreuungsstunden eine Ausbildung als Krankenpflegerin erfolgreich abschließen und unmittelbar im Anschluss daran eine Vollzeitstelle als Gesundheits- und Krankenpflegerin annehmen. Typische Arbeitszeiten sind in ihrem Beruf Frühdienste von 6 Uhr bis 14 Uhr und Spätdienste von 14 Uhr bis 22 Uhr. Außerdem hat sie zweimal im Monat Wochenenddienst, so dass zusätzliche Betreuungsstunden (vor allem während der Spät- und Wochenenddienste) erforderlich sind. Wenn sie Frühdienste hat, organisiert Frau K. das Familienleben mit ihren Kindern weitestgehend allein.

Frau K. hat seit Oktober 2015 folgende Unterstützung durch das Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne“ und ein sich daran anschließendes Folgeprojekt der Stadt Essen erhalten:

Jahr	Durchschnittliche Betreuungsstunden pro Monat
2015	35,5 Stunden
2016	52,3 Stunden
2017	23,6 Stunden
2018 (bis Juni)	15,2 Stunden

Sie wird weiterhin Unterstützung benötigen, jedoch die Betreuungsstunden ab September 2018 schrittweise reduzieren können, da ihr Sohn im Oktober elf Jahre alt wird und damit immer selbstständiger.

Optimistisches Szenario

Frau K. bekommt im Durchschnitt ein Gehalt von 2.500 Euro (brutto). Ihr Sohn wechselt nach den Sommerferien 2018 zum Gymnasium. Seine Schwester geht auch dort zur Schule und kommt nach den Sommerferien in die 7. Klasse. Die durchschnittlichen Betreuungskosten pro Stunde betragen 12,70 Euro.

2015: 35,5 Std. à 12,70 € = 450,85 € pro Monat, 2015 insgesamt:	5.410,20 €
2016: 52,3 Std. à 12,70 € = 664,21 € pro Monat, 2016 insgesamt:	7.970,52 €
2017: 23,6 Std. à 12,70 € = 299,72 € pro Monat, 2017 insgesamt:	3.596,64 €
2018: 20,0 Std. à 12,70 € = 254,00 € pro Monat, 2018 insgesamt:	3.048,00 €
2019: 15,0 Std. à 12,70 € = 190,50 € pro Monat, 2019 insgesamt:	2.286,00 €
2020: 15,0 Std. à 12,70 € = 190,50 € pro Monat, 2020 insgesamt:	2.286,00 €
2021: 12,0 Std. à 12,70 € = 152,40 € pro Monat, 2021 insgesamt:	1.828,80 €
2022: 10,0 Std. à 12,70 € = 127,00 € pro Monat, 2021 insgesamt:	1.524,00 €

Betreuungskosten insgesamt (gerundet):	27.950,00 €
Hinzu kommen 4 Jahre Coaching à 2.100 €	8.400,00 €

Projektkosten für Familie K. insgesamt	36.350,00 €
Hinzu kommen:	
Gesundheitskosten für 2 Erholungskuren für Frau K. à 2.500 €	5.000,00 €

Projekt- und Gesundheitskosten für Familie K. insgesamt:	41.350,00 €
---	--------------------

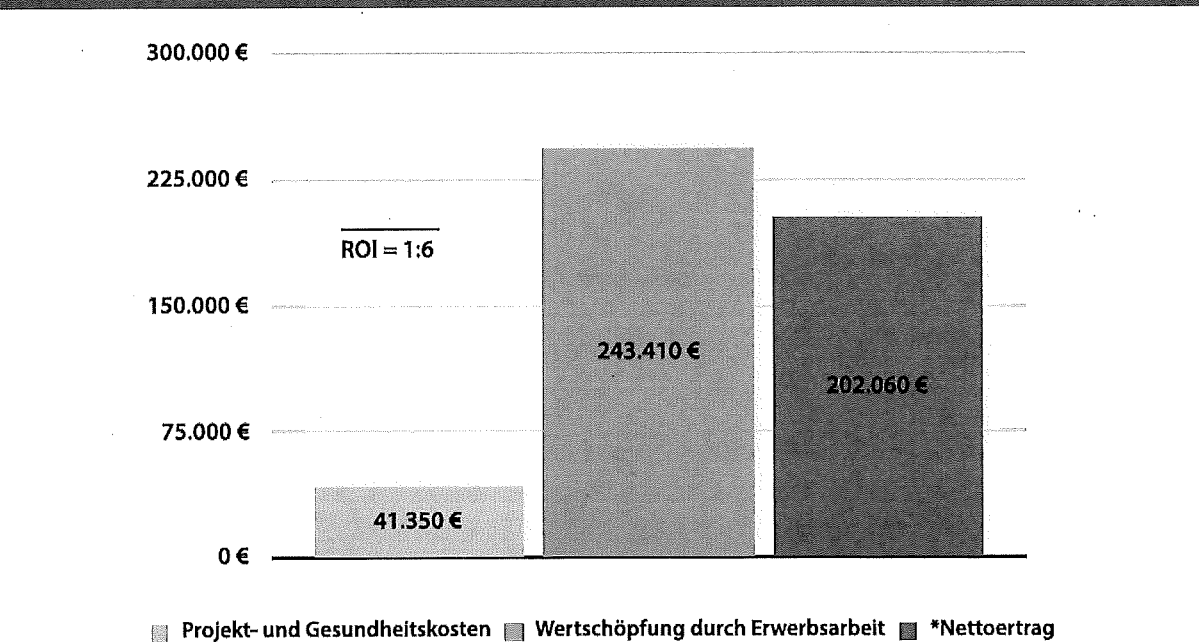
Von ihrem monatlichen Bruttogehalt gehen 780,16 Euro für Lohnsteuer, Soli, Kranken- und Pflegeversicherung sowie für die Renten- und Krankenversicherung ab. Pro Jahr entsteht dadurch ein Wertschöpfungspotential in Höhe von **9.361,92 Euro**.

Von ihrem 41. Lebensjahr bis zum Eintritt ins Rentenalter mit 67 Jahren (26 Jahre) erwirtschaftet Frau K. in ihrem Beruf insgesamt rund **243.410 Euro** in Form von Steuern und Sozialabgaben.

Der Return on Investment (ROI) beträgt knapp 1:6 (5,88).

Kosten-Nutzen-Relation: Optimistisches Szenario

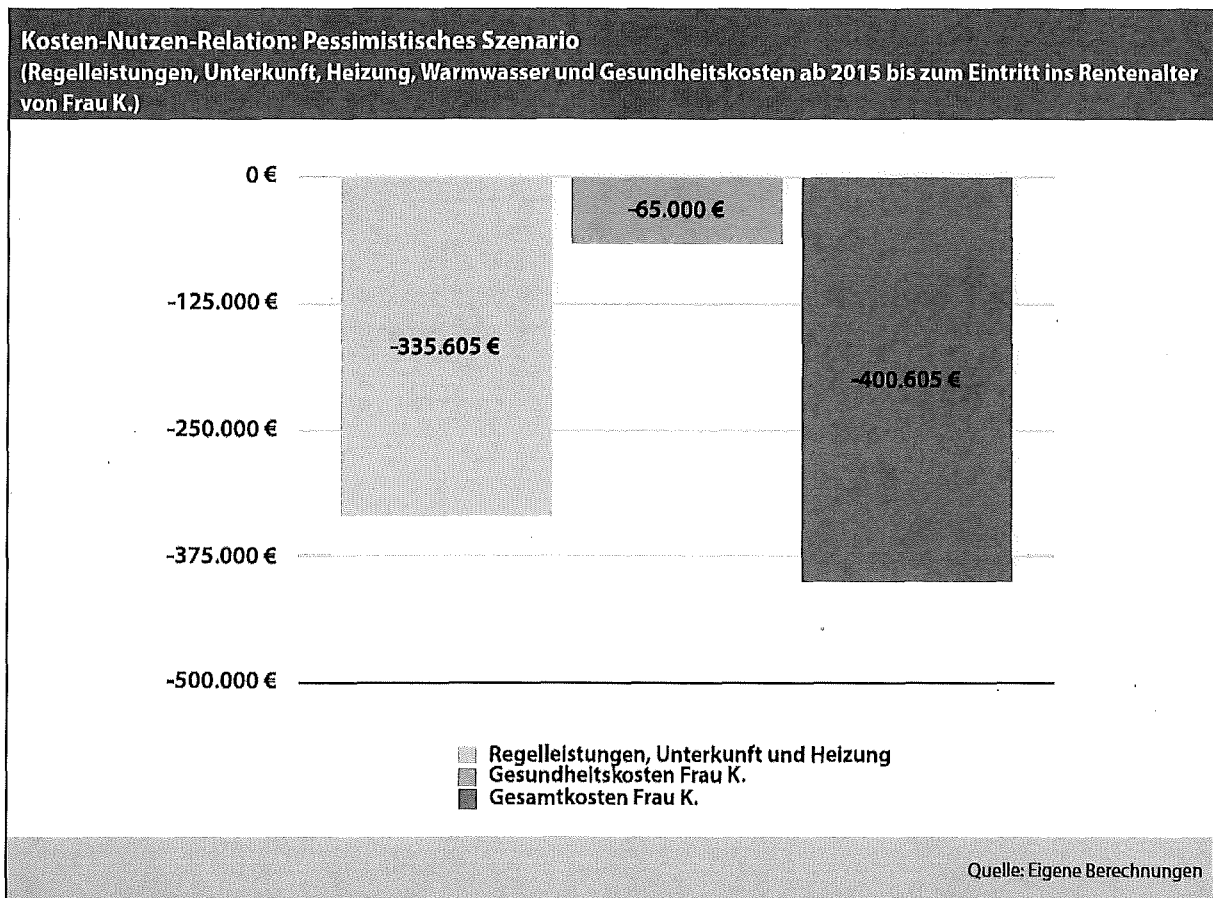
(Verhältnis Projekt- und Gesundheitskosten zur erzielten Wertschöpfung durch Erwerbsarbeit von Frau K.)



Quelle: Eigene Berechnungen

*Nettoertrag steht in diesem Fallbeispiel im fiskalischen Kontext für den Restbetrag an Einsparungen und Rückflüssen im Lebensverlauf von Frau K., der nach Abzug aller fallbezogenen Betreuungs-, Beratungs- und Gesundheitskosten übrig bleibt.

Frau K. findet keinen Zugang zum VAMV-Modellprojekt und bleibt in ihrem gesamten weiteren Lebenslauf abhängig von staatlichen Transferleistungen. Falls sie mit 67 Jahren ins Rentenalter eintritt, summieren sich zwischen 2015 und 2045 die Kosten für ihre personenbezogenen Regelsätze auf 149.760 Euro, sowie für die Unterkunft (440 Euro pro Monat = 158.400 Euro), Mehrbedarf für Warmwasser (9,57 Euro pro Monat = 3.445 Euro) und Heizung (800 Euro pro Jahr = 24.000 Euro) auf insgesamt **335.605 Euro**. Dabei wird lediglich die in 2018 gültige Höhe des Regelsatzes von 416 Euro zu Grunde gelegt. Hinzu kommen Behandlungskosten in Höhe von **65.000 Euro**, die in ihrem Lebenslauf infolge einer psychischen Depression entstehen. Somit belaufen sich die Gesamtkosten auf **400.605 Euro**. Hier ist noch gar nicht berücksichtigt, dass sie als Rentnerin schließlich auch Grundsicherung im Alter beziehen wird und Kosten für Unterkunft und Heizung entstehen.



In einem pessimistischen Szenario bei einer lebenslangen Abhängigkeit von staatlichen Transferbezügen und Gesundheitskosten von 2015 bis zum Eintritt ins Rentenalter für Frau K. würden sich Kosten in Höhe von ca. insgesamt **400.605 Euro** ergeben.

Demgegenüber erbringt sie im optimistischen Szenario auf Grund von gewährten Betreuungsstunden in den Randzeiten, die für die Ausübung ihres Berufs unerlässlich sind, einem passgenauen Coaching und der Bewilligung von zwei Kurmaßnahmen zum richtigen Zeitpunkt als alleinerziehende Mutter in dem durch Fachkräftemangel geprägten Beruf der Gesundheits- und Krankenpflegerin eine Wertschöpfung von insgesamt **243.410 Euro**. Jeder investierte Euro in diese Maßnahmen bringt demzufolge das knapp Sechsfache an Wertschöpfung für die Gesellschaft.

Familiensystemische Betrachtung

Bei einer **familiensystemischen Betrachtung im optimistischen Szenario**, also bei Berücksichtigung der künftigen Wertschöpfungspotenziale, die die beiden Kinder von Frau K. auf Grund gelungener Bildungs- und Erwerbsverläufe im Lebensverlauf erbringen werden, fällt die Kosten-Nutzen-Relation noch deutlich größer aus.

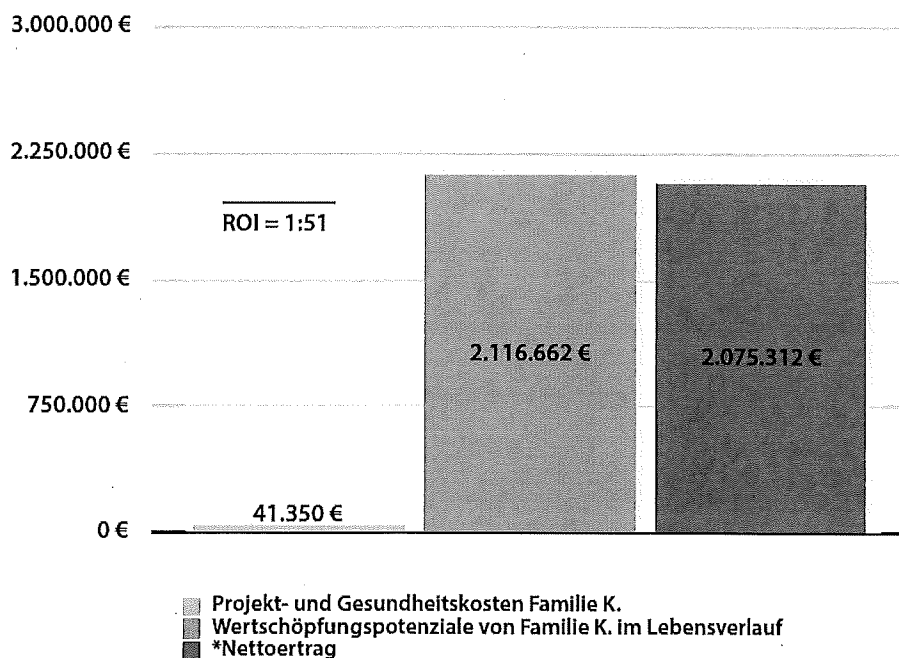
Tochter und Sohn der Familie K.

Die Tochter von Frau K. studiert nach erfolgreichem Abschluss des Gymnasiums **Sozialpädagogik** und arbeitet insgesamt 40 Jahre in diesem Beruf, 30 Jahre in Vollzeit und in den Jahren der Betreuung ihrer drei Kinder 10 Jahre verkürzt. Als Diplomsozialpädagogin bezieht sie ein durchschnittliches Bruttogehalt pro Monat von 3.140 Euro, pro Jahr sind das 37.680 Euro. Steuer- und Sozialabgaben pro Jahr: 13.959 Euro. Sie ist 30 Jahre in diesem Beruf tätig und erbringt damit ein Wertschöpfungspotenzial von 418.770 Euro als Vollzeitbeschäftigte und weitere 50.000 Euro als Teilzeitkraft, insgesamt **468.770 Euro**. Ihr jüngerer Bruder studiert nach dem Abitur **Medizin** und arbeitet als Facharzt in Essen. Er bezieht in seinem Erwerbsverlauf ein durchschnittliches monatliches Bruttogehalt von **8.900 Euro**. Die monatlichen Abzüge belaufen sich monatlich auf 2.802 Euro, pro Jahr sind das 33.624 Euro. Er ist insgesamt 43 Jahre in seinem Beruf tätig und erwirtschaftet dadurch eine Summe von **1.445.832 Euro**.

Beide Kinder erzielen eine Wertschöpfung von **1.914.602 Euro**. Hinzu kommt die Wertschöpfung von Frau K.: **202.060 Euro**. Somit beträgt die gesamte Wertschöpfung der Familie K. in der Lebensverlaufs-perspektive **2.116.662 Euro**. Der Return on Investment (ROI) beträgt 1:51. Andere Dimensionen der Wertschöpfung wie das Kaufkraftpotenzial der beiden Kinder und die Vorbildfunktion, die sie wiederum für ihre Kinder ausüben, wurden hier noch gar nicht berücksichtigt.

Kosten-Nutzen-Relation Optimistisches Szenario

(Verhältnis Projekt- und Gesundheitskosten zur erzielten Wertschöpfung durch Erwerbsarbeit von Frau K. und ihren beiden Kindern im Lebensverlauf)



Quelle: Eigene Berechnungen

*Nettoertrag steht in diesem Fallbeispiel im fiskalischen Kontext für den Restbetrag an Einsparungen und Rückflüssen im Lebensverlauf von Frau K., der nach Abzug aller fallbezogenen Betreuungs-, Beratungs- und Gesundheitskosten übrig bleibt.

Bei Annahme ungünstiger Schul- und Berufsverläufe beider Kinder ab 2015 in einem **pessimistischen Szenario im Sinne einer „intergenerationalen Weitergabe von Armut“**, verbunden mit einer lebenslangen Abhängigkeit von Transferleistungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die wiederum Behandlungskosten induzieren, können sich für die gesamte Familie K. im Lebensverlauf bis zum Eintritt ins Rentenalter durchaus Kosten in Höhe von etwa **zwei Millionen Euro** ergeben. Bei ungünstigen Gesundheitsverläufen auch mehr. Hinzu kommen die staatlichen Transferleistungen und anteiligen Wohnkosten seit Geburt der Kinder sowie die später im Rentenalter anfallenden Kosten für die Grundsicherung im Alter sowie Wohnkosten, die ebenfalls aus Steuermitteln finanziert werden müssen.

Die Szenarien beruhen auf den Ausgangsdaten eines Fallbeispiels aus dem Modellprojekt und wurden von Frau Prof. em. Dr. sc. Uta Meier-Gräwe gerechnet.

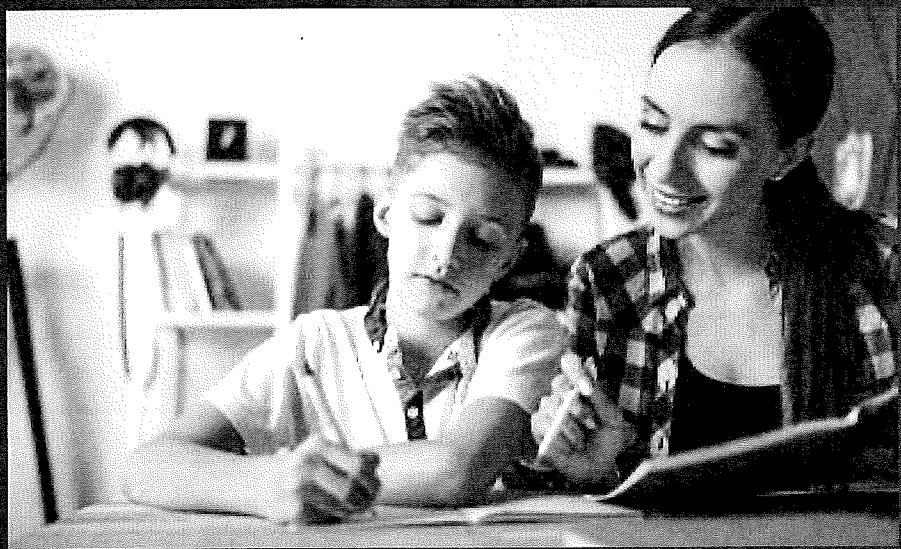
Frau Prof. Meier-Gräwe war Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für die Evaluation der VAMV-Modellprojekte.

Von 1994 bis 2018 war sie Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Universität Gießen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen bei nachhaltigem Haushalten sowie der Familien-, Geschlechter-, Zeit- und Dienstleistungsforschung.



*„Meine Mutter ist examinierte Krankenschwester.
Dann werde ich Arzt.“*

Politische Handlungsempfehlungen



„Nun ist es möglich, meine berufliche Laufbahn und die Betreuung meines Sohnes miteinander zu vereinbaren. Das Wissen um den liebevollen Umgang der Betreuerin mit meinem Sohn lässt mich mit einem guten und beruhigten Gefühl meiner Arbeit nachgehen.“

Betreuungslücken schließen – Arbeitszeitsouveränität stärken!

Der VAMV fordert die Politik auf, realistische Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Eltern eine eigenständige Existenz für sich und ihre Kinder grundsätzlich durch Erwerbstätigkeit sichern können. Neben einer Stärkung der Arbeitszeitsouveränität von Arbeitnehmer*innen sind dafür flächendeckend tatsächlich bedarfsgerechte und gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote erforderlich.

Die Öffnungszeiten von Regeleinrichtungen der Kindertagesbetreuung sind so zu gestalten, dass sie die Arbeits- sowie auch die erforderlichen Wegezeiten der Eltern in der Regel abdecken. Gleichzeitig sind im Arbeitsrecht effektive individuelle Ansprüche für Arbeitnehmer*innen zu schaffen, damit Eltern neben einer Erwerbstätigkeit ausreichend Zeit für Sorge-arbeiten und ein gemeinsames Familienleben mit ihren Kindern haben. Verbleibende Betreuungslücken, beispielsweise auf Grund atypischer Arbeitszeiten oder der Gesundheitsvorsorge der Eltern, sind bundesweit durch kostenfreie und flexible Angebote ergänzender Kinderbetreuung zu schließen. Ergänzen- de Kinderbetreuung umfasst je nach individuellem Bedarf Hol- und Bringdienste sowie eine Betreuung zu Randzeiten, über Nacht oder am Wochenende bei den Familien zu Hause.

Damit diese Maßnahmen flächendeckend wirkungsvoll umgesetzt werden können, spricht der VAMV die folgenden **Handlungsempfehlungen an die Politik** aus:

- Über die geltenden Rechtsansprüche hinaus sollte ein **bundesweiter Anspruch auf bedarfsgerechte ergänzende Kinderbetreuung bis zum 14. Lebensjahr** im Haushalt der Familien verankert werden (z.B. im SGB VIII oder im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz zu haushaltsnahen Dienstleistungen). Im Gegensatz zu dem bereits bestehenden

Handlungsspielraum bei der Finanzierung entsprechender Angebote, der sich aus dem SGB VIII und dem SGB II ergibt, verpflichtet ein Rechtsanspruch die Kommunen explizit zur Umsetzung der ergänzenden Kinderbetreuung. Um **die tatsächlich bestehenden Bedarfe** der Familien an regulärer und ergänzender Kinderbetreuung zu ermitteln, sollten **konkrete Qualitätsanforderungen an deren Erhebung** durch die kommunale Jugendhilfeplanung gestellt werden.

- Eine auskömmliche Finanzierung ist Voraussetzung dafür, dass Kinderbetreuung in Regeleinrichtungen und ergänzende Kinderbetreuung bedarfsgerecht sowie in hoher Qualität angeboten werden können. **Bund, Länder und Kommunen müssen sich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten beteiligen.** Es gilt dabei insbesondere, die Rahmenbedingungen für eine **dauerhafte Bundesfinanzierung** in angemessener Höhe zu schaffen. Ein Gutachten im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zeigt, dass Rückflüsse an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sogar die damit verbundenen Investitionen und Kosten der öffentlichen Haushalte ggf. refinanzieren könnten. Noch gar nicht eingerechnet sind hier langfristige Effekte, wie zum Beispiel die Prävention von Altersarmut.
- Anknüpfend an den bereits begonnen Diskussionsprozess zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung sind **eigene Qualitätsanforderungen an die ergänzende Kinderbetreuung** zu stellen. Der Bildungsanspruch muss jenseits der Regeleinrichtungen nicht zwingend auf den gesamten Alltag ausgedehnt werden. Die Betreuung zu Randzeiten sollte insbesondere den Kriterien von personeller Kontinuität, Verlässlichkeit, individueller Passgenauigkeit und kindbezogener Bedürfnisanpassung genügen.

- Damit ergänzende Kinderbetreuung diese an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann, sollte eine **fachlich qualifizierte Koordinierungsstelle** eingerichtet werden, welche vor Ort für die Akquise von Betreuungspersonen, den Aufbau eines geeigneten Betreuer*innenpools sowie die möglichst passgenaue Vermittlung von Betreuer*innen an die Familien zuständig ist. Diese Vermittlungsstelle organisiert außerdem Vertretungen in Notfällen und übernimmt die begleitende Beratung der Familien und Betreuer*innen.
- Atypische Arbeitszeiten und kurze, oft nur stundenweise Arbeitseinsätze setzen für die **Betreuer*innen eine angemessene Relation von Aufwand und Vergütung** voraus.
- Es ist darüber hinaus erforderlich, das Wahlrecht bei der eigenen Arbeitszeitlege und dem Arbeitsort an **verbindliche Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz** zu koppeln, um eine Entgrenzung des Erwerbslebens zu vermeiden (Grenzmanagement). Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit sind nicht gleichzeitig möglich, weshalb auch im „Home Office“ keine ständige Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber jenseits der vereinbarten Arbeitszeiten bestehen darf.
- Beschäftigte in **Teilzeit** brauchen ein **Rückkehrrecht zum ursprünglichen Arbeitsumfang**.
- Das **Leitbild einer „kurzen Vollzeit“** sollte sich allgemein etablieren und durchsetzen können. Dementsprechend müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt so gestaltet werden, dass auch Alleinerziehende die Möglichkeit haben, durch Erwerbstätigkeit in kurzer Vollzeit für sich und ihre Kinder ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften. Das umfasst insbesondere Entgeltgleichheit, berufliche Aufstiegschancen unabhängig vom Geschlecht, die Aufwertung sozialer Berufe und einen auskömmlichen Mindestlohn.



- Parallel sollte im Rahmen einer Reform des Arbeitsrechts für Arbeitnehmer*innen grundsätzlich ein **individuelles Wahlrecht hinsichtlich der eigenen Arbeitszeitlege und des Arbeitsortes** unter dem Vorbehalt betriebsbedingter Ablehnungsgründe eingeführt werden. Lehnt ein Arbeitgeber es aus nachvollziehbaren Erwägungen ab, dass die Beschäftigten selbstbestimmt und ggf. auch von zu Hause arbeiten, so müssen betriebsinterne Sonderregelungen vereinbart werden, die den Bedarfen der Mitarbeiter*innen Rechnung tragen, insbesondere hinsichtlich von Sorgerechtsverpflichtungen.
- Es ist notwendig, dass beide Elternteile gleichberechtigt durch eine „**Familienarbeitszeit**“ vorübergehend im Spagat zwischen Familie und Beruf finanziell und zeitlich entlastet werden. Staatliche Entgeltersatzleistungen während der Familienarbeitszeit sollten so ausgestaltet sein, dass diese insbesondere auch für Familien mit kleinen Einkommen erschwinglich wird. Ein-elfternfamilien müssen die Leistungen, die in Paarfamilien auf zwei Eltern verteilt werden, in vollem Umfang erhalten. Anspruchsvorbedingungen, z.B. hinsichtlich des erforderlichen Erwerbskorridors, sind so zu gestalten, dass sie auch für Alleinerziehende realistisch sind.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)
Hasenheide 70
10967 Berlin

Telefon: (030) 69 59 78-6

Fax: (030) 69 59 78-77

E-Mail: kontakt@vamv.de

Internet: www.vamv.de

www.die-alleinerziehenden.de

www.facebook.com/VAMV.Bundesverband

Redaktion:

Konzept und Gestaltung:

DieFarbeBlau, Bonn

Bildnachweise:

VAMV Landesverband Berlin e.V., Titel, Seite 3

Kzenon – stock.adobe.com, Seite 4

Jaimie Duplass – stock.adobe.com, Seite 8

Jenko Ataman – stock.adobe.com, Seite 9

goodluz – stock.adobe.com, Seite 9

aletia2011 – stock.adobe.com, Seite 10

leszekglasner – stock.adobe.com, Seite 16

strichfiguren.de – stock.adobe.com, Seite 18

Druck:

Spree Druck Berlin GmbH, Berlin

© 2018. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung und Quellennachweis.

Wir danken dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
für die freundliche Unterstützung.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



**Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Bundesverband e.V. (VAMV)**

Hasenheide 70

10967 Berlin

Telefon: (030) 69 59 78-6

Fax: (030) 69 59 78-77

E-Mail: kontakt@vamv.de

Internet: www.vamv.de

www.die-alleinerziehenden.de

www.facebook.com/VAMV.Bundesverband

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	

	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Unser Votum aus der letzten Anhörung, die Verstärkung der praxisintegrierten Ausbildung für staatliche anerkannte Erzieherinnen und Erzieher (PiA-TH), wurde aufgenommen. Fachschulen in freier Trägerschaft werden gleichberechtigt einbezogen. Die grundständige Erzieher-Ausbildung wird ihre Funktion und Berechtigung behalten. Vorschlag, Artikel 1 Nr.2, §22 (1) Satz 2 Nr.1 um Mentorentätigkeit zu ergänzen. Offene Frage, weshalb die angepassten Pauschalen nur für Kinder zwischen dem vollendeten 3. und dem 6. Lebensjahr vorgenommen werden sollen.	
	Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Wir begrüßen es, dass durch die vorgeschlagene Regelung die Betreuung im Elementarbereich durch die in Thüringen tätigen Kindertagespflegepersonen gestärkt wird. Die Vergütung für pädagogische Fachkräfte in Kitas – mit dem entsprechenden Abstand, der durch die unterschiedlichen Ausbildungsvoraussetzungen gerechtfertigt bleibt – sukzessive zu erhöhen. Die Stärkung frühkindlicher Bildung ist eine zentrale Frage unserer Gesellschaft.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte ntransparenz dokumentati on zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.01.2023	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2277

zu Drs. 7/6574/6783

Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 13.01.2023 Aktenzeichen

- per email -

Ihr Zeichen:

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drucksache 7/6574 und Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783

Sehr geehrte Damen und Herren,

seltens der Evangelischen Kirchen in Thüringen danken wir Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

Die Verstetigung der praxisintegrierten Ausbildung für staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher (PIA-TH) begrüßen wir ausdrücklich. Wir freuen uns, dass damit auch unser Votum aus der letzten Anhörung zur Sache (vgl. mein Schreiben vom 21. 2. 2022, A 6.1/go. – VL 7/2690/2883) aufgenommen wurde. Das im Rahmen der Fachkräfteoffensive aufgesetzte Programm wirkt nicht nur einem drohenden oder bereits eingetretenen Fachkräftemangel entgegen. Es stärkt auch die Pluralitätskompetenz bei den Kindern und den Erzieher*innen einer Kita, wenn es Menschen mit Erfahrungen aus heterogenen beruflichen und biografischen Kontexten ermöglicht, eine nicht selbst zu finanzierende Ausbildung zur / zum staatlich anerkannten Erzieher*in bzw. zum / zur Heilerziehungspfleger*in zu absolvieren.

Wichtig dabei erscheint uns, dass auch Fachschulen in freier Trägerschaft *gleichberechtigt* in die hier geplante Verstetigung des PIA-Programms in Thüringen einbezogen werden.

Die grundständige Erzieher*innen-Ausbildung wird ihre Funktion und Berechtigung behalten – doch in Zeiten zunehmender Diversifizierung von Biografien und Ausbildungswegen erscheint uns PIA als eine sinnvolle Ergänzung.

Außerdem schlagen wir vor, Artikel 1 Nr.2, §22 (1) Satz 2 Nr.1 „...und für die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften in einer praxisintegrierten Ausbildung für (...) nach jeweils geltender Fassung, soweit ...“ wie folgt zu ändern: „...und für die Ausbildungsvergütung von pädagogischen Fachkräften in einer Praxisintegrierten Ausbildung für (...) nach jeweils geltender Fassung sowie die Kosten für die Mentorentätigkeit, soweit ...“

Für Artikel 1 Nr. 3 können wir nicht im Detail einschätzen, ob die angepassten Pauschalen eine tatsächliche Refinanzierung sicherstellen. Diese ist wichtig, um Konflikte auf der örtlichen Ebene zu

vermeiden. Explizit markieren möchten wir als offene Frage, weshalb die Anpassung nur für Kinder zwischen dem vollendeten 3. und dem 6. Lebensjahr vorgenommen werden soll.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Wir begrüßen es, dass durch die vorgeschlagene Regelung die Betreuung im Elementarbereich durch die in Thüringen tätigen Kindertagespflegepersonen gestärkt wird. Sicher ist dies ein Baustein notwendiger Personalbindung bzw. -gewinnung für die Aufgabe der Tagespflege und damit zur Stärkung der Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten für Familien.

Gleichzeitig geben wir zu bedenken, dass Vergütung auch die *Unterschiede* zwischen den Ausbildungswegen zu jeweiligen Berufstätigkeiten abbilden muss und die Abstände dazwischen nicht zu gering werden dürfen. Diesen Hinweis möchten wir ausdrücklich verstanden wissen im Sinne der Intention, auch die Vergütung für pädagogische Fachkräfte in Kitas sukzessive zu erhöhen. Diese haben eine fünfjährige Ausbildungszeit absolviert - m.W. im Unterschied zu einer Tagespflegeperson mit einer diesbezüglichen Fortbildungszeit zwischen 160 und 300 Stunden.

Es geht in beiden Bereichen um eine pädagogisch-anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit, was sich in beiden Bereichen - mit dem entsprechenden Abstand, der durch die unterschiedlichen Ausbildungsvoraussetzungen gerechtfertigt bleibt - auch in der Vergütung darstellen muss. Im frühkindlichen Bildungsbereich werden viele Voraussetzungen gelegt für den weiteren Bildungsweg eines Menschen - die Stärkung frühkindlicher *Bildung* ist eine zentrale Frage unserer Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmer*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Wir begrüßen die genannten Änderungen in den beiden Gesetzesentwürfen, sehen jedoch erheblichen weiteren Handlungsbedarf. Die vorgesehenen Personalzuweisungen können in der gegenwärtigen Situation auf Grund offener Stellen und hoher Krankenstände nicht mehr den Betrieb und die pädagogische Arbeit, die den Eltern durch die Betreuungsverträge zugesichert und im "gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen" festgeschrieben sind, gewährleisten. Deshalb bedarf es eines Stufenplanes, welcher insbesondere den qualitativen Ausbau des Systems der frühkindlichen Bildung und den notwendigen Aufbau des Fachpersonal aufeinander abstimmt. Fachkräfte müssen in den Kindergärten durch gute Arbeitsbedingungen gehalten werden. Dazu bedarf es eines wesentlich besseren Personalschlüssels als auch eine Refinanzierung, welche an eine Tarifgebundenheit der freien Träger auf Niveau des TvöD gebunden ist. Gleichzeitig müssen neue Fachkräfte mit einer qualitativ hochwertigen sowie vergüteten Ausbildung dazugewonnen werden. Die praxisintegrierte Ausbildung ist somit auf alle Auszubildenden Erzieher:innen auszuweiten. Ziel sollte eine Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz für alle pädagogischen Fachkräfte in Thüringer Kindergärten sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Leipzig, 12. Januar 2023



ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen

Karl-Liebknecht-Straße 30-32
04107 Leipzig

per E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de

www.sat.verdi.de Fax: 500

12. Januar 2023

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2278

zu Drs. 7/6574/6783

Anhörung zum zweiten Gesetz zur Änderung des
Thüringer Kindergartengesetzes
hier: Stellungnahme ver.di Landesbezirk SAT

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

im Namen des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (SAT) bedanken wir uns für die Zusendung der beiden Gesetzentwürfe und der Gelegenheit zur Stellungnahme hierzu.

Als mitgliederstärkste Interessenvertretung der Beschäftigten in Kindertagesstätten möchten wir die Perspektive der Beschäftigten darstellen und gleichzeitig auf die notwendigen politischen Erfordernisse aufmerksam machen.

Zur Drucksache 7/6574

Die grundsätzlichen Anliegen des Gesetzentwurfes im Hinblick auf eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA-TH) und deren beabsichtigte Refinanzierung, sowie die Anpassung der Berechnungsgrundlagen des pädagogischen Personals in den Kindergärten an die ab 1. Januar 2023 geltende Arbeitszeitverkürzung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVÖD) von 40 auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich werden begrüßt. Hier möchten wir ebenso auf die neuen tariflichen Regelungen im TvÖD SuE hinweisen, die den Beschäftigten bis zu 4 Regenerationstage ermöglichen. Auch diese müssen in der Berechnung des pädagogischen Personals berücksichtigt werden, weshalb es einer entsprechenden Anpassung der Minderungszeit bedarf.

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Zugleich besteht unseres Erachtens erheblicher weiterer Handlungsbedarf sowohl im Hinblick auf die Berufsausbildung, den Personalschlüssel, die Anwendung des TVÖD SuE im gesamten Geltungsbereich des Thüringer Kindergartengesetzes und der Fachkräftesicherung für die frühkindliche Förderung, einschließlich der damit eng korrespondierenden anderen Aufgabenbereiche des SGB VIII, insbesondere der erzieherischen Hilfen. Dies bedeutet im Einzelnen:

- Im Eingangstext wird bereits darauf hingewiesen, dass PiA-TH „dauerhaft“ neben die konsekutive Erzieherausbildung tritt. Mit den beabsichtigten 160 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang bedeutet dies bei dem (hoffentlich) angestrebten notwendigen Erhalt von über 700 Ausbildungsplätzen pro Jahrgang, dass die zur Fachkräftesicherung notwendige, weit überwiegende Anzahl der Auszubildenden, weiterhin schulisch ohne Ausbildungsvergütung und im Falle nicht-staatlicher Schulen zudem mit der Verpflichtung zur Zahlung von Schulgeld, in einer langwierigen und anspruchsvollen Ausbildung ausgebildet wird.

Wir halten die angekündigte Doppelstruktur in der derzeitigen Form qualitativ und im Hinblick auf die Fachkräftesicherung quantitativ, angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt, für realitätsfern. Erforderlich ist stattdessen eine qualifizierte und attraktive Ausbildung auf der Grundlage der Ausbildungsbedingungen und Vergütung des öffentlichen Dienstes und damit einhergehend selbstverständlich auch der Wegfall von einer Zahlungsverpflichtung (Schulgeld) der Auszubildenden für ihre Ausbildung.

Die praxisintegrierte Ausbildung muss entsprechend auf alle Ausbildungsplätze ausgeweitet werden. Ziel sollte jedoch eine Ausbildung auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes für alle pädagogischen Fachkräfte in Kindergärten, also bspw. auch Heilerziehungspfleger:innen, sein.

Wir weisen im Zusammenhang mit dem Fachkräftebedarf sowohl auf die Ergebnisse der 2020 veröffentlichte Studie der FSU Jena¹ als auch auf die im bundesweiten Vergleich und die Anforderungen im Bereich der frühkindlichen Förderung - insbesondere des Thüringer Bildungsplanes! - völlig unzureichende Stellenausstattung hin.

- Inwieweit die in Art. 1, Ziffer 3 durch Neuregelung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 pauschalierten Mehrkosten für die Umsetzung von PiA passgenau die jeweiligen Ausbildungsträger und damit letztlich die Auszubildenden erreichen, ist dem Gesetzestext nicht zu entnehmen. Wir gehen davon aus, dass dies im Rahmen entsprechender Regelungen auf dem Verordnungswege gewährleistet wird. Im Gegensatz zu der in der Begründung beschriebenen einmaligen Dynamisierung halten wir eine regelmäßige Dynamisierung der Pauschalen in Höhe der Tarifvertragsabschlüsse des TVÖD für erforderlich. Die in der Kalkulation

¹ Zentrum Digitale Transformation Thüringen (ZeTT) und Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie; Martin Ehrlich (FSU Jena, 2020): "Die Fachkräftesituation in Thüringer Kindertageseinrichtungen" – ver.di (verdi.de), <https://thueringen.verdi.de/themen/nachrichten/++co++25917344-895d-11ea-8405-001a4a160100>

angenommene Praxisanleitung in einem Umfang von 2 Stunden pro Woche und Auszubildenden ist völlig unzureichend und praxisfern. Zudem fehlt eine Regelung für die Ausbildung von PiA in Jugendhilfeeinrichtungen, insbesondere der stationären Jugendhilfe. Diese ist ebenfalls kommunale Aufgabe und leidet zum Teil dramatisch unter Fachkräftemangel. Der Heimaufsicht des TMBJS ist diese Situation bekannt.

- Die in Art. 1, Ziffer 1 in § 16 Abs. 3 vorgenommenen Änderungen im Hinblick auf die Anpassung des Personalbedarfs an die im Rahmen des TVÖD verkürzte Arbeitszeit werden begrüßt. Der Freistaat erkennt damit zugleich sehr zu Recht die Regelungen des TVÖD und des TV-SuE als Leitwährung einer kommunalen Pflichtaufgabe im Sinne des SGB VIII und des Thüringer Kindergartengesetzes (ThürKigaG) an. Diese Leitwährung gilt allerdings nicht nur für die Arbeitszeit, sondern umfasst umfangreiche andere Regelungen, insbesondere Vergütungen und zusätzliche Versorgungsleistungen. Empfohlen wird daher eine dementsprechende Klarstellung zum Beispiel in § 3 Abs. 3, Nr. 1 ThürKigaG dergestalt, dass im Falle vertraglicher Regelungen mit freien Trägern der Jugendhilfe eine Tarifbindung auf Niveau des TVÖD bzw. TVÖD SuE für das gesamte notwendige Personal (also nicht ausschließlich für das pädagogische Personal) als Finanzierungsgrundlage gilt. Damit würde zugleich ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei vielen Trägern und zur Betonung des Subsidiaritätsgebots im Sinne des SGB VIII (nämlich unterschiedliche Werteorientierung, Trägervielfalt, pädagogische Vielfalt) geleistet. Wir gehen zur Vermeidung der Gefahr von schlechteren Arbeitsbedingungen davon aus, dass die Refinanzierung der jetzt beabsichtigten Änderungen im kommunalen Finanzausgleich vollumfänglich und eindeutig berücksichtigt ist.
- Abgesehen von der Anpassung des Personalbedarfs an die verkürzten Arbeitszeiten des TVÖD wurde leider die längst überfällige Anpassung an erheblich zu verbessernde Personalschlüssel erneut versäumt. Die damit verbundenen seit Jahren andauernden schlechten Arbeitsbedingungen in Thüringer Kindergärten sind neben den bereits beschriebenen tariflichen Handlungsbedarfen und der Beseitigung von Ungleichheiten der wesentliche Grund für den zunehmend eskalierenden Fachkräftenotstand in den Kindergärten und -krippen. Längst werden im Alltag der Kindergärten aufgrund von Erkrankungen, Verrentungen, Personalfluktuationen, Ausstieg aus dem Beruf, Abwanderung in angrenzende Länder oder andere Branchen geltende Mindestpersonalschlüssel häufig unterschritten. Die 28 % Vorbereitungs- und Ausfallquote bildet die realen Bedingungen nicht ab. Neben einer entsprechenden Erhöhung der Minderungszeiten, sollte diese in Ausfallzeiten sowie mittelbare pädagogische Arbeit aufgeteilt werden, um ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit der Fachkräfte sicherzustellen.

Der dringende Handlungsbedarf wird sowohl durch die bereits genannte FSU-Studie aus dem Jahr 2020 als auch die aktuelle Bertelsmann Studie² empirisch untermauert. Zudem entscheiden sich junge Menschen für einen Beruf maßgeblich auch aufgrund bekannter Arbeitsbedingungen nach der Ausbildung. Der offenkundige Fachkräftebedarf in vielen anderen Branchen wiederum setzt auch in Zukunft ein im ganzen Land rechtssicher funktionierendes, attraktives Angebot der frühkindlichen Förderung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf voraus.

Gute Arbeitsbedingungen in den Kindergärten sind folgerichtig eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Thüringen - und diese Arbeitsbedingungen sind in Thüringen nicht gut!

Empfohlen wird daher kurzfristig noch in dieser Legislaturperiode eine wesentliche Verbesserung des Personalschlüssels und die Abkehr von einer kindbezogenen Förderung hin zu einer verlässlichen einrichtungsbezogenen Förderung, um die Flexibilisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen. Weiteres Abwarten in der Hoffnung auf den Rückgang der Kinderzahlen wäre sozial-, bildungs- und wirtschaftspolitisch unverantwortlich.

Zur Drucksache 7/6783

Die beabsichtigten Regelungen zur Verbesserung der Vergütung der Kindertagespflegepersonen werden von uns begrüßt. Mit der wiederholten Bezugnahme des Gesetzentwurfes zum TVöD SuE wird sehr zu Recht betont, dass es sich bei der frühkindlichen Förderung um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, bei der der genannte Tarifvertrag selbstverständliche Leitwährung sein sollte. Folgerichtig ist es überfällig, auch in diesem Bereich die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Wie der Einführung zum Gesetzentwurf zu entnehmen ist, handeln die Kommunen trotz ihrer originären Zuständigkeit offensichtlich freiwillig nicht dementsprechend und gefährden damit dieses neben den Kinderkrippen zusätzlich notwendige Angebot der frühkindlichen Förderung und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In diesem Zusammenhang und in Verbindung mit der im Anhang 4 genannten Fragestellung verweisen wir auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Alterssicherung i.S. des TVöD und deren Zugang für Tagespflegepersonen. Die Zusatzversorgung stellt im Bereich der Tarifverträge der öffentlichen Dienste eine verlässliche und wichtige Säule der Altersversorgung dar, an der alle Personen partizipieren sollten, die Aufgaben der Jugendhilfe im Sinne des SGB VIII wahrnehmen bzw. übertragen bekommen. Da die Tagespflegepersonen auf selbstständiger Basis arbeiten, sollte hier allerdings zudem auch das Arbeitgeberbrutto anstelle des angesetzten Arbeitnehmerbruttos Basis der Refinanzierung sein.

² Bertelsmann Stiftung (2022): Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme. Länderprofil Thüringen: <https://www.laendermonitor.de/de/report-profile-der-bundeslaender/bundeslaender/thueringen>



Wir empfehlen neben den bereits zur Drucksache 7/6574 genannten Anregungen im Hinblick auf den TVöD SuE die Überprüfung, inwieweit die verpflichtende Alterssicherung der Tagespflegeperson grundsätzlich und im speziellen im Hinblick auf die Zusatzversorgung des TVöD SuE zu gewährleisten ist.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des ThürKigaG Drs. 7/6574 und 6783											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Landesjugendhilfeausschuss LJA TH</td> <td style="padding: 2px;">Ausschuss</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;">Geschäftsstelle beim TMBJS</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Werner-Seelenbinder-Str.7</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesjugendhilfeausschuss LJA TH	Ausschuss	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle beim TMBJS	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str.7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landesjugendhilfeausschuss LJA TH	Ausschuss									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle beim TMBJS									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str.7									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	LJHA ist Teil des Landesjugendamtes und nimmt Aufgaben des üö Trägers der Jugendhilfe wahr, vgl. § 7 ThürKJHAG. Er befasst sich insbes. mit Problemlagen junger Menschen und deren Familien.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Begrüßung Verstetigung Ausbildungsform PIA und Erhöhung laufender Geldleistungen zur Kindertagespflege. Hinzu treten ergänzende Hinweise zur Umsetzung für die Verteilung der verfügbaren Anzahl an PIA-Plätzen zwecks Hinwirken auf flächenmäßigen Ausbau. Forderung der Anpassung der Landespauschale auch für Kinder bis drei Jahre wird als erforderlich angesehen. Prüfhinweis zu möglichem Eingriff in die Tarifautonomie der Träger durch *Übernahme der Einigung der Tarifvertragsparteien.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Erfurt 13. Januar 2023



Landesjugendamt
Geschäftsstelle Landesjugend-
hilfeausschuss

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 90 04 63 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt
- per E-Mail -

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2280

zu Drs. 7/6574/6783

Mall
Geschäfts-
stelle.LJHA@tmbjs.thueringen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringen Kindergartengesetzes,
Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/6574
Gesetzesentwurf der Fraktion CDU – Drucksache 7/6783
hier: Stellungnahme LJHA**

Erfurt,
13. Januar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sie haben den Landesjugendhilfeausschuss eingeladen, zur o.g. Drucksache Stellung zu nehmen. Dieser komme ich unter Organvorbehalt gerne nach.

Zum Gesetzesentwurf – Drucksache 7/6574

Praxisintegrierte Ausbildung

Grundsätzlich wird begrüßt, dass die Ausbildungsform der praxisintegrierten Ausbildung dauerhaft neben die konsekutive Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gesetzlich geregelt wird und zugleich damit zusammenhängenden Ausbildungskosten als ansatzfähige Kosten (Betriebskosten) anerkannt werden.

Da die Ausbildungsstellen laut Begründung begrenzt sind (480) sollte geregelt werden, unter welchen Maßgaben zwischen den Gebietskörperschaften und in den Gebietskörperschaften eine Verteilung der Stellen erfolgt. Dies insofern, um auf einen flächenmäßigen Ausbau tatsächlich hinzuwirken. Darüber hinaus sollte gesetzlich klargestellt werden, dass im vorab der Schaffung refinanzierter Ausbildungsstellen Einvernehmen zwischen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Träger der freien Jugendhilfe herzustellen ist.

Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend
und Sport
Werner-Seelenbinder-Str. 7
99096 Erfurt

www.thueringen.de/th2

E-Mail-Adressen dienen im TMBJS
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-
gen ohne Signatur und/oder Ver-
schlüsselung.

Erhöhung Landespauschalen

In dem Zusammenhang wird die Erhöhung der Landespauschalen zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr bis vor Vollendung des 78. Lebensmonats vorgesehen. Offen bleibt, warum die Landespauschalen für Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres nicht angehoben werden. Dies erschließt sich nicht, zumal PIA nicht altersstufenmäßig ausgerichtet ist und mit Änderung in § 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 nunmehr eine gesetzlich grundständige Ausbildung darstellt.

Tarifeinigung - Mindestbetreuungsschlüssel

Mit der Übernahme der Eignung der Tarifvertragsparteien verbindet sich zu Recht eine Neuberechnung des Mindestpersonalschlüssels für die wöchentliche Betreuungszeit, die unter Beachtung von Tarifautonomien allgemein betrachtet eine allgemeine Bedarfserhöhung an Fachpersonal für alle Träger der Kindertagesbetreuung bedeutet.

Da jedoch nicht alle Träger der Tarifgemeinschaft angehören ist zu prüfen, ob hier nicht unzulässiger Weise ein Eingriff in die Tarifautonomie der Träger vorliegt. Sofern dies rechtlich nicht vorliegend ist, müsste jedoch für Träger, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören, zumindest eine Übergangszeit eingeräumt werden.

Zum Gesetzentwurf – Drucksache 7/6783

Das mit dem Entwurf verfolgte Ziel, die laufende Geldleistung in der Kindertagespflege (Sachkostenpauschale und Beträge zur Anerkennung der Förderungsleistung) erheblich zu erhöhen, wird ausdrücklich begrüßt. Dies insofern, da eine letztmalige Erhöhung im Jahr 2017 stattfand. Mit Blick auf zurückliegende Tarifentwicklung und besonders auch auf die grundsätzlichen Kostensteigerungen sind diese Anpassungen überfällig und dringend zu regeln.

Um diese im Gesetzentwurf benannten Erhöhungen der Sachkosten, der Förderleistung je nach Qualifikation sowie die Anerkennung der Berufserfahrung durch Zuschläge durch die Kommunen und Landkreise zu gewährleisten, bedarf es auch der entsprechenden finanziellen Zuschüsse durch das Land. Es wird daher anregt, auch die Landespauschale laut § 25 ThürKigaG entsprechend anzuheben, um eine Beteiligung des Landes an den Mehrausgaben zu sichern. Ohne eine solche Anpassung kommt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die nicht unerhebliche Kostensteigerung allein auf (betrifft vor allem Landkreise mit vielen Kindertagespflegepersonen).

Schlussbestimmungen

Da das Gesetz im Februar verabschiedet und frühestens im März veröffentlicht wird ist zu prüfen, ob eine rückwirkende Inkraftsetzung tatsächlich mit Wirkungsfolgen rechtlich möglich ist und wer die damit zusammenhängenden Kosten trägt.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzesentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzesentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Staatl. Berufsschulzentrum Ernst Arnold Greiz-Zeulenroda</td> <td style="padding: 5px;">SBZ „Ernst Arnold“ GRZ-ZR</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Staatliches Berufsbildungszentrum Greiz-Zeulenroda - Schulteil Greiz -</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Plauensche Str. 2a · 07973 Greiz Tel. 03661/4193 0 · Fax 4793-22</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Staatl. Berufsschulzentrum Ernst Arnold Greiz-Zeulenroda	SBZ „Ernst Arnold“ GRZ-ZR	Geschäfts- oder Dienstadresse	Staatliches Berufsbildungszentrum Greiz-Zeulenroda - Schulteil Greiz -	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Plauensche Str. 2a · 07973 Greiz Tel. 03661/4193 0 · Fax 4793-22	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Staatl. Berufsschulzentrum Ernst Arnold Greiz-Zeulenroda	SBZ „Ernst Arnold“ GRZ-ZR										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Staatliches Berufsbildungszentrum Greiz-Zeulenroda - Schulteil Greiz -										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Plauensche Str. 2a · 07973 Greiz Tel. 03661/4193 0 · Fax 4793-22										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	- Stellv. Schulleiterin - Landesfachberater für Sozialwesen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- kann zur Gewinnung von Fachkräfte beitragen - Organisation d. schul. Arbeit/lehre muss geregelt werden	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Greiz, 13.01.2013	



SBBZ „Ernst Arnold“ Greiz-Zeulenroda•Plauensche Straße 2a•07973 Greiz

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2284

zu Drs. 7/6574/6783

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

16.01.2023

03661 47930

Stellungnahme

Die Verstetigung der praxisintegrierten Ausbildung ist zu begrüßen. Die Gesetzesänderung schafft damit einen klaren Rahmen für die zukünftige Ausbildung. Die Finanzierung ist damit gewährleistet. Diese Form der Ausbildung ermöglicht, bereits in der Einrichtung beschäftigten Sozialassistenten und Kinderpflegern eine Form der Ausbildung zum Erwerb der Qualifikation als Erzieher ohne ihre Einrichtung verlassen zu müssen und ihre finanziellen Einnahmen einzubüßen. Ebenso ermöglicht Sie interessierten Quereinsteigern die Möglichkeit sich zum Erzieher zu qualifizieren.

Trotzdem ergibt sich die Frage, wie die organisatorische Umsetzung in den Fachschulen erfolgen soll. Durch die Begrenzung auf eine Anzahl von 160 Auszubildenden pro Jahr ergibt sich die Frage, wie diese in den Fachschulen geführt werden. Diese Ausbildungsform erfordert die Bildung gesonderter Klassen. Da die Klassenmesszahl in VWV zur Organisation der Schuljahre vorgegeben wird (aktuell 20 Schüler), ergibt sich ein weitergehender Regelungsbedarf durch das TMBJS. Bei einer Öffnung für alle Schulen (bisher ausgewählte Schulen) besteht die Gefahr, dass die notwendige Klassenmesszahl nicht errichtet wird und die Ausbildungsform nicht angeboten werden kann.

Außerdem ist anzumerken, dass damit die praxisintegrierte Ausbildung zwar für das Arbeitsfeld Kindergarten geregelt ist, aber für alle anderen Arbeitsfelder (z.B. Grundschullhorte und Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung entsprechend den §§ 29 bis 35 SGB VIII) keine Klärung erfolgt.

Stellv. Schulleiterin

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzesentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzesentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 -											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 5px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Farbengasse 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Farbengasse 2	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen e.V.	Eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Farbengasse 2										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

THÜR. LANDTAG POST
 23.02.2023 15:02

5409/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Familienpolitische Interessenvertretung und familienpolitischer Fachverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Wir unterstützen die gesetzliche Verankerung und Erhöhung der Mindestfördersummen für die soziale Infrastruktur in Thüringen sowie deren Dynamisierung. Wir fordern darüber Hinaus die gesetzlich festgeschriebenen Mindestförderung der überregionalen Familienförderung.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 16.01.2023 <i>Lina ...</i>	



**Familienbund
der Katholiken**

Familienbund der Katholiken • Hermannsplatz 9 • 99084 Erfurt

Familienbund der Katholiken
Im Bistum Erfurt und Im Freistaat Thüringen e.V.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Sitz: Farbengasse 2 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c r i f t

7/2289

zu Drs. 7/6574/6783

E-Mail: info@familienbund-thueringen.de
Internet: www.familienbund-thueringen.de

Datum: Dienstag, 17. Januar 2023

**Stellungnahme zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes in den
Entwürfen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/Die Grünen
(Drucksache 7/6574) sowie der CDU (Drucksache 7/6783)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Familienbund der Katholiken Im Bistum Erfurt und Im Freistaat Thüringen e.V. dankt für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf abgeben zu dürfen und kommt Ihrer Bitte hiermit nach.

Zum Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90 Die Grünen (Drucksache 7/6574)

Der Familienbund teilt die Auffassung, dass es zur Weiterentwicklung und Erfüllung des familienergänzenden Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags, ausreichend und qualitativ hochwertig ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher benötigt werden. Wir begrüßen, dass in der Problembeschreibung die familienergänzende Stellung der Kindertagesbetreuung herausgestellt wird. Damit wird die Familie als primärer und unterstützender Ort der Sozialisation, Erziehung und Bildung dargestellt. Dieser Gedanke sollte in Zukunft noch stärker als bisher in der Öffentlichkeit und in politischen Initiativen ein Leitgedanke des Handelns sein.

Hinsichtlich der Fachkräftegewinnung stellt die praxisintegrierte Ausbildung einen Bestandteil der Lösung des Pädagogenmangels in Thüringen dar. Eine Verstärkung und Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung wird daher befürwortet, auch wenn dieser Lösungsansatz nur ein Bestandteil der Problemlösungsstrategie hinsichtlich der Fachkräftesicherung sein kann. Über die aktuelle Gesetzesinitiative hinaus wird zu beobachten sein, wie sich die Doppelstruktur in Bezug auf Ausbildungsformen mit und ohne Vergütung auf die Bewerberzahlen auswirkt. Die Vergütung der

Sitz: Farbengasse 2 • 99084 Erfurt
Anschrift: Hermannsplatz 9 • 99084 Erfurt
Telefon: 0361 6572 380 • Fax: 0361 6572 347
Mail: info@familienbund-thueringen.de
URL: www.familienbund-thueringen.de

Ausbildung nur eines Teils der BewerberInnen und Bewerber wirft gravierende Gerechtigkeitsfragen auf, die in zukünftigen Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden sollten. Grundsätzlich ist zu prüfen, inwieweit die Vergütungsmöglichkeiten für weitere Bereiche der Ausbildungen der Kinder- und Jugendhilfe etabliert werden können.

Eine Anpassung des Mindestpersonalsschlüssels an die Tarifbestimmungen ist notwendig, verbessert jedoch die Qualität in den Kindertagesstätten im Hinblick auf den Betreuungsschlüssel nicht. Wir erwarten, dass die Anpassung des Personalschlüssels im Rahmen der bereits angekündigten Novelle des ThürKiGaG diskutiert wird.

Inwieweit eine rückwirkende Änderung (Mit dem 01.01.2023) der gesetzlichen Rahmenbestimmungen rechtlich möglich und für die Träger umsetzbar ist, muss von anderer Stelle beantwortet werden.

Zum Entwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/6783)

Der Familienbund versteht die Kindertagespflege als familiennahe Betreuungsstruktur, die gerade im Kleinkindalter eine Alternative für die frühkindliche Betreuung in Kindertageseinrichtungen darstellt. Eltern haben die Kompetenz, die Bedürfnisse ihrer Kinder einschätzen zu können. Die Politik ist aufgerufen in der Umsetzung dieser Kompetenz durch passgenaue Angebote Unterstützung zu leisten. Gerade im Hinblick auf die Wahlfreiheit in der Gestaltung des Alltags, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Wahl einer angemessenen Betreuungsform ist die vorgeschlagene Stärkung der Kindertagespflege daher zu begrüßen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes x Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesverband für Kindertagespflege Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Go C. Meins-Reidenbach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bei der Putzrinne 11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>91094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesverband für Kindertagespflege Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Go C. Meins-Reidenbach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Putzrinne 11	Postleitzahl, Ort	91094 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landesverband für Kindertagespflege Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Go C. Meins-Reidenbach										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Putzrinne 11										
Postleitzahl, Ort	91094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kinder Tagespflege Kinder Tagespflegeperson	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Wir stimmen der Drucksache 7/6783 mit Ergänzungen und Änderungen zu. Zustimmung zur Erhöhung des Sachaufwandes nach Drucksache als Ergänzung: Einführung einer jährlichen Dynamisierung des Sachaufwandes Zustimmung zur Erhöhung des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung als Änderung: Orientierung am TVöD SuE Stufe 4 (3) und SuE Stufe Pa (3) Neuberechnung auf Basis von 4 anstatt 5 Kindern	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, am 15.04.2023	

10515/2023

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de



Erfurt, den 15.04.2023

Stellungnahme zur Drucksache 7/6783

Änderungsantrag zum Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Änderungsantrages und der Möglichkeit, dazu Stellung nehmen zu dürfen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und dem zugeordneten Änderungsantrag finden einige Forderungen des Landesverbandes für Kindertagespflege Thüringen e.V. Beachtung. Das begrüßen wir sehr. Gleichzeitig gibt es auch im geänderten Gesetzentwurf relevante Abweichungen bezüglich unserer wichtigsten Forderungen. Darauf möchten wir als Landesverband ausführlicher eingehen.

Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/6783 –

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Zu Nummer 1 (Artikel 1):

Zu Nummer 1 (§10)

Zu Buchstabe a:

§ 10 Absatz 1 Satz 2

Der Landesverband begrüßt, dass durch das Einfügen des Wortes „fremde“ Rechtssicherheit für die Kindertagespflegepersonen mit eigenen Kindern und für die Jugendämter hergestellt wird.

Zu Buchstabe b:

§ 10 Absatz 2

Die Mindestqualifikation der Kindertagespflegepersonen nach dem QHB mit 300 UE entspricht unserem Wunsch als Landesverband und gleicht die Vorgaben an die Regelung in den meisten anderen Bundesländern an. Als wichtig sehen wir den im Änderungsantrag bereits verankerten Bestandsschutz für die Kindertagespflegepersonen mit bestehenden Pflegeerlaubnissen an.



Zu Buchstabe d:

§ 10 Absatz 6 (neu)

Die Möglichkeit des Zusammenschlusses von zwei Kindertagespflegepersonen im Verbund, die genannten Voraussetzungen und die vorgegebenen Einschränkungen finden unsere volle Zustimmung. Damit wird es für die Jugendämter zukünftig leichter, Kindertagespflegepersonen zu gewinnen, die aus diversen Gründen (z.B. Sicherheit, kollegialer Austausch, Arbeitsteilung bei Leitungs- und Unternehmertätigkeiten, Wohnkosten usw.) nur zu zweit arbeiten möchten. Gleichzeitig bleiben die Hauptmerkmale der Kindertagespflege wie familiennahe Betreuung im kleinen Rahmen oder die höchstpersönliche Zuordnung zu einer Bezugsperson erhalten.

Zu Nummer 2 (§ 23):

Zu Buchstabe a:

§ 23 Absatz 1

Wir als Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. freuen uns über die Umsetzung einer unserer Hauptforderungen. Mit der Neuberechnung der Höhe der Sachkostenpauschale mit den angegebenen Untergrenzen erfolgt die überfällige Anpassung an die Inflationsraten der vergangenen Jahre. Diese hatten die Thüringer Jugendämter versäumt, so dass die meisten Kindertagespflegepersonen gezwungen waren, die nicht abgedeckten Betriebskosten für die Kindertagespflegestellen teilweise aus ihrer Vergütung für die Förderleistung zu finanzieren. Deswegen ist die deutliche Erhöhung der Sachkosten mindestens auf die aufgeführten Beträge im Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der CDU unseres Erachtens zwingend und daher lediglich als Untergrenze anzusehen.

Gleichzeitig machen wir in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass wieder auf eine Dynamisierungsregelung im Gesetzentwurf verzichtet wurde. Es bleibt für uns Kindertagespflegepersonen deswegen die Unsicherheit, inwieweit und wie zeitnah die geplante Anpassung per Verordnung durch das zuständige Ministerium erfolgen wird.

Aus unserer Sicht wäre es deswegen zwingend notwendig, die Dynamisierung anhand der Verbrauchspreisentwicklung (Jahresteuersatzrate), wie sie für die Berechnung der Zahlen im Änderungsantrag verwandt wurde, per Gesetz festzuschreiben.

Der Landesverband für Kindertagespflege empfiehlt folgende Formulierung des Gesetzes zum § 23 Absatz 1. Dieser wird wie folgt ergänzt:

§ 23 (1) Satz 3 (neu)

„Der zu erstattende Sachaufwand wird jährlich in Höhe der durch das Thüringer Landesamt für Statistik ermittelten Verbraucherpreisentwicklung (Jahresteuersatzrate) des Vorjahres angepasst.“

Auch in Bezug auf die geänderte Grundlage zur Vergütung des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 2a SGB VIII sehen wir erheblichen Änderungsbedarf.

Der Landesverband für Kindertagespflege empfiehlt folgende Formulierung des Gesetzes zum § 23 Absatz 1 Satz 4 (jetzt 4):

„Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung [...] darf für Kindertagespflegepersonen ohne pädagogischen Abschluss je Kind und Stunde einen Betrag von 5,69 Euro sowie bei staatlich anerkannten Erziehern/innen einen Betrag von 6,15 Euro nicht unterschreiten und muss bei neuen Tarifabschlüssen im Sozial – und Erziehungsdienst entsprechend angepasst werden.“

Der Landesverband für Kindertagespflege empfiehlt folgende Ergänzung zum § 23 Absatz 1 Satz 5 (neu) zur Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitungszeit mit aufzunehmen:

„Je Betreuungstag wird als Anerkennung der Vor- und Nachbereitungszeit eine Stunde in Höhe der Förderleistung zusätzlich vergütet.“

Begründung:

Mit der **Neuberechnung des Anerkennungsbeitrages für die Förderleistung** anhand einer angenommenen durchgehenden Belegung von 5 Kindern und der Festlegung einer Vergütung die erneut auf der Vergütungsgruppe S2 des TVöD SuE beruht, **stimmen wir nicht überein.**

Zunächst bleibt festzustellen, dass nachweisbar laut dem Thüringer Landesamt für Statistik in den letzten Jahren die durchschnittliche Anzahl der tatsächlich betreuten Kinder pro Kindertagespflegeperson knapp unter 4 lag. Das hat verschiedene Ursachen, die auch die nächsten Jahre für dieselbe Belegungssituation sorgen werden. Die demzufolge verbleibenden 20% von der errechneten Summe für die voraussichtlich entstehenden Kosten von 3.000.000 Euro lassen es zu, dass eine Berechnung auf Basis von 4 Kindern erfolgt. Es bliebe damit bei der errechneten voraussichtlichen Gesamtsumme. Deswegen empfehlen wir, die Berechnung erneut vorzunehmen und **anstatt 5 die realistischeren 4 Kinder als Grundlage für die Errechnung des Stundensatzes** zu verwenden.

Außerdem möchten wir daran erinnern, dass wir als Landesverband unsere Position, dass für die Kindertagespflegepersonen ohne pädagogische Ausbildung **die Vergütungsgruppe S4 des TVöD SuE** zu Grunde gelegt werden müsste, um den Anerkennungsbeitrag für die Förderleistung leistungsgerecht auszugestalten, weiterverfolgen werden. Entsprechendes gilt für die Vergütung der Kindertagespflegepersonen mit Abschluss als staatlich anerkannte Erzieher/in oder vergleichbaren Abschlüssen mit der **Vergütungsgruppe S8a**. Während im letzten Fall die Situation sehr eindeutig erscheint (gleiche Arbeitsaufgaben und gleiche Ausbildung bedingen eine gleiche Vergütung) möchten wir erneut begründen, wieso bei allen anderen Kindertagespflegepersonen nur die Vergütungsgruppe S4 in Betracht kommt.

Mit dem jetzigen Entwurf zum Änderungsgesetz ist eine **Gleichstellung der Vergütung mit dem Gehalt einem/r Erzieher/in von vornherein für alle Kindertagespflegepersonen ausgeschlossen**. Denn während uns keine Erzieherin in Thüringen bekannt ist, die auf Zusatzleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten muss, wurde bei der Berechnung für die Kindertagespflegepersonen ein Jahreseinkommen **ohne jegliche Zusatzleistungen des Tarifvertrages** zu Grunde gelegt. Die verbleibende Summe **reduziert sich weiterhin durch** die oben im Text dargelegte **Minderbelegung** mit durchschnittlich 4 statt 5 Kindern.

Während den Erziehern/innen **Minderungsstunden für die mittelbare Arbeit** am Kind (Portfolio, Beobachtung, Entwicklungsgespräche usw.) zustehen, fallen diese Tätigkeiten gemeinsam mit Leitungstätigkeiten (Erstgespräche, Vertragsgestaltung, Zusammenarbeit mit dem Jugendamt als Träger, Netzwerkarbeit) und den Aufgaben der Unternehmensführung allesamt in die Freizeit der Kindertagespflegepersonen. Betrachtet man die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit einer Kindertagespflegeperson von bis zu **50 h im Gegensatz zu den 39 h** einer pädagogischen Fachkraft in der Kinderkrippe, ergibt sich eine **deutlich geringere Vergütung der Arbeitsleistung pro Stunde** für die Kindertagespflegepersonen.

Zudem ist es wohl unbestritten, dass **die Betreuungsqualität** unabhängig vom Betreuungsangebot in erster Linie **von der Persönlichkeit der Fachkraft abhängig** ist. In der Kindertagespflege prüfen die Jugendämter im Zuge des Pflegeerlaubnisverfahrens umfassend die gesetzlich vorgegebenen Persönlichkeitseigenschaften jeder Kindertagespflegeperson auf das Vorhandensein. Jährlich erfolgt eine Überprüfung der Geeignetheit der Person sowie der Räumlichkeiten seitens des Jugendamtes. Auch im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgegebenen zwingenden Neubeantragung der Pflegeerlaubnis aller 5 Jahre wirken entsprechende Kontrollmechanismen. Damit wird es für die Kindertagespflegepersonen erst möglich, ihre Kindertagespflegestelle erfolgreich zu führen.

Das Ministerium verweist trotzdem immer wieder auf die **unterschiedliche Anzahl der Ausbildungsstunden** des ausgebildeten pädagogischen Fachpersonals und den Anforderungen an die Kindertagespflegeperson. Jedoch ist zu beachten, dass Letztere **ausschließlich im U3 – Bereich** tätig werden, im Gegensatz zu den staatlich anerkannten Erziehern/innen, die in der **Altersspanne von 0 – 27 Jahren und in verschiedenen Einrichtungen auch außerhalb der Kita (Hort, Internat, Kinderheim usw.)** eingesetzt werden können. Deren Ausbildung ist deswegen zwingend viel umfangreicher. Entsprechend **gleichen sich der Umfang der Ausbildungsstunden bei ausschließlicher Betrachtung der Ausbildung für den Kleinkindbereich bis zum 3. Lebensjahr weitgehend an.**

Obwohl das Ministerium stets die aus deren Sicht geringeren Anforderungen an die Kindertagespflegepersonen betont, verlangt es im Gegenzug **die vollständige Umsetzung des Thüringer Bildungsplanes**. Dies ist auch gerechtfertigt, seitdem das Familienministerium des Bundes die Durchsetzung der **Gleichstellung beider Betreuungsangebote** fordert. Folgerichtig müsste dann auch entsprechend dem Prinzip: „**Gleiche Arbeit = gleicher Lohn**“ vergütet werden.

Betrachten wir die **Aufgaben** der Berufsgruppe **Kinderpfleger ohne pädagogische Ausbildung (TVöD SuE S2)** und vergleichen sie mit denen einer Kindertagespflegeperson stellen wir fest, dass diese sich **erheblich unterscheiden**. Kinderpfleger/innen ohne pädagogische Ausbildung dürfen in der Kita viele Aufgaben, die ein/e Erzieher/in zu erfüllen hat, nicht übernehmen.

Gleichzeitig **deckt** sich jedoch das **Aufgabenbild eines/r Erziehers/in** mit dem einer **Kindertagespflegeperson**.

Wir als Landesverband können also die „**geringeren Anforderungen**“ an eine Kindertagespflegeperson, wie das Ministerium sie immer wieder betont **nicht nachvollziehen** und halten deshalb unsere Forderung zur Einstufung nach **TVöD SuE S4 Stufe 3** (Kinderpfleger/in mit besonderen Aufgaben) für **leistungsgerecht und angemessen**.

Unklar bleibt bisher auch die mögliche **Regelung zur jährlichen Anpassung der Förderleistung per Verordnung** durch das zuständige Ministerium, wenn der Tarifvertrag sich ändert (siehe entsprechende Ausführungen zur Sachkostenpauschale). Aus unserer Sicht braucht es auch hier die **Festschreibung der Anpassung anhand der Steigerungen im TVöD**. Diese müsste von der Logik her **bei neuen Tarifabschlüssen** erfolgen und **nicht jährlich**. Aktuell stehen für den Erzieherbereich neue Abschlüsse an. Wenn die Anpassung nicht ins Gesetz geschrieben würde, wären die darin verankerten Zahlen für die Vergütungsgruppe S2 deshalb bei geplantem Inkrafttreten des geänderten Gesetzes voraussichtlich **bereits wieder überholt**.

Wir **begrüßen die Verankerung der stundenbezogenen Vergütung als Untergrenze anstatt einer Pauschale**, wie sie im derzeitigen Gesetz formuliert wurde. Anstatt der 3,77 Euro sehen wir aber für Kindertagespflegepersonen ohne pädagogischen Abschluss eine Stundenvergütung pro Kind von **5,69 Euro** (berechnet mit 4 Kindern) oder mindestens **4,55 Euro** (berechnet mit 5 Kindern) als **leistungsgerecht** an. Da wir dem Änderungsantrag nicht entnehmen können, welche Vergütung für die Erzieher/innen unter den Kindertagespflegepersonen vorgesehen ist, schlagen wir pro Kind und

Stunde **6,15 Euro** (berechnet mit 4 Kindern) oder mindestens **4,92 Euro** (berechnet mit 5 Kindern) vor.

Es wäre aus unserer Sicht auch notwendig, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und eine Vergütung der **Vor- und Nachbereitungszeit**, welche nachweislich anfällt, im Gesetz festzulegen. Deswegen schlagen wir vor, **pro Betreuungstag eine Stunde** als Untergrenze im Gesetz festzuschreiben.

Zu Buchstabe b:

§ 23 Absatz 2 Satz 1

Wir als Landesverband begrüßen ausdrücklich eine Verringerung des Zeitraumes für die Überprüfung der Kostenentwicklung in der Kindertagespflege von „zweijährlich“ auf „einmal im Jahr“.

Zu Nummer 5:

§ 34 Nr.2

Wir sehen die Vorteile einer Festlegung der beschriebenen Parameter auf dem Verordnungswege, sofern diese zeitnah erfolgt und die Steigerung der Kostenentwicklung oder neue Tarifabschlüsse berücksichtigt. Gleichwohl können wir im geänderten Gesetzentwurf bisher keine Garantie herauslesen, dass das Ministerium verpflichtet wird, entsprechende Anpassungen innerhalb eines kurzen Zeitraumes vorzunehmen. Deswegen würden wir entsprechende Formulierungen im neuen Gesetz begrüßen, falls darauf verzichtet würde, die direkte Verankerung der Dynamisierungsregelungen ins Gesetz aufzunehmen.

Zu Nummer 3 (Artikel 3 - Inkrafttreten):

Satz 1

Nachdem die Thüringer Kindertagespflegepersonen über Jahre zu geringe laufende Geldleistungen erhalten haben, begrüßen wir als Landesverband ein, im eigentlichen Gesetzentwurf der CDU vorgesehenes, rückwirkendes Inkrafttreten der Gesetzesänderung zum 1. Januar 2023 sehr. Deswegen würden wir es außerordentlich befürworten, wenn die ursprüngliche Fassung in das geänderte Gesetz wieder aufgenommen würde.

Der Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V. möchte sich auf diesem Wege für Unterstützung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Erhalt der Kindertagespflege in Thüringen und somit der Erfüllung des Wunsch- und Wahlrechts für die Eltern hinsichtlich der Wahl der Betreuung ihrer Kinder bei allen Fürsprechern und Akteuren bedanken!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende

Landesverband für Kindertagespflege Thüringen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend-erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Drs. 7/6574 und Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu Drs. 7/6783											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
Name	Organisationsform										
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50										
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)										
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher										
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aus Sicht des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V wird das Vorhaben grundsätzlich begrüßt, es sind aber weitere Änderungen notwendig. Dazu gehört, dass im Änderungsantrag zum Gesetzentwurf des ThürKigaG auf eine Dynamisierungsklausel verzichtet wurde. Es bleibt zu befürchten, dass Dynamisierungen aufgrund von Inflationsraten bzw. Tarifsteigerungen per Verordnung durch das fachlich zuständige TMBJS nicht zeitnah erfolgen werden. Weitere Aspekte müssen ebenfalls konkretisiert / aktualisiert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 17.04.2023	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

THÜR. LANDTAG POST
17.04.2023 15:20

10622/23

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
17.04.2023

Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.03.2023 (Thüringer Landtag Vorlage 7/5001 zu Drs. 7/6574) und Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 31.03.2023 (Thüringer Landtag Vorlage 7/5002 zu Drs. 7/6783)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens und teilt Ihnen hiermit ihre Anmerkungen und Formulierungsvorschläge mit.

Der Bearbeitungszeitraum von sieben Werktagen während der Ferienzeit steht allerdings im Widerspruch des Ansinnens Gesetzgebungsverfahren partizipativ und transparent zu gestalten.

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Anlage 4)

Begründung zu Nummer 1 (Artikel 1) zu Buchstabe a: Zu Nummer 2 (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)

Ausbildungskosten, die aufgrund der praxisintegrierten Ausbildung entstehen und über den Zuschuss hinausgehen, kann der Träger gegenüber der Kommune als Betriebskosten geltend machen.

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Regelung ist zu unverbindlich. Es muss aus Sicht der LIGA sichergestellt sein, dass der Differenzbetrag (1.759 EURO - 1.200 EURO = 559 EURO)¹ von den Kommunen übernommen wird, da die Refinanzierung seitens des Landes ohnehin über die erhöhten Pauschalen in § 25 Absatz 1 Nr. 5 sichergestellt ist.

zu Artikel 1 Nr. 3 - § 28 Absätze 1 und 2LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Regelungen für die Ausbildungsförderung der praxisintegrierten Ausbildung sollten dem etablierten Verfahren der Ausbildungsförderung für das Berufspraktikum angeglichen werden. Dies sollte in der noch zu erarbeitenden Rechtsverordnung geregelt werden (etabliertes Verfahren über das Staatliche Schulamt Süd).

zu Artikel 1 neue Nr. 5 – Änderung zu § 34LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die gesetzliche Verankerung einer Verordnungsermächtigung zu § 28 Absätze 1 und 2 wird ausdrücklich begrüßt.

Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Anlage 5)**zu Artikel 1 – Neufassung von § 10 Abs. 2**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Anpassung der Mindestqualifikation für Tagespflegepersonen auf 300 Stunden nach dem Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB) des Deutschen Jugendinstituts wird ausdrücklich begrüßt.

Der Freistaat sollte sich jedoch aufgrund der finanziellen Situation von Tagespflegepersonen in einem angemessenen Umfang anteilig an den Kosten der Qualifizierung beteiligen. Beispielsweise werden in Nordrhein-Westfalen bei geschätzten Kosten der Qualifizierung von 3.500 EUR je Teilnehmenden 2.500 EUR durch das Bundesland übernommen.

zu Artikel 1

§ 23 Absatz 1 Satz 2: „Der zu erstattende Sachaufwand nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII darf je Kind bei einer Betreuungszeit von

- 1. mindestens acht Stunden pro Tag 237 EURO je Monat,*
- 2. mindestens sechs Stunden bis unter acht Stunden pro Tag 189 EURO je Monat,*
- 3. mindestens vier Stunden bis unter sechs Stunden pro Tag 166 EURO je Monat,*
- 4. einer ergänzenden Kindertagespflege 1,67 EURO je Stunde*

nicht unterschreiten.“

¹ Die Beträge beziehen sich auf die Begründung zum Gesetzentwurf und berücksichtigen keine dynamische Weiterentwicklung tariflicher Ausbildungsvergütung.

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Erhöhung der Sachaufwendungen ist ausdrücklich zu begrüßen und längst überfällig. Stellt man einen Vergleich der Sachaufwendungen zu anderen Bundesländern an, sind die Anpassungen in Summe aus Sicht der LIGA nicht ausreichend. Deshalb empfehlen wir die Zugrundelegung eines Stundensatzes von 2 EURO und folgende Formulierung von § 23 Absatz 1 Satz 2:

„Der zu erstattende Sachaufwand nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII darf je Kind bei einer Betreuungszeit von

1. mindestens acht Stunden pro Tag 320 EURO je Monat,
2. mindestens sechs Stunden bis unter acht Stunden pro Tag 240 EURO je Monat,
3. mindestens vier Stunden bis unter sechs Stunden pro Tag 170 EURO je Monat,
4. einer ergänzenden Kindertagespflege 2 EURO je Stunde

nicht unterschreiten.“

§ 23 Absatz 1 Satz 3: „Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung [...] darf je Kind und Stunde einen Betrag von 3,77 EURO nicht unterschreiten.“

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Anpassung des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung ist ebenfalls ausdrücklich zu begrüßen und überfällig. Allerdings werden für Kindertagespflegepersonen mit und ohne pädagogische Ausbildung die gleichen Stundensätze zugrunde gelegt. Grundlage für die Neuberechnung der Förderleistung ist eine durchgehende Belegung einer Tagespflegeperson mit 5 Kindern. Laut den Auswertungen des Thüringer Landesamtes für Statistik lag die durchschnittliche Belegung jedoch bei knapp 4 Kindern. Deshalb empfehlen wir die Festlegung einer höheren Untergrenze des Stundensatzes für die Förderleistung und folgende Formulierung von § 23 Absatz 1 Satz 3: „Der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung [...] darf je Kind und Stunde einen Betrag von 5,00 EURO nicht unterschreiten.“

§ 23 Absatz 1

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege:

Im Änderungsantrag zum Gesetzentwurf des ThürKigaG wurde darüber hinaus auf eine Dynamisierungsklausel verzichtet. Es bleibt zu befürchten, dass Dynamisierungen aufgrund von Inflationsraten bzw. Tarifsteigerungen per Verordnung durch das fachlich zuständige TMBJS nicht zeitnah erfolgen werden. Deshalb empfiehlt die LIGA die Verankerung einer Dynamisierungsregelung in Orientierung an der vom Thüringer Landesamt für Statistik ermittelten Verbrauchspreisentwicklung (Jahresteuersatzrate) im ThürKigaG (vgl. Begründung zu Nummer 2 (§ 23) zu Buchstabe a (Absatz 1)).

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Gemeinde ev. Städteland Thür.</i></td> <td><i>e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Rilhard - Bräcker - Str. 14</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99094 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gemeinde ev. Städteland Thür.</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Rilhard - Bräcker - Str. 14</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<i>99094 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Gemeinde ev. Städteland Thür.</i>	<i>e.V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Rilhard - Bräcker - Str. 14</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	<i>99094 Erfurt</i>										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ehrent, 17.4.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 -											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="padding: 2px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19.4.2023	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Der Kinderschutzbund, Landesverband Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6574 - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/6783 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Der Kinderschutzbund LV Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstr. 2</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Der Kinderschutzbund LV Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 2	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Der Kinderschutzbund LV Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 2										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

THUR. LANDTAG POST
23.02.2023 15:07

5411/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeleiddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Kinder- und Jugendhilfe Familienverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Da wir die Anhörung über den AKF erhalten haben, dessen Mitglied wir sind und uns das Thema in Bezug auf die Qualität von Bildung und Betreuung im Kleinkindalter wichtig ist.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.02.2023	



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. | Johannesstr. 2 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2257

zu Drs. 7/6574/6783

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen e.V.
Johannesstraße 2
99084 Erfurt

Telefon | Fax
0361 653194 -84 | -81

E-Mail | Internet

www.dksbthuerlingen.de

Facebook
[derkinderschutzbund.thuerlingen](https://www.facebook.com/derkinderschutzbund.thuerlingen)

*Stellungnahme zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer KindergartenG
Drs. 7/6574 & 6738*

Erfurt, 11.01.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erlauben uns, Ihnen die Stellungnahme des Kinderschutzbunds Thüringen zum zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes zu senden ohne, dass wir zu den Aufgeforderten Trägern gehören. Uns ist jedoch das Thema in Bezug auf die Qualität von Bildung und Betreuung im Kleinkindalter wichtig.

Die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) für staatlich anerkannt Erzieher*innen, die mit der Änderung Drs. 7/6574) dauerhaft neben die konsekutive Erzieherausbildung als auch das Studium tritt, begrüßen wir. Aus unserer Sicht ist das ein weiterer Baustein, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und einen Zugang für Personal in die Kita zu ermöglichen. Klar sollte jedoch auch sein, dass dieser Zugang nicht die Fachkräfteproblematik löst.

In unserer Stellungnahme vom Februar 2022 zum Fachkräftemangel in Thüringer Kindertagesstätten und der praxisintegrierten Ausbildung hatten wir eine Diskussion über Veränderungen in der grundständigen Ausbildung von Erzieher*innen angeregt, da diese im Vergleich zur PIA viel länger dauert oder bei privaten Anbietern den Auszubildenden auch Geld kostet. Es darf hinsichtlich Veränderungen nicht um die Qualitätsabsenkung dieser Ausbildung gehen, sondern es darf bspw. darüber gesprochen werden, die Zweistufigkeit abzuschaffen.

Wir schlagen zudem vor, diese Ausbildungsmöglichkeit (PIA) für andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe anzubieten wie bspw. dem Heimbereich, denn auch dort besteht Fachkräftemangel.

Der Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgrund der tariflichen Anpassung stehen wir positiv gegenüber. Wir möchten jedoch anlässlich der Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes erneut darauf auf-



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

merksam machen, dass es uns vordergründig um die Qualitätssicherung im Bereich der frühkindlichen Bildung geht. Wie in unserer Stellungnahme aus 2019 geäußert, vermissen wir auch diesmal eine nachhaltige Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Selbstverständlich sehen wir den Kreislauf, dass ein verbesserter Betreuungsschlüssel auch wieder ein mehr an Fachkräften benötigt. Doch sowohl die Bertelsmann-Stiftung als auch das BMFSFJ empfehlen bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel.

Unterstützt wird diese Forderung auch durch den Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen (AKF), der in seinem im Dezember 2022 erschienen Positionspapier „Bildung statt nur Betreuung“ auf die Intensivierung der Fachkräftegewinnung und -ausbildung sowie der personellen Ausstattung des Bildungsbereiches drängt.

Darüber hinaus plädieren wir für eine Vereinfachung der Stufen auf drei für den Kiga-Bereich. Diese Vereinfachung muss jedoch gerecht in Bezug auf die Altersgruppen gestaltet werden und darf nicht dazu beitragen, dass eine Gruppe schlechter gestellt wird. Eine Anpassung muss demnach auf die jeweils jüngere Altersgruppe erfolgen.

Zum Vorschlag der CDU-Fraktion (Drs. 7/6738), die Kindertagespflege sowohl sächlich als auch in den Personalkosten besser zu vergüten unterstützen wir voll und ganz. Seit 2017 sind diesbezüglich keine Anpassungen mehr vorgenommen worden. Mit Blick auf tarifliche Entwicklungen und besonders die aktuelle Inflation sind diese Anpassung überfällig.

Wir verstehen die Kindertagespflege als wichtigen Baustein der frühkindlichen Förderung und in der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jedoch arbeiten die Kindertagespfleger*innen quasi als Subunternehmer*innen des Jugendamtes, tragen aber das unternehmerische Risiko. Daher darf dieses Angebot wie im SGB VIII festgeschrieben maximal ein ergänzendes Angebot in der frühkindlichen Bildung und Betreuung sein, hingegen der Ausbau der Krippenbetreuung Schwerpunkt sein soll.

Mit freundlichen Grüßen,
für den Vorstand des DKSB Thüringen

Geschäftsführung

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)